Proletarier aller Länder und unterdrückte Völker, vereinigt Euch!

ROTER MORGEN

Zentralorgan der Kommunistischen Partei Deutschlands

Nr. 12 vom 22. März 1985 | 19. Jahrgang | 1 DM

Armer DFB?

Fast können einem diese Vertreter einer der eigentümlichsten Schichten der Gesellschaft der BRD heute leid tun: Die Sportfunktionäre des DFB sind die bösen Buben. Selbst zum Rücktritt ist Hermann Neuberger bereits von seinen regierenden Parteifreunden aufgefordert worden, auch die Westberliner Alternative Liste entblödet sich tatsächlich nicht, in das allgemeine Geschrei einzustimmen. (Von der SPD ganz zu schweigen).

Letzte Woche wurde es endgültig: Fußball-EM 88 in der BRD, ohne Spiel in Westberlin. Erneut erfüllten alle ihre „vaterländische Pflicht" bis hin zur letzten „Sportschau-Gurke".

In der Tat, es gab immer wieder genügend Anlaß, Neubergers Rücktritt zu fordern — nur nicht für die Leute, die das jetzt so lautstark tun. Chile, Argentinien? Aber wir bitten Sie, es ist doch nur Sport. Aber jetzt? Jetzt geht es um Politik. Zwar, da wir ein freies Land seien, wolle er — Kohl — sich nicht einmischen, aber doch nur, wenn der DFB tut, was verlangt wird. Der aber hat sich nur aufgrund seiner Geschäftstüchtigkeit so unbeliebt gemacht, einen anderen Grund für seine Haltung hatte er nicht.

Aber im Zeitalter der „offenen deutschen Frage" ist Haltung gefordert, am besten strammstehen.

Auch die Umfragen, daß es zwei Dritteln aller Fußballfans ausgesprochen egal war, ob Westberlin neben Hertha BSC auch Fußball zu sehen bekommt, konnten die Treudeutschen nicht vom Kurs abbringen. Die in der Regierung nicht, aber auch nicht die in den Sportredaktionen. Gut: Neubergers Rücktritt — ja, aber bestimmt nicht wegen der Nichtberücksichtigung Westberlins bei der EM 88. Nicht, weil er es vermasselt hat, aus Anlaß einer Sportveranstaltung einen Betrag zur „Heim-ins-Reich"-Kampagne zu leisten, deswegen bestimmt nicht. (Und deshalb am besten auch nicht gerade jetzt).

Erneuter Wortbruch von Kohl:

Kein Gesetz gegen „Auschwitz-Lüge"

Die „Auschwitz-Lüge", die Behauptung also, daß es keinen Massenmord an Juden und Regime-Gegnern in deutschen KZs gegeben habe, gehört zum Standardarsenal neonazistischer Propaganda in der Bundesrepublik.



Hetze gegen Juden — die Konsequenz war Auschwitz, die Neonazis dürfen weiter lügen.

Verfolgt wird dieser infame Versuch, das Hitler-Regime vor allem in den Augen Jugendlicher salonfähig zu machen, bis heute nur dann, wenn ein Jude Klage erhebt. Stellt sich im Verlauf eines solchen Gerichtsverfahrens etwa heraus, daß der Kläger kein „Volljude" oder „jüdischer Mischling" ist, gibt es auch keine Verurteilung mehr. So geschehen im Verfahren gegen den Neonazi Geiss, der, zunächst zu 15 Monaten Gefängnis verurteilt, im Januar dieses Jahres freigesprochen wurde — eben weil die Justiz Rassenforschung betrieben und festgestellt hatte, daß der Kläger weder „Volljude" noch „jüdischer Mischling" war.

Als Bundeskanzler Kohl vor einem Jahr in Israel zu Besuch war, hatte er versprochen, daß dieser skandalöse Zustand beendet und die Verbreitung der „Auschwitz-Lüge" künftig von Staats wegen verfolgt und bestraft werden würde. Aber daraus soll nun nichts mehr werden. Nachdem die Regierungskoalition einen Gesetzentwurf, der die Leugnung und Verharmlosung des nationalsozialistischen Völkermords als besonderen Straftatbestand ins Strafgesetzbuch einführen sollte, jahrelang verschleppt hat, soll er nun endgültig in den Papierkorb wandern.

Stattdessen soll es jetzt — wenn überhaupt — nur noch um den „Schutz des Andenkens Verstorbener" gehen. Und vor allem: das nationalsozialistische Terrorregime soll in eine Reihe gestellt werden mit „anderen Gewalt- und Willkürherrschaften". Ein solcher Kabinettsbeschluß, ausgerechnet im Vorfeld des 8. Mai ist ein Skandal. Daß der Beschluß zu dem Gerede über die „größte Katastrophe der deutschen Geschichte" paßt wie die Faust aufs Auge, macht die Sache nur um so schlimmer. (Ausführlicher Artikel auf S. 7)

Kein NPD-Parteitag in Lüneburg

Am 30. und 31. März will die niedersächsische NPD ihren Landesparteitag in Lüneburg abhalten. Einen knappen Monat vor dem 8. Mai ist das natürlich eine besondere Provokation.

Es ist sicherlich kein Zufall, daß die NPD gerade Lüneburg für ihren Landesparteitag gewählt hat. Die ganze Gegend ist als Tummelplatz alter und neuer Nazis bekannt, es gibt ein breites reaktionäres Umfeld, auf das sich die NPD stützen kann und insbesondere kann die NPD in Lüneburg mit der Rückendeckung der CDU rechnen.

Aber die NPD wird ihren Landesparteitag in Lüneburg nicht unbehelligt durchführen können. Der Antifaschistische Arbeitskreis Lüneburg, in dem u.a. Mitglieder von VVN, DKP, Volksfront und BWK mitarbeiten, hat inzwischen einen Aufruf gegen den Landesparteitag verabschiedet und plant eine Demonstration. Auch im DGB wird über Aktionen beraten. Darüber hinaus hat eine Mitgliederversammlung des Ortsvereins der SPD beschlossen, für eine Demonstration einzutreten und im Rat der Stadt den Antrag zu stellen, der NPD keine Räume zu vermieten.

Die SPD-Ratsfraktion hat diesen Beschluß der Mitgliederversammlung allerdings mit Füßen getreten. Auf ihre Initiative ist stattdessen im Rat der Stadt eine gemeinsame Resolution von SPD, CDU und FDP gegen den „Extremismus" von links und rechts verabschiedet worden, die die NPD in Schutz nimmt und vor allem gegen links hetzt.

Der Ortsverein der SPD will aber trotzdem mit dem antifaschistischen Arbeitskreis über gemeinsame Aktionen beraten und zwar auch dann, wenn kein gemeinsamer Aufruf zustandekommt.

Der antifaschistische Arbeitskreis fordert in seinem Aufruf das Verbot der NPD, das Verbot des Parteitags durch die Stadt, keine Raumvergabe städtischer Räume an die NPD und ruft für den 30. März zu einer Demonstration gegen den NPD-Landesparteitag auf. Die antifaschistischen Kräfte im norddeutschen Raum sind aufgerufen, sich möglichst zahlreich an der Demonstration gegen den NPD-Landesparteitag zu beteiligen.

Die Demonstration in Lüneburg wird voraussichtlich am 30. März gegen 11 Uhr beginnen.

„Nach"-Rüstung in Belgien

Massenprotest gegen Cruise Missiles

Mit einer riesigen Demonstration — Meldungen sprechen von 100000 bis 150000 Menschen, die durch Brüssel zogen — hat die belgische Bevölkerung auf den Beschluß der Regierung Martens reagiert, die Stationierung von US-Marschflugkörpern zuzulassen.

Der Beschluß war kaum verkündet, landeten schon die ersten Einheiten der US-Luftwaffe, die die Atomwaffen brachten. Drei Stunden nachdem Martens der Stationierung am letzten Freitag zustimmte, waren sie in Belgien.

Am Sonntag kam es dann zu der großen Demonstration, zu der die Friedensbewegung, Gewerkschaften und Parteien aufgerufen hatten. Sprecher aller beteiligten Organisationen betonten auf der Kundgebung in Brüssel, daß der Beschluß der Regierung eine Herausforderung an die Öffentlichkeit darstelle. Die Stationierung sei eine „nationale Schande", mehrere Redner unterstrichen, daß mit der Stationierung der US-Atomwaffen Belgien ein Stück seiner Unabhängigkeit aufgegeben habe.

Die Regierung Martens, die früher noch taktiert hatte, und die Stationierung der Raketen von Fortschritten bei Verhandlungen abhängig machen wollte, hat mir ihrer Entscheidung, die Stationierung praktisch zu Beginn der neuen Genfer Verhandlungsrunde zuzulassen, gezeigt, daß sie dem erpresserischen Druck aus den USA und anderen westeuropäischen Staaten nicht standhält. In der belgischen Bevölkerung sind nach Umfragen 76 Prozent der Menschen gegen die US-Atomwaffen. Die große Demonstration, die gewaltige Mobilisierung, die der Regierungsbeschluß verursacht hat, wird Auswirkungen auf die bald anstehenden Neuwahlen in Belgien haben.

Neuer Regelsatz in der Sozialhilfe

Billigmenschen

Was seit der bayerischen Initiative im Bundesrat in der Debatte ist und unter dem hochtrabenden Wort „Erhöhung des Regelsatzes in der Sozialhilfe" läuft, ist ein weiterer Schritt zur Einführung des Billigmenschen in der BRD.

Ein paar Mark mehr soll der Regelsatz künftig betragen (bisher für den Haushaltsvorstand 356 DM, nun rund 20 DM mehr). Nicht nur, daß dies meilenweit von den berechtigten Forderungen entfernt ist, die aus den Kreisen der Empfänger selbst erhoben werden. Es ist auch verbunden mit der Einführung eines grundsätzlich anderen Warenkorbs. Statt Durchschnittspreisen sollen künftig Billigstpreise der Kalkulation zugrunde gelegt werden.

Je mehr Menschen auf dem Wege über die Dauerarbeitslosigkeit zu Sozialhilfeempfängern gemacht werden, desto mehr steigen natürlich die Kosten, vor allem für die Städte. Viel wurde da bereits gekürzt, im Gegensatz zu vielen (sozialdemokratischen) Lippenbekenntnissen, wurde in zahlreichen Kommunen mit großem „Erfindungsgeist" an die Kürzungen und Einschüchterungen herangegangen. Da war wenig zu sehen von einer Nutzung des Spielraumes als Bollwerk gegen die Wenderegierung.

Daß natürlich nun eine Initiative, die ausgerechnet aus Franz-Josef-Land kommt, nicht im Sinne der Empfänger von Sozialhilfe liegen dürfte, war von Beginn an zu vermuten, und so war es dann ja auch.

Die zunehmende Verarmung der Betroffenen hat auch dazu geführt, daß sich in diesem Bereich mehr Protest und Widerstand entwickelte als früher (siehe dazu auch Berichte auf Seite 3).

Grund genug, die Forderung nach spürbarer Erhöhung der Sozialhilfe mit mehr Nachdruck als bisher zu vertreten. Das bedeutet auch, daß der "neue" Warenkorb rückgängig gemacht werden muß.

Eine trübe „Quelle“

Verdrehungen und Verleumdungen gegen britische Bergarbeiter

In der Funktionärszeitschrift „Die Quelle“ des DGB (Ausgabe März 85) findet sich auf den Seiten 154/55 ein Artikel „Bergarbeiter sind seit einem Jahr im Streik“ (mit einer kurzen Notiz über das Ende) von Heinz Matthiesen. Dieser Artikel setzt der ganzen Haltung der DGB-Offiziellen gegenüber dem Bergarbeiterstreik die Krone auf.

Vieles ist zur Haltung und zu den Taten des DGB und der Einzelgewerkschaften zum britischen Bergarbeiterstreik bereits gesagt und geschrieben worden. Matthiesen schreckt in seinem Artikel, den man nicht anders als Hetzartikel bezeichnen kann, auch vor den wüstesten Lügen und Verleumdungen nicht zurück. Er unterstreicht damit sozusagen abschließend die Freude bundesdeutscher Sozialpartner über die Niederlage der Bergarbeiter in Großbritannien. Originalton Matthiesen:

„Doch diese Rechnung ging nicht auf. Etwa 30 Prozent der Bergarbeiter beteiligten sich von Anbeginn nicht am Streik und fuhren weiterhin in die Gruben ein. Dadurch wurde der Produktionsausfall nicht so hoch wie erwartet. Außerdem sorgten vor allen Dingen Polen, die USA und Australien dafür, daß es keine Nachschubprobleme gab.“

Daß Herr Matthiesen sich nicht zu schade ist, die Propagandazahlen der Thatcher-Regierung über die Streikbeteiligung nicht nur kommentarlos zu verwenden, sondern sogar noch 10 Prozent Streikbrecher zuschlägt, könnte man noch als Frage betrachten, die aus Unkenntnis entstanden sei. Obwohl auch er sicher des Lesens fähig ist und von daher auch die Zahlenangaben der Gewerkschaft und des etwas neutraleren Teils der Presse kennen müßte. Was bleibt, ist eine Verdrehung der Tatsachen. Der zweite Teil des Zitats aber ist bloß eine schmutzige Lüge.

Ja, Polen hat Streikbrecherkohle geliefert. Aber zweifach lügt der Mann: Vor allem natürlich läßt er die Wahrheit weg, daß bundesdeutsche Steinkohle — mit Segen des DGB — einen entscheidenden Beitrag zum Streikbruch leistete. Der Schreiberling von Streikbrechern nennt diese nicht gern beim Namen. Zweitens lügt er, wenn er so tut, als hätte es nicht beispielsweise gerade in Australien aktive Solidarität der Transportarbeiter gegeben, die sich keineswegs auf Papier beschränkt hat, sondern, ab Juli '84, Kohlelieferungen vollständig verhinderte.

Das waren aber keineswegs die einzigen Unwahrheiten, die Matthiesen anzubieten hat, der ganze Artikel ist damit dermaßen gespickt, daß es den Tatbestand der Hetze erfüllt.

„Wichtig bleibt aber festzuhalten, daß zunächst Scargill die Solidargemeinschaft der freien Gewerkschaften verlassen und nicht umgekehrt diese sich ihm verweigert hat.“

Das ist die Quintessenz des einzigen Passus, in dem von Solidarität die Rede ist. Nicht nur — wer würde ihm gerade das vorwerfen -, daß Matthiesen keinen Buchstaben dafür verschwendet, darauf hinzuweisen, daß es keinen Alleinherrscher Scargill gibt, sondern daß die inneren Normen der NUM wesentlich demokratischer sind als in jeder DGB-Gewerkschaft. Das Zitat zeigt auch, unabhängig von der Bewertung des Ausscheidens der NUM aus dem Internationalen Bergarbeiterverband (der ja nun immerhin vom Allesmitmacher Adolf Schmidt beherrscht wird) — die Matthiesen verfälscht, welch ein Krämergeist dieser Autor ist. „Wer nicht zahlt in meinem Verein, der soll im Ernst alleine sein“ — diese Teppichhändlermentalität mag Matthiesen öffentlich demonstrieren.

Auch sonst zieht der Mann alle Register, ist ihm kein Vorwurf aus der englischen „Springer“-Presse zu reaktionär, um ihn nicht voll aufzugreifen und wiederzukauen. Sei es, daß keine Urabstimmung gewesen sei ob es nicht serienweise gewerkschaftliche Beschlüsse zum Handeln in dieser Lage gegeben hätte, als ob Leute von seinem Schlag im DGB etwa Freunde von Urabstimmungen wären), sei es er wolle keine Solidarität mit dem Dachverband TUC, weil dieser (und das kann einen solchen Autor maßlos begeistern) auf „Kompromiß“ angelegt sei (sprich: auf, wie die IGBE, Zechenschließungen). Vor lauter Hin- und Herbeten über Radikalität und Kompromißbereitschaft an sich versucht Matthiesen seinem Leser den Blick darauf zu verstellen, um was es inhaltlich bei dieser Auseinandersetzung geht.

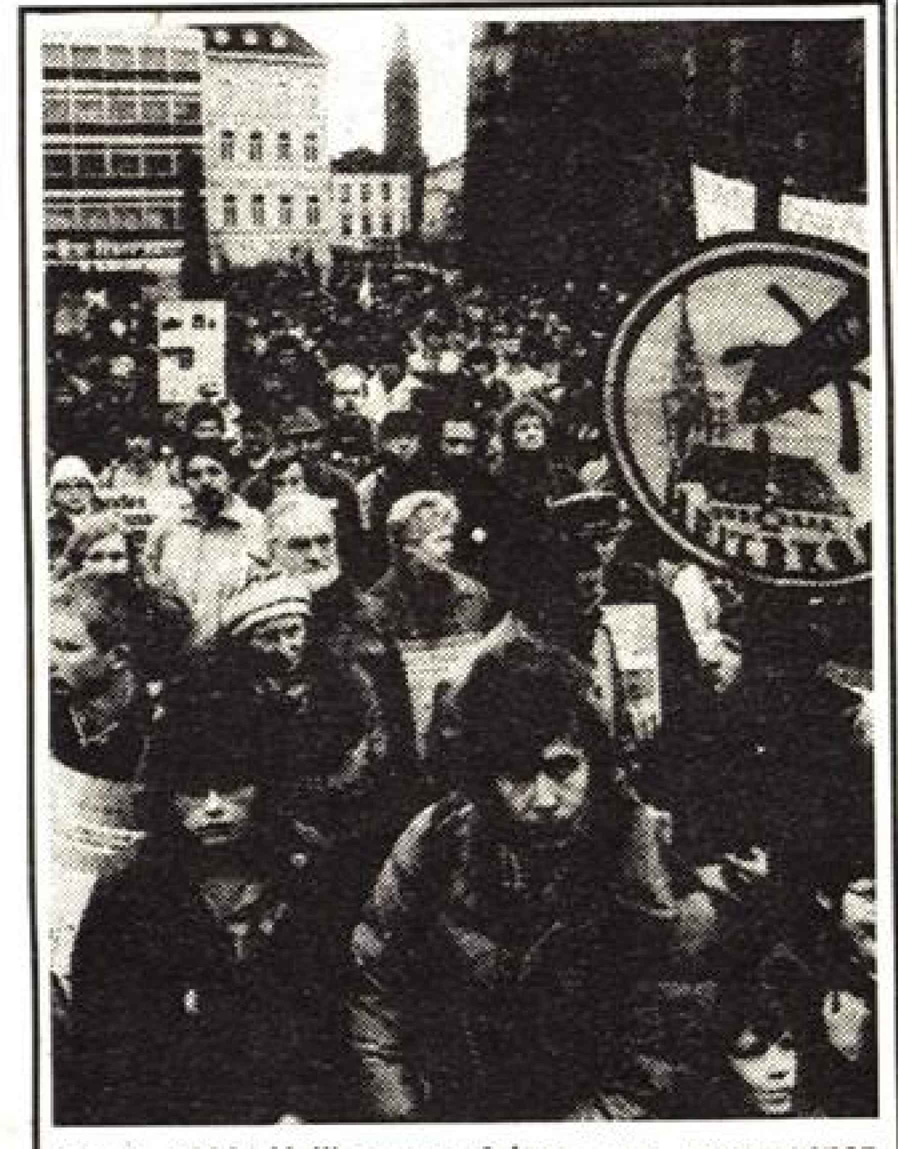
Gekrönt wird dies alles durch die scheinheilige „Sorge“ um die Familien der Bergarbeiter, auf deren Rücken Scargills radikaler Kurs (und ein bißchen auch von Maggie Thatcher) durchgezogen werde.

Ein Artikel in der DGB-Funktionärszeitschrift, der zum Zeitpunkt des Streikendes erscheint und der eine geballte Ladung Haß eines Mannes enthält, der sich offensichtlich auch im kühnsten Traum nicht vorstellen kann, daß es auch Gewerkschaftspolitik geben kann, die aus etwas anderem besteht als daraus — bestenfalls — die Folgen für die unmittelbar vom Arbeitsplatzabbau Betroffenen zu „lindern“ und die ganze Misere den Jungen zu überlassen.

Ein Artikel der, ohne es wenigstens ehrlicherweise zu erwähnen, ganz und gar die Politik der IGBE-Führung verteidigt und eine dazu sichtbar gewordene Alternative rundherum verteufelt.

Diese Ansammlung von Verdrehungen, Lügen und Verfälschungen zeigt, daß auch die Rechte im DGB zur „Aufarbeitung der Erfahrungen“ des britischen Bergarbeiterstreiks geblasen hat — auf ihre Weise.

Der Artikel ist sicher nicht speziell zu diesem Zweck geschrieben worden, macht aber das Arsenal von „Argumenten“, das von dieser Seite in die Debatte geworfen werden wird, sehr deutlich.



Rund 1000 Heilbronner fuhren am vergangenen Wochenende nach Bonn. Getragen von einer breiten Aktionseinheit verschiedenster Organisationen unternahmen sie diese Fahrt, um gegen die Stationierung der Pershing II-Raketen in der Waldheide bei Heilbronn zu protestieren, deren Abzug zu fordern. Daß das einstige Erholungsgebiet heute eine Bedrohung der Stadt und der Umgebung geworden ist, wurde spätestens seit dem allgemein bekannten „Unfall“ vor einigen Wochen deutlich. Im Bundeskanzleramt fand sich niemand, der mit der dorthin entstandten Delegation reden wollte, lediglich eine Petition wurde entgegengenommen.

Impressum

Herausgeber: ZK der Kommunistischen Partei Deutschlands (Marxisten-Leninisten) KPD

Verlag Roter Morgen GmbH, 4600 Dortmund 30, Postfach 300526. Bestellungen an Vertrieb 4600 Dortmund 30, Postfach 300526. Postscheckkonto Nr. 79600-461. Bankkonto: Stadtsparkasse Dortmund Nr. 321000290 (Verlag Roter Morgen, Tel.: (0231) 433691 und 433692. Verantwortlicher Redakteur: Detlef Schneider, Dortmund. Druck: Platzmann-Druck, 4600 Dortmund. Erscheinungsweise wöchentlich freitags. Einzelpreis 1 DM. Abonnement: 60 DM für 1 Jahr, 30 DM für 1/2 Jahr. Die Abo-Gebühren sind nach Erhalt der Vorausrechnung zu zahlen. Sobald die Rechnung beglichen ist, wird die Lieferung aufgenommen. Kündigungen müssen bis spätestens einen Monat vor Ablauf bei uns eingehen.

„An einen Alleingang ist nicht gedacht ...“

Eine schnelle Regelung über den Katalysator, notfalls auch im Alleingang der BRD gegenüber den anderen EG-Mitgliedsstaaten — das hatte die Bundesregierung seit fast zwei Jahren regelmäßig verlautbart, um zu beweisen, wie ganz besonders umweltfreundlich diese Koalition sei. Damit ist jetzt Schluß.

An einen Alleingang sei nicht mehr gedacht — so läßt sich das Ergebnis der Treffen und Besprechungen zwischen den zwei EG-Umweltminister-Treffen (das nächste findet am 20. März nach Redaktionsschluß statt) zusammenfassen.

Nun: Sicher war der Druck der anderen EG-Mitglieder stark. In ausführlichen Stellungnahmen hatten die Verbände der Automobilindustrie sowohl in Großbritannien und Frankreich als auch in Italien von ihren jeweiligen Regierungen Frontstellung gegen die „deutschen Pläne“ gefordert. Was diese Regierungen auch sofort praktiziert haben.

Aber auch jetzt, nachdem der demonstrative Akt bei den Akten ist, wird nach wie vor so getan, als habe es Widerstand gegen Regierungspläne in diese Richtung nur aus dem Ausland gegeben. Zeitliche Verschiebungen, Hubraumstaffelungen und andere Einschränkungen mehr, die dem einst hochtrabenden Projekt verpaßt wurden, waren zuerst und massiv von den bundesdeutschen Autokonzernen gefordert worden.

Die gesamte Berichterstattung dieser Tage aber müht sich konsequent, das Wirken deutscher Autokapitalisten außen vor zu lassen und alles auf deren ausländische Konkurrenten zu schieben.

Dieselben bundesdeutschen Konzerne, deren Druck es zu „verdanken“ war, daß in den ganzen 70er Jahren keinerlei Maßnahmen gegen die Umweltschädigung durch Automobile ergriffen wurden (und denen es nichts ausmachte, wenn stattdessen die Autofahrer beschuldigt wurden, höchstens wenn es zu massiv und damit absatzbedrohend wurde), sind jetzt erneut „zufrieden“ und bleiben auch noch außerhalb der meisten Kritik.

Die Bundesregierung hat — zum wievielten Male? — deutlich gemacht, daß auch noch so massive Versprechungen sie nicht dazu bringen können, auch nur eine einzige Maßnahme gegen die Interessen der Konzerne zu ergreifen. Zimmermanns Demagogie erweist sich als ein weiterer Wahlbetrug, die Lösung des Problems wird, mindestens, um Jahre verschoben.

Grüne in NRW

Nun bedingungslos zur Tolerierung?

Der Landeshauptausschuß der Grünen in NRW bestätigte am vergangenen Wochenende in Dortmund, daß die sogenannten „vier Schlüsselbedingungen“ für eine Zusammenarbeit mit der SPD keine Vorbedingungen seien, sondern verhandlungsfähig. Diese Bestätigung geschah auch aus dem Druck heraus, den eine umfangreiche SPD-Kampagne gegen den „Sexualbeschluß“ der Grünen Landesdelegiertenkonferenz gestartet hatte, vor allem aber unter dem Eindruck der Wahlergebnisse am Wochenende zuvor.

Die bisherige Argumentation der SPD, die Grünen in NRW verweigerten sich einer Zusammenarbeit, kann nach der Delegiertenkonferenz und der Sitzung des LHA endgültig nicht mehr ernsthaft betrieben werden. Wer den NRW-Landesverband der Grünen einigermaßen kennt, konnte sich dieser Einschätzung ohnehin schon bisher kaum anschließen, haben hier doch sogenannte Realpolitiker, die innerhalb des Spektrums der Grünen ziemlich weit rechts stehen, deutlichen Einfluß.

Die vier Schlüsselbedingungen, von denen bis zum 10. März eine Zusammenarbeit (in welcher Form auch immer) abhängig gemacht worden war (Ausstieg aus der Atomenergie, schrittweise Verringerung des Braunkohleabbaus, öffentliche Kontrolle der Chemieindustrie, kein Privatfunk) ergänzt um die Forderung nach Erhöhung der Sozialhilfe, sollen nun also diskutiert werden. Ohne sich weiter damit zu befassen, wie diese Bedingungen konkret und im einzelnen aussehen, macht sich nun offensichtlich eine Strömung, ausgehend vom LHA und ähnlichen Gremien breit, die bereit ist, Zusammenarbeit fast schon um jeden Preis zu fordern.

Die genannten Bedingungen, die ohne weiteres unterschiedlich zu bewerten sind, stellen natürlich bestimmte begrenzte Eingriffe in die Unternehmerfreiheit dar und sind zum Teil Forderungen, die auch innerhalb der SPD bereits erhoben wurden. (Keine Zukunft für Kalkar wurde selbst von SPD-Führern bereits attestiert, und vor dem letzten Schwenk war auch die Parteiführung noch gegen Privatfunk).

Wenn solche Bedingungen nun zum Verhandlungsgegenstand erklärt werden, kann dies nur im Zuge der Debatte gesehen werden, die nach den letzten Wahlen auch innerhalb der Grünen sich entwickelt hat, wie es zu erwarten gewesen war.

Dabei scheint sich, zumindest in NRW (aber nach bisherigen Informationen auch anderswo) eben der genannte Flügel der Realpolitiker durchzusetzen, die nur noch auf parlamentarische Kombinationen aus sind. Ein Beitrag dazu, Druck auf die SPD zu machen, vielleicht wenigstens einen Widerstand gegen die Bonner Politik aufzubieten, ist das nicht. Für Johannes Rau war dies alles bisher nur Anlaß, sich maßgeblich an der Kampagne gegen die Grünen zu beteiligen, die von deren Beschlüssen — die so, wie öffentlich dargestellt, sicher fragwürdig sind — zum Sexualstrafrecht ausging und von reaktionären Kreisen auf schmutzige Weise betrieben wird. Wobei sowohl für diese Beschlüsse als auch für die eingangs genannten Schlüsselbedingungen gilt, daß die Grünen, wie fast schon üblich, wenig dazu getan haben, die Bedeutung ihrer jeweiligen Beschlüsse wirklich klar zu legen und so eine wirkliche Auseinandersetzung damit erschweren.

16000 Stromsperrungen in einem Jahr

Köln: Protest gegen Stadtrat

Am 8. März gab es in Köln eine Demonstration gegen den Stadtrat. Die rund 70 Teilnehmer zogen von einer Sitzung des Finanzausschusses der Stadt in die Innenstadt.

Hintergrund war, daß der Senat es abgelehnt hatte (mit den Stimmen von CDU und SPD), die Stromkostenpauschale für Sozialhilfeempfänger zu erhöhen. Dies hatten Sozialhilfe- und Arbeitslosengruppen gefordert, die Grünen im Sozialausschuß als Antrag eingebracht, der es kommentarlos an den Finanzausschuß weitergab.

Die gegenwärtige Pauschale beträgt in Köln 28 DM (Regelsatz für den Haushaltsvorstand). Der Antrag lautete, dem Haushaltsvorstand 30 DM Stromkostenpauschale zu gewähren, jedem Familienmitglied weitere 10 DM. In Mannheim existiert eine ähnliche Regelung.

1600 Stromsperrungen im letzten Jahr machen deutlich, daß es sich bei den Stromkosten für den ärmer werdenden Teil der Bevölkerung keineswegs um eine Nebensächlichkeit handelt, sondern um ein großes Problem, das die großen Parteien in Köln offensichtlich weiter bestehen lassen wollen.

In der betreffenden Sitzung des Finanzausschusses (auch eine Frauengruppe hatte sich an der Aktion beteiligt, die Zuschüsse für eine Krabbelgruppe in Ehrenfeld forderte) war nach 20 Minuten alles geregelt, was für die Beteiligten offensichtlich machte, daß da klare Vorabsprachen bestanden haben müssen. Deswegen entschlossen sich die am Besuch der Sitzung Beteiligten zu einer Demonstration in die Innenstadt, um auf ihre Probleme aufmerksam zu machen.

In einer Presseerklärung des „Kölner Arbeitslosenzentrums" (KALZ) und der „Chorweiler Selbsthilfe" heißt es im Vorfeld der Aktion:

„Worum geht es?

Der Sozialhilferegelsatz (356 DM für den Haushaltsvorstand) enthält nur 28 DM für Strom und Gas. Davon kann man nicht einmal die Grundgebühren zahlen. Dieser Tatbestand ist auch von der Kölner Sozialverwaltung registiert. Statt für Abhilfe, sprich: für finanzielle Unterstützung, zu sorgen, werden Sozialhilfeempfänger gezwungen, schriftlich zu bestätigen, daß das Sozialamt „zur Strafe" bis zu 20 Prozent des Regelsatzes einbehält (72 von 356 DM), wenn das Stromgeld nicht bezahlt werden kann. Das ist schlichte Erpressung. Die Sozialhilfeempfänger sollen gezwungen werden, das Unmögliche wahr zu machen und monatlich Null-Komma-Null Kilowatt Strom zu verbrauchen. Und sie sollen auf ihr Recht verzichten, die dringend nötige zusätzliche Unterstützung vom Sozialamt einzufordern.

Allen Betroffenen ist klar, daß die Sozialhilfe heute zum Leben zu wenig und zum Sterben zu viel ist. Seit Jahren wird gefordert, daß die Sozialhilfe erhöht wird, um menschenwürdig davon existieren zu können. Aber weder die damalige sozialliberale Regierung noch die heutige CDU/CSU-Regierung sind dazu bereit. Deshalb ist unmittelbare Hilfe dringend, und auch auf kommunaler Ebene kann etwas getan werden.



Stadt Köln

Postanschrift Stadt Köln
Sozialamt

BETR.: BILDUNGSPROGRAMM FÜR SOZIALHILFEEMPFÄNGER

Die in den letzten Monaten verstärkt aufgetretenen Schwierigkeiten im Zusammenhang mit Stromkostenrückständen von Sozialhilfeempfängern waren Gegenstand eines Gesprächs innerhalb des Sozialamtes. Wir haben uns daraufhin entschlossen, der besonderen Situation der Sozialhilfeempfänger Rechnung zu tragen und bieten ab sofort in Ergänzung der von uns gezahlten Gelder ein Bildungsprogramm an; folgende Kurse können belegt werden:

* STROM SCHWARZ ABZLEMMEN - LEICHT GEMACHT !
* LADENDIEBSTAHL FÜR ANFÄNGER UND ANGSTHASEN
* SCHWARZARBEIT OHNE REUE - TRICKS UND TIPS
* RUHIG BLEIBEN - UNSER ENTSPANNUNGSKURS
* PHILOSOPHIE FÜR ANFÄNGER "DER MENSCH LEBT NICHT VOM BROT ALLEIN"
* UNSER KOCHKURS: KOCHEN OHNE STROM
* UNSER PSYCHOLOGE BIETET DEN GESPRÄCHSKREIS AN: DEIN UMGANG MIT ZYNIKERN UND SPARSCHWEINEN

Anmeldung bei den Sozialämtern in den Bezirksverwaltungsstellen.

gez. [illegible]
Sozialdezernent

Hamburger Aktionsbündnis

Demonstration gegen Sozialabbau

Das „Hamburger Aktionsbündnis gegen Sozialabbau und Kaputtsparpolitik" ruft für Freitag, den 29. März (17 Gerhart-Hauptmann-Platz) zu einer Demonstration gegen Sozialabbau auf. Grund genug gibt es, wie der Aufruf deutlich macht. Der Hamburger Haushalt ist einer der wichtigsten.

Allein 1,2 Millarden DM kassieren die Banken an Zinsen aus dem Etat, 1,5 Milliarden sind Verlusten in der Wirtschaftspolitik zuzurechnen, 1 Milliarde DM fällt an Einnahmen aus an nicht bezahlten Unternehmersteuern.

Das soll unter anderem ausgeglichen werden durch Sozialabbau und Kostenerhöhungen von zusammen 550 Millionen DM. Davon sind 100 Millionen Kürzungen bei laufenden Ausgaben (im Erziehungsbereich, bei öffentlichen Ämtern, Grünflächen, Spielplätzen usw.), 57 Millionen werden im sozialen Wohnungsbau gestrichen, 104 Millionen bei Planstellen und 42 Millionen sollen Erhöhungen bei öffentlichen Gebühren und Tarifen einbringen.

Ein Haushalt, der sehr deutlich macht, in wessen Interesse die Politik gemacht wird.

Im Aufruf des Aktionsbündnisses heißt es dazu:

30000 Hamburgerinnen und Hamburger leben am Rande oder unterhalb des Existenzminimus — Arbeitslose, ob registiert oder nicht, Sozialhilfeempfänger und ihre Familienangehörigen, Rentner und Jugendliche. Massenarmut breitet sich aus.

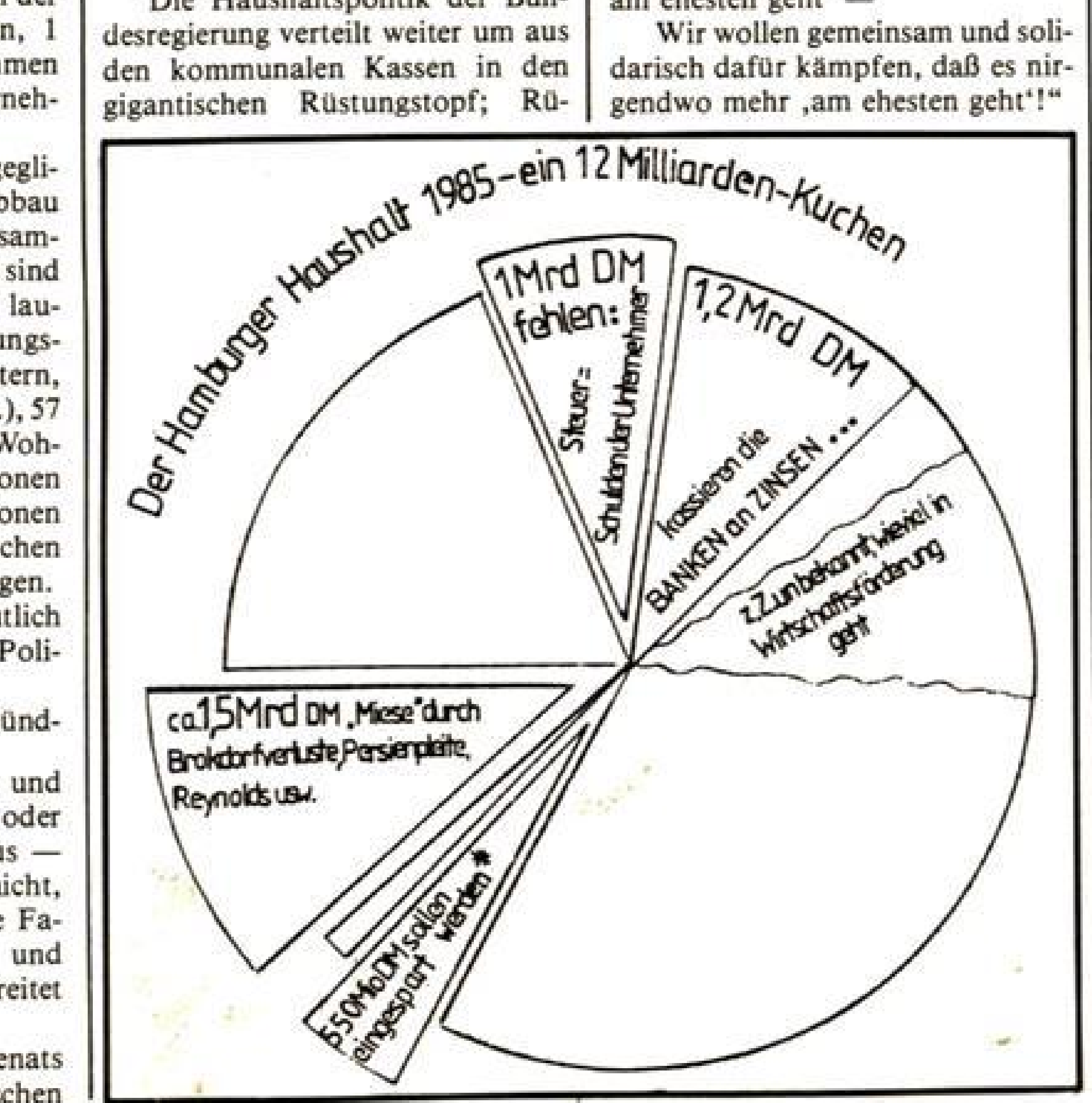
Die Haushaltspolitik des Senats verteilt weiter um aus den Taschen der vielen Armen in die der wenigen Reichen.

Die Haushaltspolitik der Bundesregierung verteilt weiter um aus den kommunalen Kassen in den gigantischen Rüstungstopf; Rüstungskonzerne machen Riesengewinne.

Betroffene von dieser Politik werden zynisch gegeneinander ausgespielt! Senator Meyer Abich in der Fachhochschule für Sozialpädagogik zur ‚Sparpolitik':

‚... und dann gucken wir, wo es am ehesten geht' —

Wir wollen gemeinsam und solidarisch dafür kämpfen, daß es nirgendwo mehr ‚am ehesten geht'!"



Sozialausweis in Mainz

Durch Druck Verbesserungen erreicht

Davon ist nicht die Rede im Schreiben, das der Mainzer OB Fuchs und sein Sozialdezernent Abts zum neueingeführten Sozialausweis der Stadt veröffentlichten: Daß er im wesentlichen auf Druck von Gewerkschaften und Arbeitsloseninitiativen zustande gekommen ist.

Aber, immerhin, es gibt diesen Sozialausweis. Und auch wenn der Name selbst, der ebenfalls kritisiert wurde, eine gewisse Abschreckwirkung haben sollte, so kann dies nicht darüber hinwegtäuschen, daß einige Verbesserungen erreicht wurden. Sicherlich ist das alles nicht viel, aber es zeigt eben doch, daß diese Forderung, für die ja in vielen Städten Aktivitäten stattfinden, erfüllbar ist — ob sie nun so heißt oder Arbeitslosenpaß oder sonstwie.

Der Mainzer Sozialausweis gilt für Sozialhilfeempfänger und Arbeitslose sowie deren Angehörige, sofern sie kein eigenes Einkommen haben. Er gilt zunächst für ein halbes Jahr, bis Ende August 85.

Zwar verschafft er keine kostenlose Fahrt mit Bus und Bahn, aber doch wenigstens die Möglichkeit, nur Kinderpreise bezahlen zu müssen. Verbilligter Eintritt in Frei- und Hallenbäder, ins Theater, kostenlose Kurse bei der Volkshochschule und verbilligte Sportveranstaltungen gehören in den Geltungsbereich des Ausweises.

Sicher sind damit zentrale Erleichterungen noch nicht gewährt — wie die bloße Verbilligung bei Bus und Bahn zeigt, die Ausklammerung der anderen Leistungen der Stadtwerke. Ein Grund, den Druck zu verstärken, bestimmt kein Grund, den Ausweis etwa abzulehnen. Und ein Grund, in anderen Städten diesem Beispiel nachzueifern. Denn natürlich ist zur Verbesserung der wirtschaftlichen Lage des betroffenen Personenkreises jeder Schritt willkommen, mag er auch nur klein sein.

Das Mainzer Beispiel sollte, zusammen mit anderen Städten, wo ähnliche Schritte gemacht wurden — ebenfalls auf Druck hin — als ein solches begriffen werden: Nachahmen!

ZKH-Ost in Bremen

„Wir wollen arbeiten!"

Mit einem ÖTV-Flugblatt unter diesem Titel wandten sich die Auszubildenden am Bremer Zentralkrankenhaus Ost an die Öffentlichkeit. In einer einstimmig verabschiedete Resolution wandten sie sich auch an die Personalversammlung des Krankenhauses. Ihre Probleme waren auch Thema einer Sendung im Bremer Jugendfunk. Die vom Personalrat beantragten 30 Stellen (siehe Text) wurden wahrscheinlich bereits genehmigt — wieviele davon für die Auszubildenden sind, steht dahin. Außerdem sollen es überwiegend Zeitverträge werden. Wir drucken die beiden kurzen Texte im folgenden ab, weil wir meinen, daß sie exemplarisch aufzeigen, wie die Folgen von Sparpolitik im Gesundheitswesen aussehen.

In knapp drei Wochen, am 29.3.85 haben wir unsere Ausbildung beendet, und noch immer wissen die meisten nicht, wie und wo sie Arbeit bekommen!

Das ist ein Skandal angesichts der personellen Situation auf den Stationen. Da werden Überstunden gemacht, Kollegen von anderen Stationen „ausgeliehen", berufsfremde Personen zur Nachtwache geholt, und, und, und. Und dabei wissen wir durch eine „Unvorsichtigkeit", daß nach neuesten Berechnungen 50 Planstellen unbesetzt sind!

Unser PR hat beim Haushaltsausschuß die Besetzung von 30 Planstellen gefordert.

Gerüchte kursieren — aber: „Nichts Genaues weiß man nicht".

So sieht's also aus: Nur zwei haben einen Arbeitsplatz als Krankenschwester. Die Kollegin, die ins Altersheim geht, ist enttäuscht. Wollte sie doch in der Klinik arbeiten und bewarb sich letztes Frühjahr in Ost auf die Station 82. Nie hat sie darauf eine Antwort bekommen und das, wo gerade auf den geriatrischen Stationen schon damals Personalengpässe jede Menge vorhanden waren.

Eine Kollegin, die auf Übernahme nach dem bremischen Personalvertretungsgesetz besteht, bekommt von der SKP einen Brief: „Wenn Sie auf einem Arbeitsplatz bestehen, müssen wir ein Verwaltungsgerichtsverfahren gegen Sie anstrengen".

Anstatt die vakanten Stellen zu besetzen, drehen und wenden sich die „Herrschaften".

SPAREN — SPAREN — Sparen ... uns hängt das zum Hals heraus! Wie unlogisch das ist. Nach E&W benötigt Bremen-Ost sogar 70 Planstellen mehr!

Für ganze Planstellen!

Resolution

Die Auswirkungen des am 1.11.83 in Kraft getretenen Einstellungsstopps haben die Grenzen des Erträglichen erreicht.

Wir können nicht länger hinnehmen, daß fast alle Stationen permanent unterbesetzt sind, dadurch zunehmend Überstunden anfallen, die dazu führen, daß immer mehr Kolleginnen und Kollegen immer häufiger krank werden.

Ein Zustand, der zu mehr Streß, Hektik und Belastung führt. Wieder einmal trifft es die kranken, hilflosen Patienten, die sich am wenigsten wehren können, und um die es ja eigentlich geht!

Für die von Arbeitslosigkeit bedrohten jungen Schwestern und Pfleger brauchen keine Stellen von irgendwoher genommen oder geschaffen werden:

Nach neuesten Berechnungen der Pflegedienstleitung sind hier im Haus 50 Planstellen nicht besetzt!

Deshalb fordern wir, die anwesenden Kolleginnen und Kollegen des ZKH-Ost bei der Personalversammlung am 13.3.85, den Personalrat auf, sich für die Einstellung der am 29.3.85 examinierten Kolleginnen und Kollegen massiv einzusetzen.

Tagung des Beirats der IG Metall

Klares Nein zu Betriebsbesetzungen?

„Nein zu Werksbesetzungen", so oder ähnlich waren Presseberichte überschrieben, die sich mit der jüngsten Sitzung des Beirats der IG Metall beschäftigten. Auf der Beiratssitzung ging es um die Haltung der IGM zu Betriebsbesetzungen und um Fragen des Kampfes gegen die Arbeitsplatzvernichtung in der Metallindustrie.

Daß der Beirat sich mit diesem Thema befassen mußte, geht auf einen Beschluß des Münchner Gewerkschaftstages 1983 zurück. In dem angenommenen Initiativantrag Nr. 4, der im Zusammenhang mit den Besetzungen von HDW/Hamburg und AG Weser in Bremen gestellt wurde, wurde der Beirat verpflichtet, ein Konzept zu erarbeiten, das Aussagen zum Umfang der Arbeitsplatzvernichtung in der Metallindustrie enthalten, sich mit den bisherigen rechtlich zulässigen Widerstandsformen gegen die Arbeitsplatzvernichtung auseinandersetzen und mögliche weitergehende Formen des gewerkschaftlichen Widerstands aufzeigen sollte. Mit letzterem war vor allem die Klärung der Haltung der IGM zu Betriebsbeseztungen gefordert.

Nach der Beiratssitzung wurde eine offizielle Presseerklärung des IGM-Vorstands veröffentlicht. Sie beginnt mit dem Satz: „Betriebsbesetzungen sind nach Ansicht der IG Metall in der Bundesrepublik rechtswidrig." Weiter heißt es: „Wer sich an solchen Besetzungen beteiligt, muß mit Strafverfolgung wegen Hausfriedensbruch, Schadenersatzansprüchen der betroffenen Firma und Kündigung rechnen." Die Pressemitteilung enthält die Schlußfolgerung, für die IGM seien deshalb Betriebsbesetzungen „als Kampfmittel keine Perspektive". (Zitiert nach „Frankfurter Rundschau" vom 15.3.)

Die „Frankfurter Rundschau" vom 15.3. berichtet, daß IGM-Pressesprecher Barczynski auf Nachfrage erklärt habe, zu „dieser barschen Absage habe es keine Zwischentöne" auf der Beiratssitzung gegeben.



Aufgrund dieser Darstellung des IGM-Vorstandes von den Ergebnissen der Beiratssitzung erhielt die IGM jede Menge Zuspruch aus dem bürgerlichen Lager. So lobte etwa das „Handelsblatt" vom 15./16.3.: „Hans Mayr und der Beirat der IG Metall haben jetzt für die IG Metaller an der Basis die notwendige Klarheit geschaffen. Eine Gewerkschaft, die ihre Autorität nicht selbst in Frage stellen will, muß aus wohlverstandenem Eigeninteresse ,Ordnungsfaktor' sein."

Die vom „Handelsblatt" bejubelte „notwendige Klarheit" aber verlor sich in den nächsten Tagen doch erheblich. Einen Tag nach der Beiratssitzung etwa nach das IGM-Beiratsmitglied Adi Ostertag an einer Pressekonferenz teil, auf der das im Bund Verlag erschienene Buch der Mönninghoff-Besetzer „Unser Beispiel könnte ja Schule machen" (wir werden es in einer der nächsten Ausgaben des „Roten Morgen" besprechen) der Öffentlichkeit vorgestellt wurde. Adi Ostertag, Mitherausgeber dieses Buches, sah sich auf der Pressekonferenz mit der Fragestellung konfrontiert, ob denn der Beirat nicht gerade beschlossen habe, daß so etwas wie die Mönninghoff-Besetzung keine Schule machen dürfe. Ostertag bestritt, daß der Beirat der IG Metall eine Verurteilung von Betriebsbesetzungen beschlossen habe.

Die Bezirksleitung Stuttgart der IG Metall sah sich — offensichtlich aufgrund von empörten Kollegenprotesten — veranlaßt, in einem Rundschreiben an alle Verwaltungsstellen mitzuteilen, die in der Presse wiedergegebene Darstellung des Beiratsbeschlusses entspreche nicht seinem gesamten Inhalt.

Die taz vom 19.3. berichtete: „Hohe Funktionäre aus der Frankfurter IGM-Zentrale reagierten empört: Der IGM-Pressesprecher Barczynski habe hier ,Privatpolitik' betrieben, die ihm nicht zustehe."

Die Stellungnahme des Beirats ist mit 83 Seiten äußerst umfangreich. Sie liegt dem „Roten Morgen" noch nicht vollständig vor. Aus inzwischen in der Presse erschienenen Zusammenfassungen scheint hervorzugehen, daß der Beirat eine ausdrückliche Verurteilung von Betriebsbesetzungen tatsächlich vermieden hat. Daß er etwa dargelegt hat, daß nach seiner Auffassung die herrschende Rechtssprechung Betriebsbesetzungen wie die von HDW als illegal beurteilt, daß er eingehend die daraus folgenden rechtlichen Konsequenzen auswalzt, aber nicht ausdrücklich seine Übereinstimmung mit dieser herrschenden Rechtssprechung bekundet.

Andererseits steht wohl fest, daß der Beirats-Beschluß als Absage an die Bestrebungen fortschrittlicher Gewerkschafter zu verstehen ist, die eine positive Haltung der IG Metall zu Betriebsbesetzung als gewerkschaftliche Kampfform herbeiführen wollten.

Der „Rote Morgen" wird in einer der nächsten Ausgaben sich eingehend mit den Argumentationen des Beirats auseinandersetzen, wenn uns dessen Stellungnahme vollständig vorliegt.

Ausschlußdrohung gegen linke Gewerkschafter

Gegen zehn fortschrittliche Gewerkschafter/innen bei MBB-Bremen wurde die Einleitung eines Untersuchungsverfahrens zur Feststellung von gewerkschaftsschädigendem Verhalten nach § 11 der IGM beantragt. Antragsteller sind extrem rechte VKL-Mitglieder um VK-Leiter Bernd Grottke und die Betriebsräte der IGM-Fraktion.

Unter den nun vom Ausschluß bedrohten Kolleginnen und Kollegen sind sechs Mitglieder des Betriebsrats, vier von ihnen zugleich Mitglieder der Vertreterversammlung, ein Mitglied der VK-Leitung und zwei weitere Kollegen.

Bei der letzten Betriebsratswahl hatte sich die Liste Aktive Metaller gebildet, nachdem die Rechen im Betriebsrat und VK-Leitung eine demokratische Aufstellung der IGM-Liste verhindert hatten. Schon damals äußerte sich Grottke gegenüber einem Reporter von Radio Bremen über die Aktiven Metaller so: „Die müssen alle raus aus der Gewerkschaft. Laut und leidenschaftlich rief er das aus im Betriebsratsbüro von dem Betriebsratsvorsitzenden Ladewig und der erhob keine Einwände gegen ein innergewerkschaftliches Holzhakken ... Kommunisten, Kaderschmiede, Unterwanderung, mit solchen Schlagworten zogen die Gewerkschafter Grottke und Ladewig von der regulären IGM-Liste über ihre Kollegen von der LAM her."

In der letzten Zeit hatte sich die Auseinandersetzung vor allem an der Umsetzung des Tarifvertrages über die Verkürzung der wöchentlichen Arbeitszeit entzündet. Die rechten Betriebsräte schlossen bei MBB ein Vereinbarungspaket ab, das mit als die schlechteste der bislang bekannt gewordenen Regelungen gelten kann.

Bei MBB hat sich eine Solidaritätsgruppe mit den vom Ausschluß bedrohten Kolleginnen und Kollegen gebildet. Kontaktmöglichkeit: Rainer Goßler, Geestemünder Str. 70, 2800 Bremen.

Polizeiknüppel gegen Streikende

Unter Einsatz von Gummiknüppeln gingen 20 Polizisten gegen streikende Kolleginnen und Kollegen der Firma Derndruck in Neu-Isenburg (Kreis Offenbach) vor, um arbeitswilligen Streikbrechern gewaltsam Zutritt zum Betrieb zu verschaffen. Laut Information des Landesverbandes der IG Druck & Papier gab es mehrere Verletzte.

Augenzeugen berichteten, daß die Beamten der Offenbacher Einsatzeinheit zuschlugen, ohne vorher auch nur versucht zu haben, die Leute abzudrängen. Der Einsatzleiter der Polizei bestritt, daß der Schlagstockgebrauch befohlen worden sei. Die Grünen haben im hessischen Landtag eine Anfrage an den sozialdemokratischen Innenminister Winterstein gerichtet, in der sie eine Erklärung der Umstände der Polizeiaktion fordern.

Schon während des Streiks in der Druckindustrie für die 35-Stunden-Woche gab es massive Polizeieinsätze gegen Streikposten, vor allem, um Auslieferungsfahrzeugen den Weg zu bahnen. Daß aber die Polizei im Einsatz gegen Streikposten rücksichtslos vom Gummiknüppel Gebrauch macht, ist eine neue Eskalation.

Der Streik bei Derndruck, die zweite Arbeitsniederlegung in der Firma innerhalb einer Woche, hat folgenden Anlaß: Die Firma, die Verpackungsmaterial herstellt, hatte beschlossen ab 1. April für alle Beschäftigten (ca. 250) die Tarifverträge für Papier-, Pappe- und Kunststoffverarbeitung gelten zu lassen. Bislang galt für rund zwei Drittel der Beschäftigten der Tarifvertrag Druck mit erheblich besseren Konditionen.

Streikposten mit Pistole bedroht: Freispruch

Zahlreiche Strafverfahren laufen im gesamten Bundesgebiet noch gegen Gewerkschafter, die während des Streiks für die 35-Stunden-Woche an Demonstrationen vor Druckereien teilgenommen haben. Auffällige Milde aber läßt die Justiz gegen die walten, die gewaltsam oder mit Androhung von Gewalt gegen Streikposten vorgingen.

So wurde ein Taxifahrer, der die Streikposten vor dem Düsseldorfer Druckerzentrum der „Rheinischen Post" bedroht hat, lediglich mit einem Ordnungsgeld von 300,— DM belegt. Das Strafverfahren wegen Nötigung dagegen wurde wegen Geringfügigkeit eingestellt.

Geringfügigkeit! Man schaue sich nur einmal an, wie der Nötigungsparagraph normalerweise gegen Demonstranten — etwa gegen Kasernenblockierer — angewandt wird.

Den Gipfel aber stellt folgendes Urteil dar: freigesprochen wurde ein Expeditionsfahrer, der vor der Druckerei des „Kölner Stadt-Anzeigers" Streikposten mit einer Pistole bedroht hat.

Wie sollen wir dieses Urteil verstehen? Als Ermunterung für die Unternehmerschläger, beim nächsten Mal ruhig zu schießen?

Bremen: Endgültiges Aus für Lehrlingsabgabe

Die in Bremen allein regierenden Sozialdemokraten lehnten endgültig einen von der Bremer Arbeiterkammer und dem DGB schon vor zwei Jahren vorgelegten Gesetzentwurf ab, demzufolge alle nichtausbildenden Betriebe eine Abgabe in einen Fonds zur Finanzierung der Berufsausbildung einzahlen sollten. Der Vorschlag sollte in Bremen Landesgesetz für den Fall werden, daß ein von den sozialdemokratischen Landesregierungen befürwortetes Bundesgesetz nicht zustandekommt, wovon getrost ausgegangen werden kann.

Das Bremer Beispiel hatte Furore gemacht, weil sozialdemokratische Gewerkschaftsfunktionäre sich in der Bremer Bürgerschaft gegen die Initiative der Arbeiterkammer und des DGB gestellt hatten.

BAG zu Aussperrung

Das Bundesarbeitsgericht in Kassel hat entschieden, daß der Aussperrungsbeschluß des Bundesverbandes Druck im Arbeitskampf 1978 gegen das Gebot der Verhältnismäßigkeit verstoßen hat.

Die Druck-Kapitalisten hatten damals einen Beschluß gefaßt, rund 130000 Beschäftigte auszusperren. Weil sich viele kleine und mittlere Unternehmer nicht an den Beschluß hielten, kam es tatsächlich „nur" zur Aussperrung von über 40000 Beschäftigten. Infolge der Schwerpunktstreik-Taktik der IG Druck & Papier befanden sich aber zum Zeitpunkt des Aussperrungsbeschlusses nur rund 4300 Arbeiter und Angestellte im Streik.

Das für die IG Druck & Papier positive Urteil bedeutet aber keine Änderung der grundsätzlichen Rechtssprechung des BAG, derzufolge die Aussperrung ein legales Kampfmittel der Unternehmer ist, um gegenüber dem Streik die „Waffengleichheit" herzustellen. Das neue Urteil bestätigt aber die in einem Grundsatzurteil des BAG von 1980 präzisierte Auffassung des BAG, daß unter dem Gesichtspunkt der ‚Kampfparität" die Aussperrung nicht schrankenlos verhängt werden kann. Genau dieses Verhältnismäßigkeitsgebot ist den Unternehmern ein Dorn im Auge. Insofern hat dieses BAG-Urteil den Bestrebungen der Kapitalisten, die uneingeschränkte Legalisierung der Aussperrung zu erreichen, zunächst einmal einen Riegel vorgeschoben. Andererseits ändert auch dieses BAG-Urteil nichts daran, daß in absehbarer Zeit ein Verbot der Aussperrung über ein BAG-Urteil nicht zu erreichen sein wird, sondern daß der Kampf für das gesetzliche Verbot der Aussperrung der einzige Weg ist, um dem Aussperrungsterror der Unternehmer ein Ende zu setzen.

Abschluß im Bankgewerbe

Rückwirkend ab 1. März werden die Gehälter der 350000 Beschäftigten im Bankgewerbe um 3,6 Prozent erhöht. Die Ausbildungsvergütungen werden um 20 bis 45 DM angehoben. Die vermögenswirksamen Leistungen, bisher 624 DM, wurden auf 780 DM im Jahr vereinbart. Angestellte mit mindestens 20jähriger Betriebszugehörigkeit können künftig zwei Jahre vor Erreichen der gesetzlichen Rentenanwartschaft in Pension gehen. Bereits nach zehn Jahren Betriebszugehörigkeit können Angestellte mit 58 Jahren den Vorruhestand antreten, wenn ihr Arbeitsplatz wegrationalisiert wird.

Entschuldigung!

In der Ausgabe 10/85 des „Roten Morgen" stand auf Seite 5 ein Bericht über Blaupunkt „Bei Blaupunkt in Herne nimmt der Streß der Frauen zu". Durch ein Versehen haben wir die Quelle dieser Schilderung nicht angegeben. Das wollen wir hiermit nachholen. Wir haben den Bericht dem von Waltraud Bierwirth herausgegebenen Buch „Das Ende der Stahlzeit" entnommen. Es ist als Nr. 7 der Reihe Basisbücher in der Büchergilde Gutenberg erschienen.



Auf die Schulter geklopft . .

wurde den Betriebsräten der Salzgitter AG auf der Konzern-Betriebsräteversammlung. Das Vorstandsmitglied der Salzgitter AG, Dr. Schmitt, hob hervor, daß die Betriebsräte entscheidend an der Umsetzung des Sanierungskonzeptes mitgewirkt haben. Gerade die zum Teil gravierenden Maßnahmen seien von ihnen mitgetragen und mitverantwortet worden. Und der Vorstandsvorsitzende Pieper dankte den Betriebsräten für ihre Mitarbeit, die hierbei „bis an die Grenze der Belastbarkeit gefordert werden."

In der Tat fahren die meisten Betriebsräte trotz der Frontalangriffe der Unternehmer und Regierungen den Sozialpartnerschaftskurs, den Kurs der vertrauensvollen Zusammenarbeit mit den Unternehmern. Auch bei uns auf der Werft gibt es noch genug Betriebsratsmitglieder, die das Lob der Konzernmanager ohne Widerspruch annehmen. Sie haben das HDW-Konzept 83 mitgetragen. Die Betriebsratsmitglieder, die sich offen gegen das Konzept gestellt haben, kann man hier an den Fingern abzählen. Im Gegensatz zu HDW-Hamburg, wo weitaus mehr Betriebsräte zumindest zeitweise vom alten Sozialpartnerschaftskurs abgerückt sind.

Das HDW-Konzept 83 ist mittlerweile so gut durchgezogen worden — die ursprünglich geplanten Entlassungen sind schon weit überschritten, die Produktivität ist bis zu 30 Prozent gesteigert worden usw. — daß selbst Pieper, Ahlers und Co. über ihren Erfolg erstaunt sind und sich ins Fäustchen lachen. Die Entlassungen gehen jetzt weiter — von einigen Hundert ist noch die Rede — jetzt stehen im Werk Süd knappe 100 Kollegen auf der Liste und vom Betriebsrat ist die Belegschaft bisher nicht informiert worden. Anscheinend wollen die tonangebenden Betriebsräte auch diese Entlassungen möglichst ruhig „abarbeiten" und mittragen.

Sie haben wohl die Abschlußworte von Pieper auf der Konzernbetriebsräteversammlung beherzigt: Vorstände und Betriebsräte sollten gemeinsam dazu beitragen, daß die verbesserten Aussichten auf wirtschaftlichem und technischem Gebiet nach den harten Sanierungsmaßnahmen zu einem **Motivationsschub** bei den Mitarbeitern führe.

Auf deutsch: Wir sollen mit Lust und Freude noch schneller arbeiten, damit noch mehr Kollegen entlassen werden können und die Kapitalisten noch mehr Profit machen. Wer gewerkschaftlich ein bißchen auf dem Kasten hat, kann das ja wohl nicht mitmachen — oder?

Neues aus Witten / Texas:

„Hire and Fire" — auf Deutsch

200 befristete Einstellungen — und wie weiter?

Heuern und Feuern, Einstellen und auf die Straße Stellen, wie es gerade paßt - das ist das Modell USA. Spaltung der Belegschaften in möglichst kleine „Stammbelegschaften" und wechselnd große, völlig rechtlose „Randbelegschaften" — das ist das Modell Japan. Aus allem, was schlecht für uns ist auf der Welt, brauen sich Regierung und Unternehmerverbände das künftige „Modell Deutschland" zusammen.

Und Siemens, das bekanntermaßen besonders gute Beziehungen zur CSU hat, geht, wie immer, voran. Zu ca. 600 fest eingestellten Frauen kommen 200 befristet eingestellte. Demnächst tritt das neue „Beschäftigungsförderungsgesetz" in Kraft, dann dürfen die Unternehmer ohne jeden Grund bis zu 18 Monaten befristet einstellen. Glaubt jemand, daß dann überhaupt noch unbefristete Arbeitsverträge abgeschlossen werden? Zumindest nicht bei Frauen. Jedenfalls nicht bei Siemens.

Dadurch soll aufgeräumt werden mit dem ganzen „Sozialklimbim", wie die Herren Unternehmer das nennen. „Sozialklimbim" ist, daß du gegen deine Kündigung klagen kannst. — Du wirst nicht mehr gekündigt, dein Vertrag läuft aus.

„Sozialklimbim" sind Sozialpläne und Abfindungen bei Massenentlassungen — die Verträge laufen aus.

„Sozialklimbim" ist der 13. Monatslohn — die Verträge enden vor dem Stichtag und im Januar wird neu eingestellt. Befristet.

„Sozialklimbim" ist, daß auch ein/e Arbeiter/in das Recht hat, ein bißchen sicherer in seiner Existenzunsicherheit zu leben — heute hier ein halbes Jahr in Arbeit, morgen dort ein ganzes.

„Sozialklimbim" ist aber noch viel mehr. Denn es geht ja nicht nur darum, die befristet Eingestellten als billige Manövriermasse zu mißbrauchen, sondern auch darum, durch sie die sogenannte Stammbelegschaft unter Druck zu setzen.

Wir werden die Spaltung der Belegschaft zu spüren bekommen. Die Konkurrenz untereinander, der Druck auf uns alle wird zunehmen. Es ist ja ein offenes Geheimnis: Die Olympiareifen werden übernommen. Schon heute fragen sich viele Kolleginnen: Wer muß denn dafür gehen?

Jede der 200 neuen Kolleginnen wird versuchen, so gut und so lieb zu sein, daß sie übernommen wird.

Wie sich das nach diesem halben Jahr auf die Zeiten und das Klima hier auswirken wird, interessiert sie verständlicherweise erst einmal nicht. Sie haben ja nichts davon.

Den 200 Kolleginnen ist das nicht übel zu nehmen. Nur — eigentlich liegt es auch in ihrem Interesse, mit uns solidarisch zu sein! Gemeinsam könnten wir Widerstand leisten gegen eine Politik, die das „Heuern und Feuern" zum Prinzip erhebt — zu unser aller Schaden.

Entscheidet die Politische Polizei, wer bei Thyssen arbeiten darf?

Thyssen-Hamborn

Im Juni stellte Thyssen in Duisburg 350 Kolleginnen und Kollegen mit auf sechs Monate befristeten Zeitverträgen ein. Im Dezember wurden ca. 50 nicht in ein unbefristetes Arbeitsverhältnis übernommen. So weit mittlerweile schon nichts Besonderes mehr; denn daß befristete Arbeitsverträge geschlossen werden, um hinterher nur die zu übernehmen, die keinen Krankenschein genommen haben und auch sonst nicht unangenehm aufgefallen sind, ist schon wieder alltäglicher Kapitalismus bei uns.

Unter den Nichtübernommenen auch die Kollegen Rainer Kursch und Wilfried Benisch. Mit ihrer Nichtübernahme hat es schon eine besondere Bewandtnis: Sie wurde ihnen durch die politische Polizei angekündigt.

Hintergrund der Geschichte: Im September letzten Jahres fand in Duisburg eine Veranstaltung statt, um über die Behinderung der NATO-Herbstmanöver zu diskutieren. Dabei wurde ein Spitzel der politischen Polizei enttarnt, der Aufnahmen mit einem Minitonband machte. Am nächsten Tag wurde Rainer Kursch auf Frühschicht im Betrieb verhaftet und wie ein Schwerverbrecher in Handschellen abgeführt. Wie es hieß, wegen Verdacht auf Raub — des Minitonbandes.

Obwohl der Kollege Wilfried Benisch, der mit Rainer Kursch zusammen zu den Besetzern des Neumühler Bahnhofs in Duisburg gehört hat, während der fraglichen Veranstaltung auf Mittagsschicht war, wurde auch er offenkundig durch das Einwirken der politischen Polizei von Thyssen nicht übernommen. Im folgenden drucken wir eine Rede ab, die Wilfried Benisch auf einer Betriebsversammlung von Thyssen-Hamborn gehalten hat.

Liebe Kolleginnen und Kollegen!

Ich habe hier am 19. Juni angefangen zu arbeiten und zwar als Zeitarbeiter im Oxygenstahlwerk I., und ich bin einer von den beiden, die dank der hervorragenden Zusammenarbeit von Politischer Polizei, speziell dem K14--Bullen Schabronat und der Personalabteilung der Thyssen AG nicht übernommen wird. Ich wollte was sagen zu den Zeitverträgen im allgemeinen und zum Verhalten des Betriebsrats und der IG Metall.

Aber zwei Sachen zum Anfang:

1. Auf der Veranstaltung auf der der Spitzel enttarnt worden ist, war ich gar nicht dabei. Ich hatte nämlich Mittagsschicht. Das zeigt aber um so deutlicher, worum es hier eigentlich geht: Jeder, der sich auf irgendeine Weise wehrt, sei es gegen NATO-Aufrüstung, ständig steigende Preise, aber auch gegen Entlassungen, soll hier eingemacht werden. Die einen werden halt zur kriminellen Vereinigung erklärt, die anderen direkt ins Gefängnis gesteckt, und mache, so wie wir, verlieren eben ihren Arbeitsplatz.

2. Ich hab' natürlich überhaupt keinen Grund, mich von der Veranstaltung zu distanzieren, denn das wäre ja noch schöner, wenn die Thyssen Ag bestimmen könnte, was ich in meiner Freizeit mache.

Und noch eins:

Verschiedentlich wurde gefragt oder behauptet, der Kollege Kursch und ich hätten bei der Besetzung des Neumühler Bahnhofs mitgewirkt. Wir haben nicht nur mitgemacht, sondern auch zwei Jahre im Neumühler Bahnhof gewohnt. Und wir stehen auch dazu: Wo kein billiger und großer Wohnraum vorhanden ist, da muß er halt geschaffen werden. Nichts anderes haben wir gemacht. Und ich find' nicht, daß es richtig ist, Häuser zu besetzen, ich find', es ist auch schon längst fällig, daß auch wir mal zur Tat schreiten und die Fabriken besetzen und diese ganzen Profitgeier, die sind ja hier im Saal in der ersten Reihe alle vertreten, zum Teufel jagen.

So, das waren die beiden Sachen, jetzt wollt' ich noch was zu Zeitverträgen und dem Verhalten des Betriebsrats und der IG Metall sagen: Zeitverträge passen zu einer Zeit, wo mittlerweile 2,5 Millionen Menschen ohne Arbeit sind. Zu einer Zeit, wo fast jeder von uns Angst hat, seinen Arbeitsplatz zu verlieren, wo sich keiner mehr was traut zu sagen, wo fast jeder die Fresse hält, auch wenn ihm vieles nicht paßt. Zeitverträge passen zu einer Zeit, wo deutsche Arbeiter gegen ausländische Arbeiter, die älteren gegen die jungen, Männer gegen Frauen gegeneinander ausgespielt werden sollen. Kurz gesagt, sie passen zu einer Zeit, in der wir Arbeiter für die Kapitalisten nichts mehr wert sind als ein Stück Dreck. Es ist für mich klar, daß Thyssen die Zeitverträge macht, um den Druck gegen uns alle noch zu verschärfen. Jeder von uns Zeitarbeitern wußte, ein falsches Wort zum Meister, zum Vorgesetzten, kann dein letztes falsches Wort gewesen sein. Es gilt sich zu ducken, am besten gleich zu kriechen — und sowas wirkt natürlich auch auf die festeingestellten Kollegen. Selbst die augenblickliche Ruhe in den Betrieben reicht den Thyssen-Bossen nicht aus — was sie wollen, das ist die Friedhofsruhe. Daß das keine Theorie ist, sondern bittere Wirklichkeit, zeigen die Tatsachen: Mindestens 30 Zeitarbeiter werden nicht übernommen. Das sind dann die politisch unbequemen, die Leistungsschwachen und die sogenannten krankfeiernden Kollegen.

Man sieht also ganz klar, die Zeitverträge nützen nur dem Thyssen-Konzern. Alle Versuche des Betriebsrates, die Zeitverträge als ihren Erfolg darzustellen, sind daher Augenwischerei. Dieser Betriebsrat scheint aber leider auch bereit zu sein, eher mit den Thyssen-Bossen gemeinsame Sache zu machen als wirklich konsequent für Arbeiterinteressen einzutreten. Gerade angesichts der 38-Stunden-Woche und steigender Produktion für das Jahr 85, gerade angesichts einer noch immer vorhandenen Unterbesetzung von rund 800 Mann, gäbe es jetzt nur eine richtige Forderung: Festeinstellungen. Doch auch jetzt werden wieder neue Zeitarbeitsverträge abgeschlossen.

Das miese Spiel geht also weiter. Zu unser aller Schaden. Jetzt bleibt natürlich noch zu fragen, wie der Betriebsrat, die Betriebsräte Kroll und Conrads, die für unsere Bereiche zuständig waren und die IG Metall sich zu unserem speziellen Fall verhalten haben.

Eines vorweg:

Die Bespitzelung, Überwachung und Einschüchterung der Politischen Polizei in Duisburg richtet sich nicht allein gegen sogenannte radikale Elemente. Die Politische Polizei kümmert sich auch um gewerkschaftliche Aktivitäten. Sie ist mit dabei, wenn die GEW gegen Stellenabbau protestiert oder wenn die Stahlarbeiter, also wir, vor dem Rathaus demonstrieren. Am 1. Mai beobachtete die Politische Polizei die Gewerkschaftsdemonstration, nachher stand sie an den Bierbuden herum und guckte, was so lief. Die Politische Polizei war auch dabei, als im November 83 bei Thyssen vor dem Krawattenbunker ein Warnstreik stattfand. Daß die Politische Polizei hierfür einen Auftrag bekommen haben muß, wird dadurch deutlich, daß sie sich teilweise im Paterre des Hochhauses befand. Ein Thyssen-Arbeiter hatte bei dieser Gelegenheit versucht, die Beamten der Politischen Polizei zu fotografieren, woraufhin ihm der berüchtigte K14-Bulle Schabronat die Kamera entriß und den Film sicherstellte. Wenig später wurde der betreffende Kollege sogar von seinem Betriebschef aufgefordert, sich zu einem Verhör bei der Politischen Polizei zu melden. Von einem öffentlichen Protest des Betriebsrats oder der IG Metall ist mir nichts bekannt. Ein Protestbrief, der an das Innenministerium gerichtet war, verschimmelt derweilen im Betriebsratsbüro.

Ich hab' hier auch die erste Frage an den Betriebsrat zu stellen: Warum habt ihr zu dem konkreten Fall nichts unternommen? Warum liegt der Protestbrief immer noch in der Schublade?

So, jetzt zu unserem konkreten Fall!

Ich hab' mich, nach dem ich vom Meister erfahren hatte, daß ich nicht übernommen werden sollte, direkt an meinen Betriebsrat, den Kollegen Kroll gewandt. Ich hab' den Kollegen Kroll aufgefordert, mit mir zusammen zum Betriebschef zu gehen. Der Betriebschef, Müncher heißt er, konnte mir aber nichts sagen. Es ist aber eher zu vermuten, daß er mir nichts sagen wollte. Am gleichen Tag bin ich dann auch noch zur Personalabteilung gegangen. Wie zu erwarten war, haben die mir auch nichts gesagt. Ich hab' den Kollegen Kroll dann aufgefordert, meine Sache öffentlich zu machen, geschehen ist aber leider nichts. Der Kollege Spahn hat in unserem Fall leider auch nicht viel unternommen. Da hätten wir eigentlich mehr erwartet, denn, so der Kollege Spahn laut WAZ vom 3. 11. 84: „Spahn, der grundsätzlich kein Freund von befristeten Arbeitsverträgen ist, tritt in Gebieten mit überdurchschnittlich hohen Arbeitslosenzahlen wie in Hamborn, für Ausnahmen ein, da das Selbstwertgefühl eines Menschen, der lange Zeit arbeitslos war, gestärkt werde und die Arbeitslosenversicherung etwas entlastet werde.

Diese Ausnahmen hält er allerdings nur in Großbetrieben anwendbar, weil hier ein in der Regel starker Betriebsrat auf die strikte Einhaltung der Arbeitnehmerrechte achte."

So hat er den ganzen Fall lediglich weitergegeben zur IG Metall nach Duisburg, die aber dann auch keinen Finger gerührt hat.

Wir fordern jetzt daher eine ganz klare Stellungnahme der Ortsverwaltung der IG Metall, also vom Kollegen Schmotz und Buhlitz!

Außerdem möchte ich noch mal gerne wissen, warum der Kollege Kroll nichts weiter unternommen hat!

Drittens erwarte ich auch noch von der Personalabteilung eine klare Begründung, warum wir entlassen werden!

Ford droht mit Werksschließungen in Europa

BR-Vorsitzender von Ford-Niehl, Wilfried Kuckelkorn, fordert Entlassung von über 2000 Angestellten

Robert Lutz, der einstige Generaldirektor von Ford/Deutschland und jetzige Vorstandsvorsitzende von Ford Europa, läßt sich in der letzten Zeit immer häufiger über die — nach seinen Angaben — 20prozentige Überkapazität von Ford in Europa aus. Erst kürzlich schrieb er einen Brief an verschiedene europäische Regierungen, in dem er Maßnahmen gegen die „japanische Bedrohung" fordert, ansonsten sähe sich Ford gezwungen, „drastische Aktionen" ins Auge zu fassen. Diese „drastischen Aktionen" beinhalten die Drohung, möglicherweise eine ganze Produktionsstätte oder Teile davon zu schließen. Infrage kämen da Werke oder Werkstelle in England, Belgien oder Köln-Niehl.

Auf der Automobilausstellung in Stockholm hat Lutz diese Aussagen noch einmal bestätigt.

Daraufhin lud der Internationale Metallgewerkschaftsbund Ford-Gewerkschafter aus Britannien, Westdeutschland, Belgien, Frankreich, Spanien und Portugal ein, um am 27.1.85 eine gemeinsame Strategie in Genf zu diskutieren.

Herman Rebhahn, deutscher Sozialpartner und Generalsekretär des IMB, lud zu diesem Gewerkschaftstreffen auch den Chef von Ford Europa Robert Lutz ein; denn „selbstverständlich gibt es Probleme auf dem europäischen Automobilmarkt, von denen aber viele gelöst werden könnten, wenn Ford und andere Unternehmen bereit wären, sie vernünftig mit den Gewerkschaften auf internationaler Ebene zu besprechen." (Originalton Rebhan)

Wie die deutschen IG-Metaller die Probleme lösen wollen, eröffnete der Kölner Gesamtbetriebsratsvorsitzende, Betriebsratsvorsitzende und VK-Leiter von Köln-Niehl, Wilfried Kuckelkorn, der Kölner Belegschaft auf der Betriebsversammlung in Köln-Niehl am 11.3.85. Er berichtete dort von dem Gewerkschaftstreffen in Genf.

Die britischen Ford-Gewerkschafter schlugen vor, um jeden Arbeitsplatz einen Kampf zu führen und auch die Mittel des Streiks und Werksbesetzungen dafür einzusetzen.

Die deutschen Konferenzteilnehmer hatten einen anderen Vorschlag: Es solle der überflüssige Verwaltungsapparat von Ford Europa abgebaut werden. Es gäbe dort Parallelorganisationen und verschiedene „Stäbe in Europa". Kuckelkorn schluf vor, die ganze aufgeblähte Ford-Europa-ORGANISATION ZU STRAFFEN. Um den „Engländern entgegenzukommen" schlug Kuckelkorn folgenden Kompromiß vor:

Obwohl der abzubauende Verwaltungsapparat zu 90 Prozent in Britannien sei und nur zu 10 Prozent in der Bundesrepublik, wollten die westdeutschen Gewerkschafter freiwillig „50 Prozent des Personalabbaus übernehmen".

Sicher ist es ein häufiges gewerkschaftliches Argument bei drohenden Werksschließungen zu sagen: „Die sollen erst einmal den Wasserkopf abschlagen, lieber die Manager weg als die Arbeiter". Einen Sinn ergibt das aber doch nur, wenn damit die Empörung der Kollegen über das Abwälzen der Schwierigkeiten auf ihre Schultern geweckt wird mit dem Ziel, um jeden Arbeitsplatz zu kämpfen, aber nicht als Appell an die Vernunft der Unternehmer.

Schauen wir uns aber die von Kuckelkorn genannten Zahlen an, wird schnell deutlich, daß es um eine große Zahl von Angestellten und nicht um Topleute des Managements geht:

Von 960 Angestellten in Warley (England) könnten 400 eingespart werden.

Weitere 1500 bis 2000 Planstellen könnten gestrichen werden. Das könne in drei oder vier Stufen geschehen, z. B. durch Abfindungsverträge und Pensionierungsmaßnahmen.

Ford Europa aber wolle stattdessen lieber rentable Werke schließen, unter anderem das Kölner Getriebewerk, auch das Motorenwerk könne betroffen sein. Das wären Arbeitsplätze von 2000 bis 2500 Kollegen.

Kuckelkorn fragte rhetorisch: „Warum macht die Unternehmervertretung diesen Vorschlag?" Die Antwort gab er selbst:

Das Europaparlament sitze in England und nicht in Straßburg oder Brüssel, wie der Betriebsrat schon häufiger gefordert habe, es arbeiten also fast ausschließlich Engländer dort. Die wollten natürlich Werke lieber woanders schließen als in England. Die Kosten für dieses Management aber würden allen nationalen Ford-Gesellschaften aufgebürdet.

Die europäischen Ford-Gewerkschafter gingen in Genf ohne Einigung auseinander. Den britischen Gewerkschaftern wurde lediglich das Zugeständnis gemacht, daß Mitgliedsverbände, die im Falle angekündigter Betriebsschließungen Streikmaßnahmen durchführen, Unterstützung zugesichert wurde. Wo solche Ankündigungen von Solidarität aber landen können, konnte man beim Streik der britischen Bergarbeiter ja schon betrachten.

Der Generalsekretär des IMB Rebhan nutzte jedenfalls die Pressemitteilung des IMB dazu, noch einmal ein Gespräch mit Ford-Verantwortlichen vorzuschlagen: „... weil alle Ford-Gewerkschafter rationelle Gespräche über ein gemeinsames Vorgehen von Geschäftsleitung und Gewerkschaften zur Bewältigung der Überkapazitäten in der europäischen Automobilindustrie bei weitem der Panik vorziehen, die entsteht, wenn eine Betriebsschließung angekündigt wird."

Das heißt: Rebhan möchter gerne bei dem Abbau von Überkapazitäten (sprich: Vernichtung von Arbeitsplätzen) mitwirken, damit ja kein Kampf für den Erhalt der Arbeitsplätze geführt wird („Panik").

Die westdeutschen Sozialpartner bieten sich sozusagen als die besseren Manager für Ford an, indem sie dem Figner in den USA sagen: Wir arbeiten rationeller, unsere Arbeitsplätze müssen erhalten bleiben. Wir sind im Gegensatz zu den „Engländern" sogar bereit, über einen geordneten, sinnvollen Arbeitsplatzabbau zu verhandeln, dort, wo sie überflüssig sind.

Leider ist bis jetzt die Hetze gegen „England" bei den Ford-Kollegen populär. Das hat allerdings seine Grenzen, wenn ihnen klar gemacht wird, daß Kuckelkorn hier Manager auf der einen Seite und Arbeiter und Angestellte auf der anderen Seite in einen Topf wirft. Die linken Gewerkschafter bei Ford haben die Aufgabe, den Kollegen diesen Unterschied klarzumachen.

Und sie müssen ihnen aufzeigen, daß man durch Anbiederei keine Erfolge gegenüber der Ford-Geschäftsleitung haben kann, auch — und gerade — nicht bei der obersten Konzernspitze in den USA. Vielleicht gelingt das anhand des Eklats, den der Betriebsrat bei den Verhandlungen um die Umsetzung des Tarifvertrages (38,5-Stunden-Woche) und dem Vertrauen auf die Einigungsstelle erlebt hat (siehe Artikel auf dieser Seite).



Umsetzung der 38,5-Stunden-Woche bei Ford

18 Minuten weniger bei allen Ford-Werken in der BRD

Am 8.3.85 fällte die tarifliche Einigungsstelle für die Ford-Werke den Spruch zur Umsetzung des Tarifvertrages über die Verkürzung der wöchentlichen Arbeitszeit. Es wird täglich 18 Minuten weniger gearbeitet, über die genaue Zeitregelung wird noch verhandelt. Zusätzlich erhalten die Ford-Kollegen ab 1.1.85 die am 1.7.84 vereinbarte Lohnerhöhung, die bei Ford bis zum 31.12.84 nur auf den Tariflohn gezahlt worden ist, ab 1.1.85 auf den Effektivlohn.

Schon sechs Wochen zuvor hatte die betriebliche Einigungsstelle für das Ford-Entwicklungszentrum in Köln-Merkenich im wesentlichen den gleichen Spruch gefällt, nachdem die Kolleginnen und Kollegen sich dort von einem Alleingang ein besseres Ergebnis erhofft hatten.

Der Ford-Gesamtbetriebsrat hatte Anfang September 84 folgende Forderungen aufgestellt:

1. Umsetzung der 38,5-Stunden-Woche durch 9 Freischichten, jeder 26. Arbeitstag sollte zusätzlich frei sein.

2. 4 Prozent Neueinstellungen.

3. Berechnung der tariflichen Lohn- und Gehaltserhöhung auf das Effektiveinkommen.

Ford blockte von vornherein ab. Zwar bot Ford eine einheitliche Verkürzung an, aber in der Form von 18 Minuten täglich. Nur dann könne man über die Lohnerhöhung auf den Effektivlohn sprechen. Im übrigen lehne man Neueinstellungen wegen der schlechten wirtschaftlichen Lage ab. Die deutschen Werke seien im internationalen Vergleich ohnehin schon die teuersten, in den nächsten Jahren seien keine Gewinne zu erwarten. Man müsse sich daher auf die 18 Minuten als die kostengünstigste Lösung festlegen, wolle man nicht deutsche Arbeitsplätze gefährden.

Als der Betriebsrat mit der starren Haltung der Geschäftsleitung konfrontiert war, reagierte er sofort: Von Neueinstellungen wurde fortan nicht mehr gesprochen, es wurden Zalenkonstruktionen vorgetragen, die beweisen sollten, daß die Lösung des Betriebsrats nicht kostenintensiver sei, man sei auch bereit, über eine „kostenneutrale" Einführung der Freischichtenregelung zu reden.

Wie das aussehen sollte, wurde nicht gesagt. Die Belegschaft wurde zwar über den jeweiligen Verhandlungsstand informiert, es wurde aber keine einzige gewerkschaftliche Maßnahme ergriffen. Der Vorschlag, wenigstens durch eine Belegschaftsumfrage zur Frage der Umsetzung eine gewisse Mobilisierung herzustellen, wurde nicht aufgegriffen. Dagegen wurden weiterhin im Werkzeug- und Karosseriebau sowie praktisch im gesamten Facharbeiterbereich massenhaft ohne Einschränkungen Überstunden genehmigt.

Im Dezember zeichnete sich ab, daß es zur Einigungsstelle gehen würde. Der stellvertretende Ortsvorsitzende der IGM Röhring rief auf der Betriebsversammlung im Dezember noch aus: „Glaubt die Geschäftsleitung denn im Ernst, daß sie bei der Einigungsstelle mit ihren Vorstellungen Gehör finden wird?"

Er wird sich sicher gefreut haben, als vorletzte Woche die Nachricht kam, daß das Los den NRW-Staatssekretär Klinkhammer, Sozialdemokrat und rechte Hand von Arbeitsminister Farthmann, zum Vorsitzenden der Schlichtungsstelle bestimmt hatte. Er war der Vorschlag der IG Metall.

Nun kam es doch anders. Kuckelkorn, GBR-Vorsitzender, BR-Vorsitzender und VK-Leiter in Personalunion, berichtete auf der Betriebsversammlung am 11.3.85 über die Verhandlungen:

„Es waren zwei Mammutsitzungen. Die Geschäftsleitung lehnte jeden Kompromißvorschlag ab. Der Gesamtbetriebsrat rechnete vor, daß auch die Freischichtenregelung kostengünstig ist. Der Gesamtbetriebsrat wäre zu jedem Kompromiß bereit gewesen, der zwischen seinem Vorschlag und den Vorstellungen der Geschäftsleitung gelegen hätte.

Der Vorsitzende der Schlichtungsstelle entschied sich trotzdem für die 18-Minuten-Regelung, weil Ford vorrechnete, daß sie in den Jahren bis 87 keinen Gewinn machen würden. Für den Vorsitzenden sei erkennbar geworden, daß durch die 18-Minuten-Regelung mehr Arbeitsplätze gesichert werden können. Es würden nämlich die Arbeitsplätze überleben, die kostengünstig sind. Unser Opfer ist es wert, Ford Deutschland gegenüber England als kostengünstig erscheinen zu lassen. Der Vorsitzende", so Kuckelkorn, „habe so großen Anteil genommen an den Interessen der Kollegen und des Betriebes."

Wie Kuckelkorn allerdings in seinem Sozialpartnerschaftsgehirn das Lob für den Vorsitzenden der Schlichtungsstelle einerseits und die Tatsache, daß dieser sich klar für die Geschäftsleitung und gegen den Gesamtbetriebsrat entschieden hat, unter einen Hut bringt, bleibt sein Geheimnis.

FAP kandidiert zur Landtagswahl in NRW

Der Oberbürgermeister und die „neonazistischen Umtriebe"

„Sehr geehrter Herr Lohse, auch ich teile Ihre Ansicht, daß neonazistischen Umtrieben kompromißlos entgegen getreten werden muß. Hierzu gehört in erster Linie auch die ständige Wachsamkeit aller demokratischen Kräfte in diesem Land." So beginnt ein Schreiben, das der Dortmunder Dietrich Loh se in der letzten Woche von niemand geringerem als dem Oberbürgermeister seiner Stadt, dem Sozialdemokraten Günter Samtlebe, erhielt.

FAP in der Nachfolge der ANS

Praktisch gleichzeitig — aber davon steht nichts auf dem teuren Briefpapier des Dortmunder OG — meldete die FAP, die „Freiheitliche Arbeiterpartei", in Düsseldorf ihre Kandidatur für die Landtagswahl in NRW an. Die Städte, in denen die FAP voraussichtlich kandidieren wird, sind Duisburg und Dortmund.

Diese vorgebliche „Freiheitliche Arbeiterpartei" ist heute die Nachfolgeorganisation der seinerzeit verbotenen „Aktionsfront Nationaler Sozialisten/Nationale Aktivisten", deren Chef Michael Kühnen kürzlich von einem Frankfurter Gericht zu einer mehrjährigen Haftstrafe verurteilt wurde.

Michael Kühnen dazu auf der Gründungsversammlung des Landesverbandes NRW der FAP am 18. Februar 1984: *„Die FAP ist der neue legale Arm der Bewegung".* Und der Landesvorsitzende der FAP betonte auf dem 1. Kongreß seiner Partei am 7. April 1984 in Münster, *„daß die FAP sowohl in der Nachfolge der ANS/NA als auch der NSDAP stehe, daher habe man das ehemalige NSDAP-Programm aktualisiert und zur Grundlage der weiteren Arbeit der FAP gemacht."* Bezeugt wird diese Aussage des Landesvorsitzenden der FAP übrigens nicht von irgendeinem, in den Augen des Dortmunder OBs möglicherweise dubiosen Antifaschisten, sondern vom Verfassungsschutz von Nordrhein-Westfalen. Sie ist sogar schwarz auf weiß nachzulesen im Verfassungsschutzbericht NRW für das erste Halbjahr '84. Unbestritten ist auch, daß sich die Dortmunder FAP in starkem Maße aus Mitgliedern der berüchtigten „Borussenfront" mit ihrem Anführer Siegfried Borchert, genannt „SS-Siggi" rekrutiert.

All dies ist für einen sozialdemokratischen Oberbürgermeister, der in Briefen an Antifaschisten seine Ansicht mitteilt, daß „neonazistischen Umtrieben kompromißlos entgegengetreten" werden müsse, noch lange kein Grund, etwas dagegen zu unternehmen, oder wenigstens dagegen zu protestieren, daß eine solche faschistische Partei sich an den Landtagswahlen in NRW beteiligen kann. Die einzigen Parteivertreter, die in Düsseldorf gegen die Zulassung der FAP protestieren, sind die Vertreter der KPD und der MLPD. Für die Antifaschisten in Dortmund ist dieses Verhalten ihres OB keine große Überraschung. Schließlich hat Günther Samtlebe, dem angeblich die „ständige Wachsamkeit aller demokratischen Kräfte" so am Herzen liegt, auch schon stumm und tatenlos zugesehen, als die FAP sich im Herbst '84 an den Kommunalwahlen in Dortmund beteiligte.

Nazi-Umtriebe im Dortmunder Norden

Überhaupt spielt sich in Dortmund — unter den ständig wachsamen Blicken des OB — so einiges ab. In der Dortmunder Zeitung „Antifaz" heißt es:

„Wer im Dortmunder Norden seine Pommes in türkischen Imbißbuden kauft, dem kann es passieren, daß sie ihm von herumlungernden Strolchen ins Gesicht geschlagen werden. Auch kleinen Kindern ist das schon passiert. Wer sich die Helden der Straße genauer ansieht, die sich durch solche Gewalttätigkeiten hervortun, der mag an ihren Jackenärmeln schildförmige aufgenähte Aufnäher mit dem Spruch entdecken „Ich bin stolz, ein Deutscher zu sein."

Wer im Dortmunder Norden in die falschen Lokale geht und durchblikken läßt, daß er sich mit dieser ‚Elite der Nation' nichts am Hut hat, der muß eventuell froh sein, mit einigermaßen heiler Haut wieder herauszukommen.

Wer im Dortmunder Norden in Räumlichkeiten ausländischer Vereine (mit Ausnahme der immer noch geduldeten Grauen Wölfe in der Haydnstraße) oder demokratischer deutscher Organisationen wie der Naturfreunde sitzt, der muß sich der Gefahr gewärtig sein, auch hier plötzlich überfallen zu werden von Leuten, die sich in diversen Wehrsportgruppen auf solche Einsätze im Saal und auf der Straße vorbereitet haben. Aktuelles Beispiel: Die Störung einer Versammlung im Deutsch-Türkischen Freundschaftszentrum in der Kesselstraße am 21. Januar." (Antifaz, Nr. 0/85)

Verbot der „Borussenfront" gefordert

Gegen die „Borussenfront", deren Name im Zusammenhang mit solchen Gewalttätigkeiten immer wieder auftaucht, sind Dortmunder Antifaschisten bereits seit langem aktiv. Ziemlich genau vor einem Jahr sammelten sie für einen Bürgerantrag, der unter anderem das Verbot der „Borussenfront" und die Durchführung einer öffentlichen Ratssitzung zu diesem Thema forderte, am Rande einer antifaschistischen Gedenkveranstaltung in der Bittermark ca. 200 Unterschriften.



Demonstration gegen Ausländerfeindlichket in Dortmund

Im Juli letzten Jahres kamen als Antwort zwei Briefe von der Stadt, in denen die Maßnahmen angekündigt wurden. Dann kam nichts mehr — wenn man von der unbehelligten Kandidatur der FAP zu den Kommunalwahlen in Dortmund einerseits und von einigen Prozessen gegen besonders berüchtigte Schläger der Borussenfront einmal absieht. Erst jetzt, im März 1985, nach erneuter Mahnung durch einen der drei Verfasser des Bürgerantrags, meldete sich der OB mit dem schon erwähnten Brief bei Dietrich Lohse. Und was ist nun aus dem geforderten Verbot der „Borussenfront" geworden? Günther Samtlebe schreibt:

„Der Innenminister des Landes Nordrhein-Westfalen hat mir zwischenzeitlich mitgeteilt, daß eine Anwendung des Vereinsgesetzes nicht möglich und damit für ein Verbot der ‚Borussenfront' keine ausreichende Rechtsgrundlage erkennbar sei. Wirkungsvoller und vordringlicher ist auch nach meiner Ansicht eine umfassende Aufklärung junger Menschen über Vorgänge und Ereignisse während der Zeit der nationalistischen Gewaltherrschaft ..."

Zum Beweis für die kompromißlosen Aktivitäten der Stadt Dortmund in dieser Hinsicht verweist Günter Samtlebe in seinem Brief auf die jährliche Gedenkveranstaltung in der Bittermark, auf eine Ausstellung und auf Gedenktafeln, die in Dortmund errichtet wurden. Den Ausländern, die heute im Dortmunder Norden vor der „Borussenfront" bzw. der FAP zittern, mag dieser Antifaschismus der Stadt Dortmund und ihres OB vielleicht etwas rückwärtsgewandt vorkommen. Aber wir können sie beruhigen: Wenn auch in Dortmund, wie anderswo schon mehrfach geschehen, ein ausländischer Mitbürger eines Tages das Opfer eines faschistischen Mordanschlages werden sollte, wird sicher auch er einen Gedenkstein bekommen. Denn wenn es darum geht, „den Widerstand in unserer Stadt auch optisch durch die Errichtung von Gedenktafeln darzustellen" (aus dem Brief des OB), ist Günther Samtlebe nicht kleinlich.

Ganz rechts hat man am liebsten Einzeltäter

Der Sozialdemokrat Samtlebe, der genau wie sein Parteifreund, Innenminister Schnoor, ein Verbot der „Borussenfront" und auch der FAP nicht befürworten mag, ist andererseits durchaus dafür, daß einzelnen Neonazis der Prozeß gemacht wird. Solche Prozesse, wie sie in Dortmund gegen einzelne Anhänger der „Borussenfront" oder in Frankfurt gegen den Neonazi Michael Kühnen stattfanden, sind für ihn der Beweis dafür, „wie aufmerksam Polizeibehörden und Justiz im Sinne rechtsstaatlicher Prinzipien reagieren."

Warum diese Abneigung gegen ein Verbot einerseits und die Berfürwortung von gerichtlichen Verfahren andererseits? Und zwar ausgerechnet von Leuten, die die Forderung nach dem Verbot neonazistischer Organisationen in der Regel mit der Begründung ablehnen, daß man dem Neonazismus nicht mit den Mitteln der Justiz, sondern mit den Mitteln der politischen Auseinandersetzung begegnen müsse?

Weil diese Leute, entgegen ihren zahlreichen Beteuerungen, eben gerade diese politische Auseinandersetzung scheuen! Da, wo sie diese politische Auseinandersetzung, oder besser gesagt, eine politische Mobilisierung der Bevölkerung wollen, sehen sie die Sache nämlich genau anders herum. Als es darum ging, die „Solidarität der Demokraten" gegen die „Rote Armee-Fraktion" unter Beweis zu stellen beispielsweise, war es nicht nur für die CDU/CSU, sondern eben auch für die SPD eine Frage der Glaubwürdigkeit der Demokratie, des Rechtsstaates, der freiheitlichen Ordnung usw. usf., daß die RAF verboten werden müsse. Der einzelne und seine Tat stand hier keineswegs im Vordergrund. Im Gegenteil, die Einführung des Strafrechtsparagrafen 129a (terroristische Vereinigung) diente unter anderem gerade dazu, **nicht** den einzelnen und seine Tat in den Vordergrund zu rücken, sondern die Organisation, der er nach Ansicht der Staatsanwaltschaft angehörte oder die er unterstützte. Folgerichtig saßen in allen RAF-Prozessen niemals „Einzeltäter" auf der Anklagebank, sondern immer Mitglieder der RAF bzw. die RAF, ihre Ideologie und Politik selbst. Aber, wie schon gesagt, hier wollten alle, die in unserem Staat etwas zu sagen haben, auch eine politische und ideologische Mobilisierung der Bevölkerung gegen die RAF bzw. den Terrorismus erreichen.

Wenn es um den Neonazismus geht, wollen die gleichen Leute das nicht. Und deshalb wollen sie hier auch kein Verbot, das politisch zu begründen wäre; deshalb wollen sie hier nicht den ständigen Hinweis auf den Neonazismus als politischen und ideologischen Hintergrund für immer wiederkehrende Gewalttaten; deshalb wollen sie hier polizeiliche und juristische Maßnahmen gegen „Einzeltäter".

Fortsetzung auf Seite 8

Appell der demokratischen Öffentlichkeit in Dortmund gegen die neonazistische Gefahr

An den Oberbürgermeister der Stadt Dortmund,
an den Rat der Stadt,
an die Verwaltung der Stadt Dortmund,
an die in Dortmund wirkenden Parteien,

zur Information und Diskussion in den demokratischen Verbänden, Organisationen, Bürgerinitiativen, Gewerkschaften, Kirchen, Sportvereinen und Jugendgruppen, Schüler- und Studentenvertretungen.

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister Samtlebe, sehr geehrete Vertreter der Fraktionen, Verwaltungen und Parteien in Dortmund!

Wir Bürger der Stadt Dortmund sind alarmiert durch die Bedrohung, die durch neonazistische Überfälle, Provokationen und Anschläge auf die Bürger unserer Stadt — insbesondere ausländische Mitbürger — ausgeht.

Ziele solcher Angriffe waren und sind verstärkt:

- ausländische Mitbürger, die zum Teil erheblich verletzt wurden,
- Treffpunkte unserer ausländischen Mitbürger,
- Einrichtungen der internationalen Freundschaft wie das deutsch-türkische Freundschaftszentrum
- Veranstaltungen mit antifaschistischem Charakter.

Uns alarmiert die Tatsache, daß der Naziterror — wie in Duisburg sichtbar wurde — auch vor Brandanschlägen nicht zurückschreckt, die mehreren ausländischen Bürgern das Leben kosteten. So weit darf es in Dortmund nicht kommen. Noch ist es Zeit einzuschreiten und unter Nutzung aller zur Verfügung stehenden Möglichkeiten weiteren Überfällen entgegenzuwirken.

Angesichts des 40. Jahrestages der Zerschlagung der faschistischen Terrorherrschaft in Deutschland kann die Lehre, die von den Verantwortlichen der Stadt Dortmund zu ziehen ist, nur lauten: Unterbindung der Wirkungsmöglichkeiten solcher neonazistischer Organisationen und Parteien wie FAP, Borussenfront, NPD.

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister Samtlebe,
Wir fordern Sie auf, setzen Sie sich öffentlich für folgende Forderungen ein:

1. Verbot aller neonazistischen und faschistischen Organisationen wie z. B. die FAP und die türkischen Grauen Wölfe!
2. Nichtzulassung der FAP zu Kommunal- und Landtagswahlen!
3. Zügige strafrechtliche Verfolgung neonazistischer Aktionen!
4. Sofortige Schließung von Büros und Treffpunkten aller neonazistischen Organisationen!
5. Wirksame Maßnahmen der Stadt Dortmund zum Schutz unserer ausländischen Mitbürger und ihrer demokratischen Organisationen!
6. Förderung durch die Stadt von Veranstaltungen und Einrichtungen, die der Freundschaft mit den ausländischen Mitbürgern dienen!

Dortmunder Bürger!

Am 30.9.1984 tritt die **FAP** (Freiheitliche Deutsche Arbeiterpartei) zu den Kommunalwahlen an.

Wir fordern:

- Ausländerrückführung!
- Zuzugsstopp für Ausländer in Stadtgebieten mit überdurchschnittlichem Ausländeranteil!
- Getrennte Klassen für deutsche und ausländische Kinder, zum Erhalt des eigenen und fremden Kulturgutes!
- Besetzung von freigewordenen Arbeitsplätzen durch Deutsche!

Die **FAP** fordert:

- Kampf dem Drogenmißbrauch, besonders in Schulen und Jugendzentren. Wir wollen keine holländischen Verhältnisse!!
- Stoppt die rote Unterwanderung in Ämtern und Schulen! Immer mehr Stellen im öffentlichen Dienst werden durch Linksextremisten besetzt!
- Mehr Gerechtigkeit und Hilfe für bedürftige Bürger!

Unterstützen Sie unseren Kampf!

WÄHLEN SIE AM 30.9.1984 DIE **FAP!**

Freiheitliche
Deutsche Arbeiterpartei

Flugblatt der FAP bei den Kommunahlwahlen

Fortsetzung von Seite 7

Dem entspricht auch die völlig gegensätzliche Bewertung der Berichterstattung in den Medien im Falle RAF einerseits und „Borussenfront", FAP und anderer faschistischer Organisationen andererseits. So schreibt Oberbürgermeister Samtlebe in seinem Brief an Dietrich Lohse, nachdem er zunächst die Berichterstattung des „Stern" über die „Borussenfront" kritisiert:

„Ohne Zweifel birgt das Verschweigen oder Verharmlosen von Ausschreitungen gegen ausländische Mitbürger erhebliche Gefahren. Andererseits schafft man durch öffentliche Kenntnisnahme und Berichterstattung u. U. genau die Aufmerksamkeit, die solche Gruppen erzielen wollen. Ich meine, man muß sehr genau abwägen, welche Reaktion angemessen ist. Keinesfalls sollte es dazu kommen, daß aus Sorge um einen wiedererwachenden Rechtsradikalismus solchen Personen und Gruppen erst die gewünschte Plattform verschafft wird, zu der sie selbst nicht in der Lage sind. Auch das ist eine Lehre und Erfahrung aus der deutschen Geschichte."

Es ist schon erstaunlich, wie aus schwarz weiß und aus weiß schwarz wird, je nachdem, ob es gegen links oder rechts geht! In den Dortmunder Zeitungen hat der OB seine Totschweigestrategie bereits so weit durchgesetzt, daß die FAP namentlich kaum noch Erwähnung findet, sondern stattdessen in der Presse hin und wieder von „einer rechtsradikalen Organisation" die Rede ist. Und in der „Westfälischen Rundschau", dem offiziösen Dortmunder SPD-Blatt, konnten erstaunte Antifaschisten am 23.1.85 sogar von „Angehörigen der inzwischen verbotenen (!) Borussenfront" lesen. Hier zeigt sich denn auch, gegen wen sich die Totschweigestrategie tatsächlich richtet: sie soll vorrangig nicht dem Neonazismus, sondern dem antifaschistischen Protest das Wasser abgraben.

Inzwischen wurde in Dortmund erneut Strafanzeige erstattet — gegen Mitglieder und Organisationen der FAP in Dortmund, begründet mit der Fortführung einer verbotenen faschistischen Organisation, der ANS/NA. Außerdem haben sich Dortmunder Antifaschisten erneut an „ihren" Oberbürgermeister gewandt. (Siehe Appell auf Seite 6). Ob dieser Vorstoß gegen die FAP mehr Erfolg haben wird als der Bürgerantrag in Sachen „Borussenfront" wird nach Lage der Dinge ausschließlich davon abhängen, wieviel politischen Druck auf die Behörden und Politiker die Antifaschisten erzeugen können. Ohne diesen Druck wird wahrscheinlich noch nicht einmal die nun bereits vor einem Jahr geforderte öffentliche Sitzung des Stadtrats zum Thema „Borussenfront" zustandekommen. Denn zu dieser Forderung mochte sich der OB bisher noch nicht einmal schriftlich äußern ...

Die Regierungskoalition und die „Auschwitz-Lüge"

Am liebsten überhaupt kein Gesetz ...

Am Donnerstag letzter Woche debattierte der Bundestag erneut über ein Gesetzesvorhaben, das unter dem Stichwort „Auschwitz-Lüge" in der Öffentlichkeit bekanntgeworden ist. Diese Debatte war gegen den Willen der Regierungsparteien von der SPD erzwungen worden. Ein Antrag der SPD, weiteren Beratungen im Rechtsausschuß über den nun schon mehr als zwei (!) Jahre alten Gesetzentwurf eine Frist bis zum 25. April, spätestens aber bis zum 8. Mai zu setzen, wurde von den Regierungsparteien abgelehnt.

Dr. Bötsch (CDU/CSU) dazu: *„Es gehört selbstverständlich zu den Rechten eines freigewählten Parlaments, einen Gesetzentwurf ohne zeitlichen Druck zu beraten — Zwischenruf des SPD-Fraktionsführers Vogel: ‚Wir sind ja selber das Palrament, Herr Kollege!' — und Überlegungen, Herr Dr. Vogel, im Laufe eines Gesetzgebungsverfahrens, die möglicherweise zu einer Änderung der Anfangshaltung führen, Raum zu geben. Ich bin sogar der Auffassung, daß am Ende einer Beratung in einem Ausschuß eben das Ergebnis stehen könnte, statt eines schlechten Gesetzes überhaupt kein Gesetz zu machen."*

Überhaupt kein Gesetz — das wäre der CDU/CSU am liebsten. Wenn es aber doch noch eine gesetzliche Bestimmung geben soll, dann nur so eine, die mit der inhaltlichen Stoßrichtung des ursprünglichen Gesetzentwurfs nichts mehr zu tun hat. Jedenfalls nicht in der Hauptsache, der strafrechtlichen Verurteilung der sogenannten „Auschwitz-Lüge".

Der ursprüngliche Gesetzentwurf

„Künftig soll sich auch strafbar machen, wer unter der Herrschaft des Nationalsozialismus begangene Handlungen des Völkermords leugnet oder verharmlost ...", so hieß es in der Einleitung zum Entwurf für ein 21. Strafrechtsänderungsgesetz, das im Herbst 1982 vom Justizminister der gerade gebildeten Wende-Regierung im Bundestag eingebracht wurde. (Engelhard führte damit ein Gesetzesvorhaben der sozial-liberalen Koalition fort.) Um diese strafrechtliche Verfolgung der „Auschwitz-Lüge" zu erreichen, sollte der § 140 des Strafgesetzbuches um einen zweiten Absatz ergänzt werden, der ausdrücklich die Billigung, Leugnung und Verharmlosung des unter der Herrschaft des Nationalsozialismus begangenen Völkermords unter Strafe stellte.

Außerdem sah der Gesetzentwurf eine Erweiterung des § 86 (Verwendung von Kennzeichen verfassungswidriger Organisationen) vor sowie die Möglichkeit, Schriften auch nach Ablauf der Verjährungsfrist noch einziehen zu können. Auch diese Änderungen wurden zwar mit dem Hinweis auf neonazistische Aktivitäten begründet, sind aber in der Praxis natürlich genau so gegen Linke und Revolutionäre anwendbar. Auf diese beiden Änderungen beziehen sich deshalb die Bauchschmerzen der CDU/CSU auch nicht. Hier sind sich CDU/CSU, FDP und SPD nach wie vor einig.

Systematische Verschleppung

Was die CDU/CSU nicht will, ist die strafrechtliche Verfolgung der „Auschwitz-Lüge". Sie versuchte die Sache zunächst durch Verschleppung aus der Welt zu schaffen. Nachdem das 21. Strafrechtsänderungsgesetz im Herbst '82 und dann noch einmal im April '83 eingebracht worden war, verschwand es zunächst spurlos in irgendwelchen Ausschüssen. Es kam im Bundestag im April '84 nur deshalb wieder zur Sprache, weil die SPD angedroht hatte, ihren eigenen Gesetzentwurf auf die Tagesordnung setzen zu lassen. Und auch daß die Sache jetzt, wiederum ein Jahr später, im Bundestag erneut debattiert wurde, mußte, wie schon erwähnt, von der Opposition erzwungen werden.

... und totale Verballhornung

Von Anfang an versuchten CDU/CSU aber auch inhaltlich den Gesetzentwurf zu torpedieren bzw. ihm eine ganz andere Stoßrichtung zu geben. Sie wollten keine gesonderte Strafverfolgung der Leugnung des national-sozialistischen Völkermords, sondern stattdessen eine Formulierung, die **gleichzeitig** die Leugnung von Verbrechen gegen Deutsche „unter einer anderen Gewalt- und Willkürherrschaft" mit Strafe bedrohte. Also: Auschwitz-Lüge gleich Vertreibungslüge!

Aber dieser infame Versuch, „das in der Geschichte einmalige Verbrechen an den Juden" (Heinz Galinski, Vorsitzender der jüdischen Gemeinde Berlin) zu verharmlosen, schaffte die Bauchschmerzen der CDU/CSU mit dem 21. Strafrechtsänderungsgesetz immer noch nicht aus der Welt. Was ihr nach wie vor schwer im Magen lag, war die Formulierung vom „nationalsozialistischen Völkermord".

Von „nationalsozialistischem Völkermord" ist dann auch in der sogenannten „Kompromiß"-Formulierung, auf die sich das Kabinett in der letzten Woche einigte, nicht mehr die Rede. Dort heißt es jetzt: *„Fälle, in denen der Verstorbene sein Leben als Opfer der nationalsozialistischen oder einer anderen Gewalt- und Willkürherrschaft verloren hat und in diesem Zusammenhang beleidigt, verleumdet oder verunglimpft wird, sollen in Zukunft als Offizialdelikt von Amts wegen verfolgt werden."* (Zitiert nach der „Süddeutschen Zeitung vom 15.3.85)

Damit aber ist von dem ursprünglich geplanten Gesetz gegen die „Auschwitz-Lüge" gar nichts mehr übrig geblieben. Wenn die CDU/CSU trotzdem mit dem Gedanken spielt, „überhaupt kein Gesetz zu machen", dann vermutlich deshalb, weil sie ein Wort in der Kabinettsformulierung immer noch stört: das Wort „national-sozialistisch"!



Nur Geschichte?

Ausdrücklich hat der Abgeordnete Miltner für die CDU/CSU in der Bundestagsdebatte am 14.3. erklärt:

„Wir werden also einer Regelung, die das Leugnen oder Verharmlosen der Judenvernichtung im Dritten Reich in einer eigens dafür vorgesehenen Vorschrift unter Strafe stellt, insofern nicht zustimmen können." Und warum? Natürlich nicht, weil es der CDU/CSU politisch nicht in den Kram paßt, sondern, weil es verfassungsrechtlich und politisch bedenklich sei (was schlicht gelogen ist); weil es in erster Linie auf die geistige und politische Auseinandersetzung ankäme (die bekanntlich von der CDU/CSU geradezu unerbittlich geführt wird) und weil es sich bei dem nationalsozialistischen Holocaust um ein „historisches Faktum" handelt. Miltner: „Geschichtsfälschungen zu korrigieren, kann nicht die Aufgabe des Strafrichters sein."

Als ob es bei der „Auschwitz-Lüge" um Geschichtsfälschung ginge! Wie sagte doch der Abgeordnete Götz, der vor einem Jahr für die CDU/CSU zur gleichen Sache sprach: *„Denn es geht bei der Verfälschung des planmäßig durchgeführten nationalsozialistischen Völkermords als ‚Auschwitz-Lüge' nicht allein um die Ehrverletzung einzelner Menschen.* (Genau das behauptet aber die letzte Kabinettsformulierung — RM) *Das Ziel entsprechender Darstellungen ist nach meinen Erfahrungen vielmehr in aller Regel der Versuch, das Hitler-Regime im internationalen Vergleich oder im Vergleich zur Bundesrepublik als ‚gar nicht so schlecht' erscheinen zu lassen. Die politische Absicht steht bei solchen Äußerungen im Vordergund. Man will Anhänger für einen neuen totalitären Staat rechtsextremer Prägung gewinnen."* So ist es. Und zu diesem Zweck wird die „Auschwitz-Lüge" keineswegs nur von Leuten benutzt, die sich offen zum Nationalsozialismus alter oder neuer Prägung bekennen.

Vor der Bundestagsdebatte am 14.3.85 wurde dem Abgeordneten Schily von den Grünen (aber sicher nicht nur ihm) eine Resolution zum Gesetzentwurf der SPD zugesandt, in der es u.a. hieß:

„Die Antragsteller wollen eine Verabschiedung dieses Gesetzes durch den Bundestag, obwohl bis heute kein wissenschaftliches Werk vorgelegt werden konnte, in dem unter Auswertung aller zugänglichen Quellen und Dokumente schlüssig ein millionenfacher Mord an Juden in der NS-Zeit nachgewiesen wurde." Verfasser der Resolution: ein „Arbeitskreis für Zeitgeschichte und Politik", in dessen Vorstand Vertreter von Vertriebenenverbänden und Mitglieder mehrerer Bundestagsparteien sitzen! Überflüssig zu erwähnen, daß sich in der Bundestagsdebatte niemand bemüßigt fühlte, zu diesem von Schily aufgedeckten politischen Skandal Stellung zu nehmen. (Für Schily war diese Resolution übrigens kein Grund, jetzt erst recht ein Gesetz gegen die Auschwitz-Lüge zu fordern, sondern ein weiterer Beweis dafür, daß man sich „geistig-politisch auseinandersetzen" müsse, statt ein Strafgesetz zu machen!)

Was sich der von Flick an die Macht gehievte Kanzler und sein Kabinett im Zusammenhang mit der „Auschwitz-Lüge" geleistet haben, ist ein einziger politischer Skandal. Eine ungeheure Beleidigung für alle Opfer des Hitlerfaschismus und ihre Angehörigen. Eine Provokation für alle Antifaschisten. Denn wer noch nicht einmal bereit ist, den Faschisten — in der NPD oder in seiner eigenen Partei — die Propagandawaffe „Auschwitz-Lüge" aus der Hand zu schlagen, der hat offenkundig Interesse daran, daß „Anhänger für einen neuen totalitären Staat rechtsextremer Prägung" gewonnen werden. Und ist bereit, das Seine dazu zu tun.

Hintergründe zum Selbstmord eines türkischen Asylbewerbers

In der Nacht vom Freitag, den 8.3.85 auf Samstag, den 9.3.85 beging der türkische Asylbewerber Selcuk Haydar Sevinc, wohnhaft Gabelsberger Str. 20 in Braunschweig, Selbstmord. Anfängliche Vermutungen, die als Motiv für seine Tat „Liebeskummer" ergaben, sind nach der Übersetzung seines handschriftlich verfaßten Testaments in den Hintergrund gerückt. Er schreibt darin:

„Für meinen Tod ist die deutsche Gesellschaft und ihre Ausländer- und besonders ihre Asylpolitik verantwortlich. Andere Verantwortliche braucht man nicht zu suchen ..."

Dieser Hinweis bestätigt die Aussagen seiner Freunde, Selcuk Sevinc habe unter der zermürbenden Ungewißheit über das eigene Schicksal sehr gelitten. Sein seit 1978 andauerndes Asylverfahren, das ihm am Schluß mit großer Wahrscheinlichkeit die Anerkennung als Asylberechtigter erbracht hätte, ließ ihn resignieren.

Die siebenjährige ständige Angst vor der Abschiebung in die Türkei, wo ihm aufgrund politischer Aktivitäten mindestens Gefängnis drohte, hat maßgeblich zu seinem seelischen Zusammenbruch beigetragen.

Die Chronik seines Asylverfahrens belegt die Unmenschlichkeit unserer Asyl- und Ausländergesetze:

1978 Nach der Flucht aus der Türkei erster Asylantrag

1979 Ablehnung des Asylantrages mit Androhung der Abschiebung innerhalb von vier Wochen

Klage gegen die Ablehnung — die Abschiebung ist ausgesetzt

1982 Das Verwaltungsgericht Braunschweig weist die Klage zurück, die Ausländerbehörde droht erneut die Abschiebung innerhalb von vier Wochen an. Zweiter Asylantrag (Folgeantrag) — Selcuk Sevinc kann mit weiteren Tatsachen seine Verfolgung in der Türkei begründen (Nachfluchtgründe). Außerdem sind (u.a. durch „amnesty" international") Meldungen über systematische Folterungen und Massenverhaftungen durch das Militärregime in der Türkei bestätigt worden. Die Abschiebung ist ausgesetzt.

Ende 1983 Ablehnung des Folgeantrags. Die Abschiebung wird abermals angedroht. Im Eilverfahren nach § 85, 5 VGO wird die Klagemöglichkeit erreicht. Das Verwaltungsgericht Braunschweig beurteilt die Erfolgsaussichten der Klage als überdurchschnittlich gut. Die Abschiebung wird ausgesetzt.

Die Entscheidung des Verwaltungsgerichts Braunschweig für Selcuk Sevinc hat ihm jedoch nicht genügend Hoffnung gegeben. Die zermürbende Wartezeit und zusätzliche Probleme mit seiner Frau verstärkten die Suizidabsichten, die er nach einem vergeblichen Versuch mit Schlaftabletten nun endgültig ausführte.

Beobachtungen an anderen Asylbewerbern ergaben, daß die psychische Entwicklung von Selcuk Sevinc im Verlauf des Verfahrens keinen Einzelfall darstellt. Mit zunehmender Wartezeit häufen sich Apathiegefühle und Depressionen. Tragischerweise sind gerade diejenigen davon am stärksten betroffen, die im Falle der Abschiebung ins Heimatland mit Sicherheit verfolgt würden und demzufolge die größte Angst haben. Bei Selcuk Sevinc führte die Angst zum Selbstmord.

Braunschweiger Initiative gegen Ausländerfeindlichkeit e.V .

USA
Weiter aggressiv

Die Haltung der US-Imperialisten gegenüber Nicaragua ist weiterhin unverändert aggressiv. Obwohl die revolutionäre Regierung in Managua weitreichende Kompromisse gemacht hat, die Einkäufe schwerer Waffen gestoppt und kubanische Militärberater zurück schicken will, tönt es weiter kriegerisch aus Washington. Der US-Vizepräsident Bush hat bei einem Besuch in Honduras erklärt, die US-Regierung werde „mit allen Mitteln“ gegen die Regierung Nicaraguas kämpfen. Diese Haltung habe Bush auch dem Präsidenten von Nicaragua, Daniel Ortega, bei einem kurzen Wortwechsel in Brasilia deutlich gemacht, wo beide anläßlich der Amtseinführung der neuen brasilianischen Regierung aufeinandertrafen.

Dort gab es auch ein Gespräch zwischen dem Außenminister der Bundesrepublik Deutschland und Ortega. Genscher entblödete sich nicht, den Zweck seines Gespräches damit zu begründen, er müsse Ortega über die „große Enttäuschung“ unterrichten, die jetzt in der deutschen Bevölkerung über die Entwicklung in Nicaragua erkennbar werde. Auf den Vorwurf Ortegas, daß die US-amerikansiche Politik nur Verbrechen, Morde, Terrorismus, Zerstörung und Tod bringe, ging der Bundesaußenminister öffentlich nicht ein.

ALBANISCHE HEFTE 1/85



Die neueste Ausgabe der Zeitschrift der Deutsch-Albanischen Freundschaftsgesellschaft bietet auf 40 Seiten wieder viel Wissenswertes, Informatives, Neues aus dem sozialistischen Albanien.

Schwerpunkt des Heftes ist ein Artikel von Johannes Vetter, der drei Jahre in Albanien lebte und arbeitete: „Solidarität mit Albanien“.

Weitere Artikel befassen sich mit den Vorwürfen von „amnesty international“ gegenüber Albanien, mit dem Weltbild der Zeitschrift „Welt“ in Sachen Albanien, ein Artikel ist dem großen Schauspieler Alexander Moissi gewidmet, der vor 50 Jahren starb.

Dazu, wie immer, ein Pressespiegel, eine Chronik internationaler Aktivitäten der SVR Albanien, Nachrichten aus dem Vereinsleben und vieles andere mehr.

Die Zeitschrift kostet 2,50 DM und ist zu beziehen beim Vertrieb der Deutsch-Albanischen Freundschaftsgesellschaft: DAFG-Vertrieb Postfach 7622, 2000 Hamburg 20, Tel.: (040) 850 27 36.

Generalstreik in Bolivien

In Argentinien, in Brasilien und Uruguay sind in der letzten Zeit die lange herrschenden Militärregime von gewählten Parlamenten abgelöst worden, haben Entwicklungen stattgefunden, an die sich große Hoffnungen der Mehrheit der Einwohner dieser Staaten knüpfen. Schon vor zweieinhalb Jahren fand dieser Prozeß in Bolivien statt. Das Militärregime wurde von dem als Linken auftretenden Politiker Hernan Siles Zuazo abgelöst.

Die großen Hoffnungen der Bolivianer wurden enttäuscht. Der Präsident Siles Zuazo ist zwei Jahre vor Beendigung seiner Amtszeit gezwungen, Neuwahlen auszuschreiben. Diese sollen am 16. Juni stattfinden. Die momentane Krise in Bolivien ist das Produkt der wirtschaftlichen Lage, die Siles Zuazo in keiner Weise in den Griff bekam.



„Dr. Siles: Die Demokratie wurde für und nicht gegen das Volk gemacht!“

In den „Lateinamerika Nachrichten“ vom März 1985 wird ein Überblick über die wirtschaftliche Lage Boliviens gegeben, wie sie sich zur Jahreswende 1984/85 darstellt: *„Die wirtschaftliche Situation in Bolivien war Ende des Jahres gekennzeichnet durch einen Produktionsrückgang von 1,7 Prozent, einer Verringerung des Pro-Kopf-Einkommens um 24 Prozent, einem Rückgang der Exporte und damit der Deviseneinnahmen um 20 Prozent und einer Inflationsrate von fast 3000 Prozent.* (Nach offiziellen Angaben „nur“ 21777 Prozent, RM) *Aufgrund dieser katastrophalen Situation und um einen dreiwöchigen Generalstreik der Gewerkschaften zu beenden, verabschiedete die Regierung im November das zweite Maßnahmenpaket des Jahres. Dieses beinhaltete u.A.:*

- *Abwertung des bolivianischen Pesos um 30 Prozent auf 9000 Pesos pro US-Dollar*
- *Kontrolle der Wechselstuben und des Devisenschwarzmarktes*
- *paritätische Mitbestimmung der Arbeiter in allen staatlichen Betrieben*
- *Erhöhung der Löhne und Gehälter um durchschnittlich 330 Prozent*
- *neuer Mindestlohn von ca. 800000 Pesos*
- *Erhöhung der Lebensmittel-, Benzin- und Tansportpreise*

Die Löhne und Gehälter wurden also erhöht, verloren jedoch durch den ständig steigenden, überhöhten Dollarkurs auf dem Schwarzmarkt innerhalb kurzester Zeit ca. 90 Prozent ihrer Kaufkraft. Ein Arbeiter verdiente Ende November umgerechnet 10 Dollar im Monat. Nach den Lohnerhöhungen verdiente er kurzfristig 80 Dollar und jetzt, Ende Januar nur noch 8 Dollar (mit abnehmender Tendenz).“ Soweit die Darstellung der „Lateinamerika Nachrichten“ (Nr. 135, S. 35/36). Diese Entwicklung in Bolivien ist bis heute in keiner Weise gestoppt, bürgerliche Experten rechnen sogar mit fünfstelligen Inflationsraten für 1985.

In dieser Situaion ist die Arbeiterklasse in den Kampf getreten. Der zur Zeit laufende Generalstreik wird hauptsächlich organisiert vom traditionell starken bolivianischen Gewerkschaftsverband *„Central Obrera Boliviana“* (COB). Der Präsident Siles Zuazo, dessen Wahl vor zweieinhalb Jahren vor allem auf die Arbeiterstimmen zurückzuführen war, hat seine Anhänger bitter enttäuscht. Die Wirtschaftspolitik trägt deutliche Züge der Handschrift des Internationalen Währungsfonds (IWF) — die Arbeiter können trotz ihrer relativen Stärke von diesem Präsidenten nicht eine Besserung ihrer Situation erwarten. Schon früh waren linke Kräfte aus der Regierung ausgetreten, die sich zu Beginn ihrer Amtszeit auf eine breite Volksfront, die UDP stützen konnte. Heute stehen sich Arbeiterbewegung und die Regierung Siles Zuazos konträr gegenüber.

Der bolivianische Gewerkschaftsbund COB — seit seinem letzten Kongreß im September 1984 von einer revolutionären Koalition geführt — mobilisiert die Arbeiter Boliviens nicht nur im Kampf für die wirtschaftlichen Interessen, sondern setzt auch eindeutig politische Ziele. Juan Lechin, der Führer des COB, sagte zu dem jetzigen Generalstreik, er sei *„diesmal nicht mehr ein rein wirtschaftliches Anliegen, sondern auch politisch motiviert: er wird mit dem Sturz des Präsidenten beendet.“* Die Gewerkschaft hat auch den *„Koordinationsrat des Volkes“* (*Consejo de Coordination Popular*) gegründet, der mit der gewerkschaftlich orientierten DRU (*Vereinigte Revolutionäre Führung*) die revolutionäre Linke des Landes vereinigt und sich wahrscheinlich an den bevorstehenden Wahlen beteiligen wird.

Im Moment steht aber noch der Kampf der Arbeiter zur Verbesserung ihrer extrem schlechten wirtschaftlichen Lage im Mittelpunkt. Der konsequenteste und erfahrenste Teil der bolivianischen Arbeiterklasse, die Mineros, die Bergleute bilden den kämpferischsten Teil der Streikenden. Als sie in der letzten Woche überall im Lande auf die Straßen gingen oder Versammlungen abhielten, gebrauchten sie ein altes Mittel, um ihre Macht und Entschlossenheit zu demonstrieren: Mit Helmen und Dynamitstangen ausgerüstet, ließen sie Sprengkapseln explodieren. Der Präsident Siles Zuazo reagierte auf die Kampfmaßnahmen der Bergarbeiter mit Drohungen und Verleumdungen. Polizeitruppen besetzten Teile der Hauptstadt, weil angeblich von „linksradikalen Verschwörern“ Attentate geplant seien, er drohte weiter mit dem Einsatz der Armee gegen geplante Straßenblokaden und mit der Verhängung des Ausnahmezustandes.

Einer der Führer der Bergarbeitergewerkschaft, Guillermo Dalence sagte dazu: *„Wir sind keine Terroristen. Wir sind Revolutionäre und haben keine Waffen. Aber eines Tages, wenn wir sie haben, werden sich unsere Feinde unter dem Bett verkriechen.“*

Im Moment aber rüsten die Feinde noch gegen die Arbeiter Boliviens. Unternehmerstreiks und Putschgerüchte aus der Armee sollen die Kämpfenden einschüchtern. Der ehemalige Militärdiktator General Hugo Banzer mit seiner Partei ADN (*Demokratisch-Nationale Aktion*) macht die demokratische Entwicklung Boliviens nach seinem Abtritt für alle Übel im Lande verantwortlich und versucht so in den beginnenden Wahlkampf einzugreifen. Nach Umfragen, die aus Bolivien gemeldet werden, setzt man im Lande keine großen Hoffnungen auf die Wahlen im Juni, um so wichtiger ist der Kampf der Arbeiter, die mit dem Generalstreik ihre Forderungen durchsetzen wollen.

Südafrika / Azania
UN verurteilt die Rassistenpolitik

Der Sicherheitsrat der Vereinten Nationen (UN) hat in einer einstimmig angenommenen Erklärung die rassistische Politik der südafrikanischen Regierung verurteilt und die unverzügliche Freilassung aller politischen Gefangenen verlangt.

Die Erklärung wurde auch von Vertretern Großbritanniens und den USA unterstützt, zu groß ist die internationale Empörung über die Politik in Südafrika, als daß sich diese beiden Staaten, die in der Praxis das Rassistenregime unterstützen, sich vor aller Öffentlichkeit hinter die Rassisten stellen könnten. In der UN-Erklärung werden die Tötung schwarzer Demonstranten durch südafrikanische Sicherheitskräfte bei Protesten gegen Zwangsumsiedlungen verurteilt und die Verhaftung von Mitgliedern der *„Vereinigten Demokratischen Front“* und anderer Apartheidgegner kritisiert. Der Sicherheitsrat sprach sich gegen *„die Unterdrückung des massiven vereinigten Widerstands der südafrikanischen Bevölkerung gegen die Rassentrennung“* aus und bekräftigte den legitimen Charakter des Kampfes für eine einige, nichtrassistische und demokratische Nation.

Der Vertreter Großbritanniens erklärte vor der Zustimmung zu dieser Erklärung, seine Regierung sehe in diesem Text aber noch lange keine Billigung von Gewalt durch den südafrikanischen Widerstand, die USA erklärten ihren Willen, Südafrika bei der Lösung seiner Probleme zu helfen. So wird deutlich, daß von den großen westlichen Staaten keine ernsthafte Änderung ihrer Politik gegenüber dem Rassistenregime zu erwarten ist.

Dennoch war die Abstimmung ein Efolg für die Gegner der südafrikanischen Regierung. Wurde doch von der UN nicht zuletzt auch ausdrücklich die unverzügliche Freilassung Nelson Mandelas verlangt, der Symbolfigur des südafrikanischen Widerstands, der sich erst kürzlich weigerte, gegen diktierte Auflagen aus dem Gefängnis zu kommen.

Und im Zusammenhang mit der UN-Debatte wurden auch mal wieder Zahlen über den alltäglichen Terror in Südafrika bekannt. Der südafrikanische Minister für *„Recht und Ordnung“* Louis le Grange teilte dazu mit: Südafrikanische Polizisten hätten 1984 *„in Ausübung ihres Dienstes“* 287 Menschen getötet und 937 verletzt. Von den 287 Getöteten seien 260 schwarzer Hautfarbe gewesen, drei weißer autfarbe, die übrigen gehörten zur Bevölkerungsgruppe der Mischlinge. 1983 seien 211 Menschen von der Polizei getötet worden, in den ersten Monaten dieses Jahres sind schon 46 Menschen, nach offiziellen angaben, getötet worden. Bei allen diesen Zahlen muß man berücksichtigen, daß sie von offizieller Seite, also von den Chefs der Polizei und der Sicherheitskräfte sein kommen und in Wirklichkeit viel höher liegen. Aber selbst die erwähnten Zahlen werfen ein bezeichnendes Licht auf die Praxis der Herrschaft der Rassisten in Südafrika.

Schwere Kämpfe im Libanon
Die Folgen der israelischen Besatzung

Isarel scheint sein politisches Ziel im Libanon erreicht zu haben: Die militärische Besetzung des Südens hat dazu geführt, daß die Palästinenser aus Beirut vertrieben wurden, daß pro-israelische Kräfte jetzt die Stellungen einnehmen, die Israel in kleinen Schritten räumt. Trotzdem kommt der Libanon nicht zur Ruhe.

Die isralischen Besatzer haben im Südlibanon ein Schreckensregime geführt. Ihr Terror richtete sich vor allem gegen die dort lebenden Palästinenser, die in Lagern zusammengepfercht immer um ihr Leben fürchten müssen. Aber auch die libanesische Bevölkerung war Ziel der Angriffe der israelischen Militärs, wenn sie nicht mit der Besatzungsmacht zusammenarbeitete.

Der dreijährige Krieg, den Israel im Libanon geführt hat, hat den Libanon aber nicht ganz im Sinne Israels „befriedet“. Zwar ist die Macht derjenigen, die mit Israel zusammenarbeiten wollen, relativ groß, die Gegner dieser Politik andererseits haben mächtige Verbündete. Dazu gehört der syrische Staatspräsident Assad. Das Engagement Syriens allerdings, das immer noch Teile des Libanon besetzt hält, ist allerdings auch keine Hoffnung für das libanesische Volk, das wohl von keiner der im Lande kriegführenden Parteien eine bessere Zukunft erwarten kann.

Der langsame, in Etappen laufende Rückzug der israelischen Militäreinheiten ist in Israel auf Protest gestoßen. 10000 demonstrierten am vergangenen Wochenende in Tel Aviv für einen sofortigen, totalen Rückzug aus dem Libanon, um weiteres Blutvergießen zu vermeiden. Sprecher sagten auf der Kundgebung, der etappenmäßige Teilrückzug solle nur dazu dienen, einen Teil des Südlibanons letztendlich für immer besetzt zu halten. Die Demonstranten forderten: *„Beenden wir die Grausamkeiten“* und verlangten unter anderem ein Kriegsgerichtsverfahren gegen den ehemaligen Verteidigungsminister Sharon, der als Hauptverantwortlicher für den dreijährigen Krieg im Libanon gilt.

Neu erschienen: „Kommunistische Hefte" Nr. 11

„Vom Brechen mit alten Vorstellungen"

So heißt einer der drei Artikel, die in der neuen Ausgabe der „Kommunistischen Hefte" (Nr. 11), die in dieser Woche erscheint, beinhaltet ist. „Zum Verhältnis von SED und Arbeiterklasse in den Anfangsjahren der DDR" ist der Untertitel dieses Artikels, von dem wir im folgenden eine Leseprobe veröffentlichen. Dieser Artikel befaßt sich, in einer Reihe mit den Artikeln über grundlegende Frage des Sozialismus in den beiden vorhergegangenen Ausgaben, mit der konkreten Entwicklung in den ersten Jahren der DDR.

Bezeichnenderweise bedeutete die Losung „Mit alten Vorstellungen brechen" damals in der DDR vor allem das Brechen mit Vorstellungen von Gleichheit und anderen Arbeitsverhältnissen. Es wird immer wieder deutlich, daß die SED darunter keineswegs das Brechen mit aus dem Kapitalismus stammenden alten Vorstellungen meinte, sondern eben solche, die nicht zuletzt in den ersten Jahren nach dem Faschismus entstanden waren und sich verbreitet hatten.

Wie sich solche „alten", „gleichmacherischen" sozialistischen Vorstellungen auch konkret in der DDR entwickelt hatten, das wird im ersten Artikel dieser Ausgabe der „Kommunistische Hefte" unter dem Titel „Antifaschistische Ausschüsse und Betriebsrätebewegung" (Arbeiterinitiativen in der SBZ) ausführlich dargelegt. Für jeden, der sich Gedanken macht um Arbeiterdemokratie im Sozialismus, um realen Einfluß der Arbeiterklasse sind diese beiden Artikel über die konkrete Entwicklung vor und nach der Gründung der DDR sicherlich von großem Interesse.

Der dritte Artikel dieser neuen Ausgabe befaßt sich mit der Auswertung der Betriebsratswahlen 1984. Im folgenden nun eine Leseprobe des Artikels über die „alten Vorstellungen".

Die Einführung des Leistungslohns

Auf einen breiten Widerstand der Arbeiter stieß insbesondere eine Maßnahme, die bereits vor der Gründung der DDR durchgesetzt wurde, nämlich die 1947 von der Sowjetischen Militäradministration (in Absprache mit der SED-Führung) im SMAD-Befehl Nr. 234 verfügte Einführung des Leistungslohns. Die einschneidende Bedeutung dieser Maßnahme wird noch in der 20 Jahre später von einem SED-Autorenkollektiv unter der Leitung von W. Ulbricht verfaßten Darstellung deutlich: „Das mit dem Befehl Nr. 234 angewandte Leistungsprinzip bedeutete selbst für Arbeiterfunktionäre oft einen völligen Bruch mit alten Vorstellungen. Manche Gewerkschaftsfunktionäre und Betriebsräte konnten diese strikte Absage an jede Gleichmacherei, diesen zielstrebigen Einsatz des materiellen Interesses mit ihren gefühlsmäßigen Vorstellungen von einer volkseigenen Wirtschaft nicht in Einklang bringen."

In der Tat bedeutete diese Maßnahme einen Bruch mit „alten" Vorstellungen und Verfahrensweisen. Allerdings waren es Praktiken und Ansichten, die sich nicht unter dem Kapitalismus, sondern in den ersten Jahren der SBZ herausgebildet hatten, mit denen jetzt gebrochen werden mußte. Denn nach der Befreiung vom Faschimus hatten die Arbeiter selbst die während der NS-Diktatur extrem entwickelten Formen des Akkordlohns beseitigt. Eine egalitäre Einstellung in Lohnfragen (eben die „Gleichmacherei") war nicht nur kennzeichnend für die Mehrheit der Arbeiter, sondern gehörte durchaus auch zu den Anschauungen vieler Gewerkschafts- und Parteifunktionäre über die Gestaltung neuer gesellschaftlicher Beziehungen.

Der erwähnte SMAD-Befehl brachte eine Reihe von realen Verbesserungen besonders für die traditionell am meisten benachteiligten Schichten der Arbeiterklasse. So verfügte er beispielsweise eine Anhebung der Frauenlöhne nach dem Prinzip „Gleicher Lohn für gleiche Arbeit", eine Verringerung der Arbeitszeit für Jugendliche oder verbesserte Ausbildungsmaßnahmen für Ungelernte. Der Kernpunkt des Befehls jedoch war zweifellos die folgende Anordnung: „Die Anwendung von Stück- und Akkordlohn als Mittel zur Steigerung der Arbeitsproduktivität und zur Erhöhung des Lohnes für die Arbeiter ist zu erweitern, v.a. im Erzbergbau, in der Kohlen- und Metallindustrie, im Maschinenbau, in der elektrotechnischen Industrie und im Eisenbahntransportwesen. Bei der Berechnung der Akkordlöhne sind die in Tarifverträgen garantierten Mindestlöhne zugrunde zu legen."

Zugleich wurden die Werktätigen aufgespalten in Angehörige „führender Wirtschaftszweige" (weitgehend identisch mit den gerade aufgeführten Zweigen) und Beschäftigte in den anderen Bereichen der Wirtschaft. Für erstere sollte es eine bevorzugte Versorgung mit Industriewaren und insbesondere „eine tägliche warme Mahlzeit über die auf die Hauptkarten erhaltenen Rationen hinaus" geben. Auch bei diesen Mahlzeiten, denen bei der damaligen katastrophalen Versorgungslage eine nicht zu unterschätzende Bedeutung zukam, wurde das „Leistungsprinzip" angewandt: Es gab nämlich mindere B- und bessere A-Portionen, wobei letztere den Angehörigen der technischen Intelligenz und einigen wenigen Arbeiterkategorien (höchstqualifizierte oder Arbeiter mit besonders schwerer oder gesundheitsschädlicher Tätigkeit) vorbehalten waren.

Die deutschen Behörden, in diesem Fall die Zentralverwaltung für Arbeit und Soziales, nutzten in Ausfürhungsbestimmungen zum Befehl Nr. 234 die Maßnahmen der SMAD gleich noch für Disziplinierungsmaßnahmen: „Die Betriebsleiter, gemeinsam mit den Betriebsräten, sind berechtigt und verpflichtet, Bummelanten sowie Mitarbeiter, die die Arbeitsdisziplin verletzen oder aus eigenem Verschulden die festgesetzten Produktionsnormen nicht erfüllen oder ihren dienstlichen Verpflichtungen ungenügend nachkommen, von der zusätzlichen warmen Mahlzeit auszuschließen." Verboten war es nach diesen Ausführungsbestimmungen, „einen mittleren für sämtliche Betriebsangehörigen gleichmäßigen Verpflegungssatz an Stelle der vorgesehenen zwei unterschiedlichen Formen festzulegen."

Unter Berufung auf den Befehl Nr. 234 und das Leistungsprinzip wurde schließlich immer mehr dazu übergegangen, die Versorgnung mit Lebensmitteln, Industrieproduktionen und Dienstleistungen unmittelbar an die jeweilige Arbeitsleistung zu koppeln. Ein weiteres Ergebnis war die zunehmende Differenzierung der Basislöhne. 1948 beispielsweise gab es selbst im größten Betrieb der SBZ, dem Leuna-Werk, nur drei Lohngruppen; zu Beginn der fünfziger Jahre betrug die Zahl der Lohngruppen in den meisten Industriezweigen bereits acht, wobei der Grundlohn in der höchsten Gruppe im Durchschnitt doppelt so hoch war wie der in der niedrigsten Lohngruppe. Auch die Lohndifferenzen zwischen den einzelnen Zweigen wurden nicht geschlossen. 1948 verdiente ein Textilarbeiter durchschnittlich 33,80 Mark in der Woche, ein Metallarbeiter dagegen 48,70 Mark. Drei Jahre später betrug der Wochenverdienst im ersten Fall 49,10 Mark und im zweiten 71,60 Mark.

Die Arbeiter standen in ihrer Mehrheit der Einführung des „Leistungslohns ablehnend gegenüber". Aus diesem Grund ist „seine Einführung sehr langsam vonstatten gegangen". In vielen Betrieben kam es zu heftigen Konfrontationen. So wird etwa von der Rostocker Neptunwerft berichtet, daß die Ankündigung des Übergangs zum Leistungslohn auf einer Betriebsversammlung von den Arbeitern mit Sprechchören „Akkord ist Mord!" beantwortet wurde. Es „entstand ein richtiger Tumult". In anderen Betrieben reagierten die Arbeiter sogar mit Streikaktionen. „An mehreren Stellen kam es zu Arbeitsverweigerungen."

Der Widerstand wai durchaus nicht nur auf die Arbeiter beschränkt. „Tumult" gab es beispielsweise auch, als Leipziger Gewerkschaftsfunktionäre von der Notwendigkeit des Leistungslohns überzeugt werden sollten. „Das waren turbulente Diskussionen! Ja, die Kollegen sind auf die Tische gesprungen, hauptamtliche Funktionäre sind ganz wild geworden. (...) Sie beschimpften uns als Arbeiterverräter." W. Ulbricht, der im übrigen 1946 noch eine Überwindung der „weitgehenden Differenzierung der Löhne" unter dem Faschismus für notwendig gehalten hatte, sah einige Jahre später Saboteure am Leistungsprinzip sogar in dem vor Gründung der DDR höchsten ostdeutschen Leitungsorgan, dem DWK, am Werk: „Ich weiß, daß es sogar in der Deutschen Wirtschaftskommission Gewerkschaftsfunktionäre gibt, die sich nicht mit der Verbesserung der Arbeit des Wirtschaftsapparats beschäftigen, sondern mit der Frage der Versorgnung, und die verlangen, daß eine Gleichmacherei erfolgt." (17)

Der Bundesvorstand des FDGB allerdings unterstützte die Linie der SED in der Frage des Leistungslohns und machte den Kampf um dessen Einführung geradezu zu einer zentralen gewerkschaftlichen Aufgabe, was naturgemäß die Entfremdung zwischen FDGB und Arbeiterklasse vertiefte. Die Einführung des Akkordlohnes wurde zwar stark verzögert und behindert, konnte jedoch trotz des starken Widerstands nicht abgewehrt werden. Unter diesen Bedingungen konzentrierten sich die Auseinandersetzungen in der Folgezeit auf die Normenfrage. Um den Akkordlohn berechnen zu können, mußte jeweils eine bestimmte „Normalleistung" bzw. Norm als Grundlage ermittelt werden. Anfangs wurde diese Norm von Kommissionen, die paritätisch aus Vertretern der Betriebsleitung und der BGL zusammengesetzt waren, aufgrund von Erfahrungswerten festgelegt.

Die Bestimmung der Normen sollte dabei generell auf eine möglichst breite Basis gestellt werden. Im Juni 1949 wurde eine „Bewegung zur Selbstaufstellung der Normen" ins Leben gerufen, die darauf abzielte, die Arbeiter in freiwilliger Entscheidung zu einer Revision der als zu niedrig eingeschätzten Normsätze zu bewegen, um so die immer noch unter dem Vorkriegsniveau liegende Arbeitsproduktivität zu erhöhen. Das „Neue Deutschland" (29.6.49) betonte in diesem Zusammenhang ausdrücklich, die Initiative zur Erhöhung der Normen müsse von den Arbeitern selbst ausgehen. Diese Bewegung hatte jedoch bei weitem nicht den erwünschten Erfolg. Ebenso erwies es sich als schwierig, über die erwähnten Kommissionen Normerhöhungen durchzusetzen.

So bestand trotz des Appells an die Eigeninitiative der Arbeiter von Anfang an eine starke Tendenz, höhere Normen einfach zu diktieren. Bereits im Sommer 1949 kam es beispielsweise im Kombinat Bitterfeld zweimal zu Streiks, weil dort Normen „am grünen Tisch" heraufgesetzt worden waren. Auf der anderen Seite wurden ein Einflußmöglichkeiten der Arbeiter auf die Normhöhe systematisch auch dadurch begrenzt, daß mit der Erarbeitung „wissenschaftlich" begründeter Normen begonnen wurde. Dazu wurden alte REFA-Leute herangezogen und im Frühjahr 1949 ein Zentralausschuß für technisch begründete Arbeitsnormen (TAN) gegründet, der für die Ausbildung einer genügenden Zahl von Zeitnehmern sorgen sollte.

Auch der Übergang zu solchen Normen stieß auf erhebliche Widerstände und verursachte über lange Zeit hinweg Auseinandersetzungen in den Betrieben. Vielerorts weigerten sich die Arbeiter, vor den Zeitnehmern zu arbeiten, namentlich, wenn es sich dabei um alte REFA-Leute handelte. Viele Zeitnehmer hatten sogar regelrecht Angs, mit „der Stoppuhr an die Arbeiter heranzutreten".



Hannovers Polizei war so frei

Gelogen, gefälscht und manipuliert

Aus der Urteilsbegründung: „In dem vorliegenden Fall ist durch das Verhalten der Ermittlungsorgane der Grundsatz des fairen Verfahrens in massiver Weise derart verletzt worden, daß ein rechtstaatliches Verfahren nicht mehr möglich erscheint. Zu dieser Ansicht ist das Gericht nach Summierung der im Laufe des Verfahrens zutage getretenen Eingriffe in das Ermittlungsergebnis, die ein Bestreben der Polizei erkennen lassen, um jeden Preis eine Verurteilung der Angeklagten wegen versuchten Totschlags herbeizuführen, gelangt."

Ungewöhnlich, wenn sich ein bundesdeutsches Gericht so äußert. Aber die 4. große Strafkammer des Landgerichts Hannover hatte keine Wahl. Sie mußte den türkischen Kollegen Hasan Öner und seinen Sohn Örhan in allen Punkten der Anklage freisprechen. Die Anklage hatte auf versuchten Totschlag an einem Polizeibeamten, Körperverletzung und schweren Landfriedensbruch gelautet.

Hasan und Örhan Öner hatten am 21. Mai 1983 an einer Demonstration gegen eine Versammlung der faschistischen Grauen Wölfe in der Stadthalle von Hannover teilgenommen. Diese Demonstration war von der Polizei ziemlich brutal auseinandergeknüppelt worden. Es gab zahlreiche Verletzte, einige auch auf seiten der Polizei. Unter ihnen der Polizeioberwachtmeister Fischbach, der im Prozeß auch als Nebenkläger aufgetreten ist. Mit einer schweren Eisenstange und einem verrosteten Radmutterschlüssel sollen Hasan und Örhan Öner mit voller Wucht so auf Fischbach eingeschlagen haben, daß dessen Helm zersplitterte, er selbst zusammenbrach, ,,weinte", in die Medizinische Hochschule Hannover gebracht werden mußte und dort drei Tage lang behandelt wurde.

Wie gesagt, von allen Anklagepunkten ist am Ende des Prozesses nichts übrig geblieben. Die Urteilsbegründung stellt im Gegenteil klipp und klar fest, daß die Polizisten und der Rechtsanwalt des Nebenklägers Fischbach, Höhndorf, vor Gericht gelogen, Beweise verfälscht und unterdrückt sowie ihre Aussagen nachträglich zuungunsten der Angeklagten aufeinander abgestimmt haben. Die Urteilsbegründung liest sich deshalb tatsächlich „wie ein Dokument aus dem Chicago der zwanziger Jahre" („Hannoversche Allgemeine Zeitung" vom 18.1.1985).

Die Wahrheit und nichts als die Wahrheit ...

Aussage des Polizeibeamten Kaupert bei seiner Vernehmung am 21. Mai 1985:

„Während der Schläge durch den Angeklagten Hasan Öner brach der Kollege zusammen und blieb regungslos mit geöffneten Augen auf dem Boden liegen." (Dieses und alle anderen Zitate aus der Urteilsbegründung). Auf diese zugegeben ausgesprochen dramatische Schilderung des Geschehens hatte sich die Eröffnung des Hauptverfahrens wegen versuchten Totschlags entscheidend gestützt.

In der Hauptverhandlung jedoch mußte derselbe Kaupert zugeben, „er habe gar nicht gesehen, daß der Kollege Fischbach durch die Schlagwirkung zu Boden gegangen sei, er habe erst viel später gesehen, daß dieser am Boden gelegen habe. Auch daß Fischbach verletzt worden sei, habe er erst später erfahren."

Ähnlich widersprüchlich waren auch die Aussagen der anderen Polizeizeugen, die in der Hauptverhandlung außerdem noch ziemlich unterschiedliche Versionen über den Ablauf des Geschehens abgegeben haben.

Der Zeuge Urban will Hasan Öner „wild um sich schlagend und dabei mehrere Beamte treffend" gesehen haben. Der Zeuge Rittau hat's aber ganz anders gesehen: „Im Vorbeilaufen von hinten" hätte Hasan zugeschlagen. Aber nein, so der Zeuge Kaupert, der Schlag kam „von vorn über den Kopf des vor ihm stehenden Örhan Öner hinweg."

Der Phanatasie von Polizisten sind offenbar keine Grenzen gesetzt. Kein Wunder, daß die Richter zu der Schlußfolgerung kommen, „daß die Aussagen nicht in vollem Umfang der Wahrheit entsprechen." Und das ist noch milde ausgedrückt.

Der folgenden Bemerkung aus der Urteilsbegründung ist nichts hinzuzufügen: „Abgesehen von diesen Aussagemängeln war auch der persönliche Eindruck, den die Zeugen hinterlassen haben, nicht geeignet, das Gericht von der Richtigkeit ihrer Angaben in der Hauptverhandlung zu überzeugen."

Wir wollen aber auch die Kriminalbeamten, die die Ermittlungen gegen Hasan und Örhan Öner geführt haben, nicht unerwähnt lassen. Es handelt sich um die Herren Wehrmacher und Ludewig. Über den einen — Ludewig — wird noch zu reden sein, beide zusammen haben „die in sich widersprüchlichen Aussagen der drei Zeugen aufeinander abgestimmt und belastender für die Angeklagten als nach ihrem ursprünglichen Inhalt" gemacht.

Weg ist weg ...

Es geht um ein verschwundenes Vernehmungsprotokoll, um eine weggeworfene Schreibmaschine, um einen Einbruch in ein geparktes Auto, um die Herren Fischbach, seinen Rechtsanwalt Höhndorf und den oben schon erwähnten Ludewig. Klar, daß die Aussage von Fischbach, der von Hasan und Örhan Öner niedergeschlagen worden sein soll, von besonderer Bedeutung ist. Fischbach ist über de den Ablauf der Ereignisse von Ludewig vernommen worden und hat auch vor Gericht ausgesagt.

Aber:

„Die Aussage des Nebenklägers Fischbach konnte bei der Urteilsfindung nicht zu Lasten der Angeklagten berücksichtigt werden, da erhebliche Zweifel and er Glaubwürdigkeit der die Angeklagten belastenden Aussage dieses Zeugen bestehen."

Und das kam so.

Fischbach und Ludewig haben vor Gericht ausgesagt — letzterer unter Eid — Fischbach sei am 31. Mai in seiner Wohnung von Ludewig vernommen worden. Ludewig habe eine mechanische Schreibmaschine und eine Schreibkraft mitgebracht, der das Protokoll diktiert worden sein soll. Dieses Protokoll, unterschrieben von Fischbach und Ludewig, wurde zu den Gerichtsakten gegeben.

Von Anfang an war jedoch ziemlich klar, daß dieses Protokoll nicht das ursprüngliche Vernehmungsprotokoll Fischbachs sein konnte. Dazu war es viel zu kurz. Außerdem war es nicht auf einer mechanischen sondern auf einer elektrischen Schreibmaschine getippt worden, offenbar in der Praxis des Rechtsanwaltes Höhndorf. Dieser Verdacht sollte durch ein



21. Mai 1983: Die Polizei räumt den Eingang der Stadthalle für die türkischen Faschisten. Kurz darauf werden Hasan und Örhan Öner festgenommen.

Sachverständigengutachten des Bundeskriminalamts geklärt werden. Bevor es jedoch dazu kam, meldete sich jetzt der Rechtsanwalt Höhndorf zu Wort.

Er gab zu, daß das Protokoll in seiner Praxis geschrieben worden war. Und zwar sei Fischbach mit Ludewig am 31. Mai mit dem vorher in Fischbachs Wohnung aufgenommenen Protokoll in seine Praxis gekommen. Beide hätten ihn gebeten, das Protokoll zu überprüfen. Wegen der Schreib- uhd Tippfehler sei es dann aber in seiner Praxis noch mal abgetippt worden.

Und jetzt erinnerten sich auch Fischbach und Ludewig: Jawohl, so war es. Das Originalprotokoll hätten sie dann vernichtet.

Die Geschichte geht aber noch weiter. Inzwischen war nämlich bekanntgeworfen, daß Fischbach schon vor seiner Vernehmung am 31.5. einen Brief an seinen Rechtsanwalt geschrieben hatte — angeblich ein Informationsschreiben, in Wirklichkeit aber, wie inzwischen feststeht, das ursprüngliche Vernehmungsprotokoll. Verständlich, daß das Gericht dieses Dokument haben wollte. Dagegen haben sich Fischbach, Ludewig und vor allem der Rechtsanwalt Höhndorf mit allen Mitteln gesträubt. Als eine Durchsuchung seiner Praxis angeordnet wurde, erklärte er, das Original sei nicht mehr vorhanden, wohl aber eine vollständige Fotokopie. Aber bei der dem Gericht übergebenen Fotokopie fehlte die erste Seite, einige Stellen waren geschwärzt. Schließlich, als alles nichts mehr half, da „passierte" das Wunder:

„Am 10.9.1984 erklärte Rechtsanwalt Höhndorf schließlich, daß er am Vorabend seinen Wagen vor einem Lokal am Dührener Turm in Hannover geparkt habe. In dem Wagen hätten sich sämtliche Prozeßunterlagen einschließlich der einzigen noch vorhandenen vollständigen Kopie des Informationsschreibens befunden. Er habe den Wagen über Nacht dort stehen lassen und sei mit einer Taxe nach Hause gefahren. Am Morgen habe er festgestellt, daß das Fahrzeug aufgebrochen worden sei und sämtliche Prozeßunterlagen entwendet worden seien."

Wie aus einem schlechten Krimi. Nein, es gibt nur einen Grund, warum mit allen Mitteln verhindert werden sollte, daß das ursprüngliche Vernehmungsprotokoll in die Akten gelangt: Es hat die beiden Angeklagten nicht belastet.

Ach so, die verschwundene Schreibmaschine. Die hat der Verlobten von Fischbach gehört und auf ihr soll das „Informationsschreiben" angeblich getippt worden sein. Als die Maschine beschlagnahmt werden sollte, um einen Schriftvergleich vornehmen zu können, war sie „verschrottet" (Fischbach), „weggeworfen" (seine Verlobte). Und, welch Wunder, es existierte auch kein einziges Schriftstück mehr.

Der Rest ist Schweigen

Es ist unmöglich, auf alle Einzelheiten einzugehen. Die Urteilsbegründung liefert Stoff für ein ganzes Buch. Wichtig sind aber noch folgende Punkte:

Der Helm Fischbachs war durch die Schläge angeblich schwer beschädigt worden. Aber — „Der Zeuge Rehr hatte den verletzten Fischbach in die Medizinische Hochschule Hannover begleitet und dessen Helm dorthin mitgenommen. Den Helm hatte er auf der Fahrt ins Krankenhaus, während er im Krankenhaus wartete und auf der anschließenden Fahrt zurück ins Revier, wo er ihn in den Spind des Beamten Fischbach legte, bei sich. Dabei fielen ihm keinerlei Beschädigungen an dem Helm auf. Am 22.5. wurde der Helm durch den Polizeibeamten Suttrup aus dem Spind geholt und sichergestellt. Der Helm war auffällig beschädigt ..."

„Besonders schwerwiegend erscheint aber der Umstand, daß nach dem Gutachten des TÜV-Sachverständigen „... die Beschädigungen an dem Helm ... mit sehr großer Wahrscheinlichkeit gesetzt wurden, als der Helm nicht auf dem Kopf getragen wurde" und zwar „möglicherweise durch die Polizei selbst."

Angeblich hätte Örhan Öner Fischbach mit einer Eisenstange mit voller Wucht auf den Halsansatz geschlagen. Aber — „Zweifel an der Richtigkeit der Zeugenaussagen bestehen auch deshalb, weil trotz des angeblich mit voller Wucht geführten Schlages ... auf den nur durch den Stoff des Polizeihemdes geschützten Schulter-Halsbereich keine sichtbaren Verletzungen bei ... Fischbach festgestellt werden konnten."

Wie gesagt, der Rest ist Schweigen. Die Sache spricht für sich.

PINWAND

Parteiveranstaltungen, Treffs, Termine

HANNOVER

Wie weiter im antifaschistischen Kampf?
Eine Informations- und Diskussionsveranstaltung von GABL, Volksfront, Antifaschistischer Initiative, Antifa-Plenum Kornstraße, SAG.
Berichte und Filme ab18 Uhr, Prodiumsdiskussion ab 20 Uhr, anschließend Solidaritätsfete

Samstag, 30. März im Pavillon

HAMBURG

Zentrale Aktionskonferenz-Tage der Arbeitslosenbewegung
In Arbeitsgruppen und Diskussionen werden drei Hauptthemen behandelt „Zukunft der Arbeit", „Existenzielle Absicherung von Erwerbslosen" und „Perspektiven der Arbeitslosenbewegung"
Alle arbeitslosen Genossen und Leser sind aufgerufen, sich daran zu beteiligen.
Datum: 10 - 12. Mai
Kontaktadresse: AG ZAKT
c/o Susan Naumann
Wartenau 9
2 Hamburg 76

KÖLN

KPD-Veranstaltung
„Sozialismus — aber wie?"
Es spricht Horst-Dieter Koch, Vorsitzender der KPD
Freitag, 22. März, 19.30 Uhr
Severinstorburg, Chlodwigplatz

Zu dem Buch „Die Zukunft der Grünen" von Thomas Ebermann und Rainer Trampert — Teil 2

Ein radikales und realistisches Konzept?

Im ersten Teil unserer Auseinandersetzung mit dem Buch von Thomas Ebermann und Rainer Trampert "Die Zukunft der Grünen" (siehe RM 10/85) haben wir uns vor allem mit der falschen Kritik der Autoren am Marxismus in der Frage der Beziehungen zwischen Produktivkraftentwicklung und Produktionsverhältnissen beschäftigt, um zu zeigen, wie die falsche Loslösung der Kritik der stofflichen Seite der kapitalistischen Produktion von der Kritik der kapitalistischen Produktionsverhältnisse Ebermann und Trampert dazu führten, die Rolle des Klassenkampfes als Triebkraft der Geschichte und der Arbeiterklasse als revolutionäres Subjekt im Kampf für die Beseitigung des Kapitalismus zu bestreiten. Im folgenden wollen wir uns mit den ökosozialistischen Zielvorstellungen der Autoren auseinandersetzen, um zu prüfen, ob die Autoren wirklich ein radikales und realistisches Konzept gegen Kapitalismus und ökologische Krise anbieten, wie es der Untertitel verspricht.

Wer vollbringt die gesellschaftliche Umwälzung?

Die weitgehende Verabsolutierung der Kritik der Produktivkräfte (wobei beharrlich übersehen wird, daß dazu auch die menschliche Arbeitskraft gehört) wirft nun für die Frage, auf welchem strategischen Weg der Kapitalismus beseitigt werden kann, erhebliche Probleme auf — unlösbare, wie man sehen wird.

Ziemlich sicher sind sich Ebermann und Trampert noch in der Frage, welche Strategie sie ablehnen, wenn sie etwa schreiben, daß das „Streben nach Aneignung gesellschaftlicher Produktivkräfte ... offensichtlich tauglicher für die politische Polarisierung der Gesellschaft ist als das recht abstrakte Streben nach Umwälzung der Staatsmacht und Enteignung der Produktionsmittel."

Das soll als Absage an die marxistische Revolutionstheorie verstanden werden. Schon an dieser Stelle muß darauf hingewiesen werden, daß der Marxismus die politische Revolution der Arbeiterklasse als Vorbedingung der sozialen Umwälzung zur vollständigen Beseitigung der kapitalistischen Verhältnisse betrachtet. So wie der Marxismus die Enteignung der wesentlichen Produktionsmittel und ihre Überführung in staatliches Eigentum nur als ersten Schritt zur tatsächlichen Vergesellschaftung der Produktion betrachtet, geht der Marxismus auch davon aus, daß die notwendige staatliche Organisierung der politischen Macht der Arbeiterklasse allmählich abstirbt, indem das Prinzip der Selbstverwaltung auf immer mehr Bereiche der gesellschaftlichen Beziehungen ausgedehnt wird.

Nachdem Klassenkampf und Arbeiterklasse als Triebkraft bzw. Subjekt der gesellschaftlichen Veränderung erledigt sind, die Frage der Produktionsverhältnisse nur von nebensächlicher Bedeutung ist und die Frage der staatlichen Macht als für emanzipatorische Bestrebungen eher irrelevant abgetan, nachdem also die Autoren ihr Versprechen, mit „alten sozialistischen Auffassungen" zu brechen, recht energisch verwirklicht haben, stehen unsere ökosozialistischen Totengräber des Kapitalismus nun ohne Schaufel da.

Sie haben in betonter Abgrenzung zur marxistischen Kritik der Produktionsverhältnisse alle gesellschaftlichen Übel aus der Entwicklung der stofflichen Elemente der industriellen Produktion erklärt. Folgerichtig müssen sie nun in der Änderung der Produktivkraftentwicklung den entscheidenden Weg zu jener gesellschaftlichen Umwälzung sehen, die eine Produktionsweise hervorbringen soll, die die natürlichen Lebensgrundlagen der Menschen bewahrt und auch eine „bestimmte ökonomische Bedürfnisbefriedigung" (S. 190) verwirklicht.

Das Problem liegt auf der Hand: Die stoffliche Seite der Produktion besteht eben aus Sachen und von Sachen gehen zwar auch Wirkungen auf die Gesellschaft aus, aber die Sachen handeln nicht, sie bestimmen ihre Wirkung auf die Gesellschaft nicht selbst und können auch von wohlmeinendsten Grünen nicht davon überzeugt werden, daß sie sich doch besser in eine andere Richtung entwickeln sollten.

Es gibt kein „Streben nach Aneignung gesellschaftlicher Produktivkräfte", das sich nicht als Streben nach Umwälzung der Produktionsverhältnisse vollzieht. Man kann kein weißes Pferd kaufen, ohne letztlich doch einen Schimmel zu erstehen. Insofern erweist sich das ganze Affentheater um die Betonung der Kritik der stofflichen Seite der Produktion in Abgrenzung von der marxistischen Betonung der Kritik der Produktionsverhältnisse als theoretische Pirouette: Nach vielen verwirrenden Drehungen hat man sich überhaupt nicht von der Stelle gerührt.

Als Ökosozialisten stehen Ebermann und Trampert heute vor dem gleichen Problem, vor dem sie einst als Kommunisten auch schon standen: Notwendig ist die Umwälzung der Produktionsverhältnisse, die nur in der Enteignung der Kapitalistenklasse ihren Ausgangspunkt nehmen kann. Daß diese Enteignung der Kapitalisten möglich ist, ohne die politische Macht der Bourgeoisie zu entreißen, dafür können Ebermann und Trampert kein einziges Argument anführen. Nachdem sie aber so gründlich mit ihren „alten sozialitischen Auffassungen" gebrochen haben, können sie es sich offensichtlich leisten, diese Frage schlicht zu übergehen, weil man bei den Grünen wegen solcher theoretischen Skrupellosigkeiten nun wirklich nicht gleich rot werden muß.

Unkenntnisse als Handlungsgrundlage?

Aber folgen wir den Autoren zunächst bei ihrem Versuch, eine realistische Konzeption der Veränderung der stofflichen Seite der Produktion aufzuzeigen. Zunächst einmal muß natürlich wieder mit „alten sozialistischen Auffassungen" gebrochen werden. Angeführt wird ein Zitat von Friedrich Engels aus seiner Schrift „Dialektik der Natur":

„Und in der Tat lernen wir mit jedem Tag, ihre Gesetze richtiger verstehen und die näheren und entfernteren Nachwirkungen unserer Eingriffe in den herkömmlichen Gang der Natur zu erkennen. Namentlich seit den gewaltigen Fortschritten der Naturwissenschaft in diesem Jahrhundert werden wir mehr und mehr in den Stand gesetzt, auch die entfernteren natürlichen Nachwirkungen wenigstens unserer gewöhnlichsten Produktionshandlungen kennen und damit beherrschen zu lernen." (Zitiert nach S. 196/97)

Ebermann und Trampert kommentieren: „Konzentrieren wir uns auf den unhaltbar gewordenen Optimismus: Die Auffassung Engel's, daß wir uns in einem Prozeß der besseren Erkenntnis der Nachwirkungen unserer Produktion befinden, ist falsch. Die gewaltige Palette z.B. neuer chemischer Produkte und ihrer unübersehbar vielfachen Wirkungszusammenhänge hat einen eskalierenden Vorsprung von angewendeten **Möglichkeiten** menschlicher Produktion gegenüber den Erkenntnissen ihrer Folgewirkungen gebracht." (S. 197)

Und einige Seiten später (S. 205) kommt's dann noch dicker. Da haben die Autoren die naturwissenschaftlichen Erkenntnismöglichkeiten schon so weit runtergeputzt, daß ihnen die Forderung „Kenntnis **und Wissen um Unkenntnisse** zur Handlungsgrundlage zu machen" als „elementar wichtig", wenn auch schrecklich falsch interpretierbar erscheint.

Jetzt hatten wir gehofft, Ebermann und Trampert würden nun realistische Wege zur Änderung der stofflichen Seite der Produktion aufzeigen — und was ist? — Sie erklären uns, sie wüßten, daß sie nichts wissen und das müsse zur Handlungsgrundlage gemacht werden.

Was aber ist dran, an dieser pessimistischen Beurteilung der Erkenntnismöglichkeiten der modernen Naturwissenschaften hinsichtlich der Auswirkungen der Produktion? Die von ihnen angeführte Chemieindustrie scheint ihnen recht zu geben. Schätzungen gehen davon aus, daß ungefähr 60 000 Stoffe zu erforschen sind. Der hinreichend erforschte Anteil wird zwischen 5 Prozent und 10 Prozent geschätzt. 20 Jahre hat es gedauert, bis die Schädlichkeit von Asbest exakt nachgewiesen war. Da kann man sich ja leicht ausrechnen, wie lange es dauert, bis alle Stoffe hinreichend erforscht sind. Bei einer Jahreszahl mit so vielen Nullen muß denn ja wohl doch die Unkenntnis zur Handlungsgrundlage gemacht werden?

Sagen die Chemiekonzerne übrigens auch: Das Problem besteht, aber ohne die Großchemie und ihre Produkte können wir nicht auskommen, also müssen wir weitermachen wie bisher, außerdem bestreiten wir, daß es so katastrophale Folgen haben wird, die die ökologischen Schwarzmaler behaupten.

Kontern Ebermann und Trampert: Weil das Problem so liegt, müssen wir ohne die Großchemie und ihre Produkte auskommen. Was für die Großchemie gilt, gilt, wenn auch nicht so extrem, auch für andere Industriezweige: wir müssen die Produktion drastisch einschränken.

Nur: die Produkte, deren Herstellung nach Auffassung unserer Autoren eingestellt bzw. eingeschränkt werden soll, werden ja nun im Normalfall nicht direkt für die Giftmülldeponie hergestellt, sondern zum Verkauf, und sie werden gekauft, weil sie Bedürfnisse von Menschen befriedigen.

Eigentliche Genüsse und schnöde Bedürfnisse

Und so kommen Ebermann und Trampert nun nach mancherlei Irr- und Umwegen zur eigentlichen Schlußfolgerung aus der Kritik der stofflichen Seite der Produktion: Zur Kritik der Bedürfnisse. Die Autoren berufen sich ausführlich auf Marx, um glaubhaft zu machen, daß die konkrete Ausformung der Bedürfnisse der Menschen abhängig ist von den Produktionsverhältnissen, unter denen sie leben müssen. Das ist schon wahr. Wahr ist etwa auch, daß die gegenwärtig empirisch feststellbaren Bedürfnisse ein starkes kompensatorisches Element haben, was heißen soll, daß etwa das Bedürfnis nach steigendem Alkoholkonsum oder allabendlichem Fernsehen zum erheblichen Teil zu verstehen ist als Pflaster für Wunden, die die aufgezwungenen Arbeits- und Lebensbedingungen den Menschen schlagen.

So richtig es ist, daß in einer sozialistischen Gesellschaft ein allmählicher Wandel der Bedürfnisstruktur erwartet werden kann, so wenig taucht die Unterscheidung in „kompensatorische" und „emanzipatorische" Bedürfnisse für heute.

Was soll etwa der tröstende Hinweis darauf, daß es viele „eigentliche Genüsse" gibt, die nicht an den Tauschwert gebunden sind: „Der eigentliche Genuß, in einer sauberen Elbe zu baden, statt in Autokolonnen eine andere Erholungsregion suchen zu müssen, eine blumenreiche Wiese, die Artenvielfalt in einem Erholungsraum Wattenmeer oder eine erotisch spannungsreiche Liebesbeziehung, statt des patriarchalisch zwanghaften Austausches sexueller Dienstleistungen, das sind Qualitäten, die man nicht kaufen kann, mit denen kein Geschäft gemacht werden kann, also verkommen sie." (S. 221)

Zugegeben: da wird einem der Mund mit kostenlosen „eigentlichen Genüssen" ganz schön wässrig gemacht, wobei es schlechterdings unentschuldbar ist, daß der Anblick des Rheins am deutschen Eck keine Erwähnung findet. Aber es hilft ja nichts: Der Mensch lebt nicht vom „eigentlichen Genuß" allein, er hat auch schnöde materielle Bedürfnisse, zu deren Befriedigung die industrielle Produktion unumgänglich erscheint, einschließlich der ärgerlichen stofflichen Seite.

Also, direkt gefragt: Auf die Erfüllung welcher schnöden materiellen Bedürfnisse sollen wir verzichten in der Hoffnung, daß sich diese spannungsreichen Liebesbeziehungen dann auch wirklich einstellen?

Nun sind unsere Autoren, wie schon im Untertitel des Buches ausdrücklich angekündigt, für ein realistisches Konzept. Sie verkennen die Notwendigkeit, gewisse materielle Bedürfnisse zu befriedigen, grundsätzlich nicht: Sie erkennen eine „bestimmte ökonomische Bedürfnisbefriedigung" an und wollen auch für eine „akzeptable Grundversorgung" eintreten. Wir geben zu, daß sie sich damit von extremen grünen Verzichtpolitikern wohltuend abheben. Nur ist nicht zu überlesen, daß hier auf eine gemäßigte Art die Einschränkung der materiellen Bedürfnisbefriedigung gepredigt wird. Wenn etwa nur noch von einer „**bestimmten** ökonomischen Bedürfnisbefriedigung" die Rede ist und von einer „**akzeptablen** Grundversorgung", dann liegt der Schluß nahe, daß das derzeitige Anspruchsniveau hinsichtlich materieller Bedürfnisbefriedigung als nicht „akzeptabel betrachtet wird.

Was eigentlich ist der „Grundbedarf"? Eine Schüssel Reis, der Sozialhilfe-Warenkorb oder der Lebenstandard des grünwählenden Lehrerehepaars? Bekanntlich gedeiht die Kritik am übertriebenen Konsum in den Eigenheimen im Grüngürtel besonders gut.

Offen gesagt: Die ausschweifende Kritik der Bedürfnisse bei Ebermann und Trampert wird nicht zum „eigentlichen Genuß" Schon gar nicht weist sie einen Weg zur Beseitigung kapitalistischer Verhältnisse.

Kehren wir lieber zu der Frage zurück: Ist es also aufgrund der mangelnden naturwissenschaftlichen Erkenntnismöglichkeiten schnurz, ob die industrielle Großproduktion sich in kapitalistischen oder sozialistischen Produktionsverhältnissen entwickelt, bleibt uns so oder so nur der Rückzug auf ein wesentlich niedrigeres Niveau der Produktion und damit der materiellen Bedürfnisbefriedigung?

Gibt es die Umweltschutzdebatte und -bewegung nicht gerade deshalb, weil es offensichtlich ist, daß es viel mehr Erkenntnisse über die schädlichen Auswirkungen der industriellen Produktion gibt, als sie aufgrund des kapitalistischen Profitstrebens Berücksichtigung finden? Wieviele technische Lösungen für Umweltprobleme kommen nicht zur Anwendung, weil sie nicht profitabel sind. Wieviel Umweltverschmutzung findet einfach nur deshalb statt, weil für die Kapitalisten nur die Senkung der Betriebskosten interessant ist und zwar auch dann, wenn sie zu Lasten einer ungeheuren Steigerung der gesellschaftlichen Unkosten erfolgt? Wie hoch ist der Anteil der in der chemischen Industrie verwendeten Stoffe, dessen Notwendigkeit sich nicht aus der Befriedigung materieller Bedürfnisse ergibt, sondern als Resultat der Konkurrenz, des Patentrechts usw.

Wir bezweifeln nicht, daß es auch Probleme gibt, deren wissenschaftliche Beherrschung noch nicht gegeben ist. Wir bezweifeln nicht, daß unter sozialistischen Bedingungen die Entscheidung für die Einstellung bestimmter Produktionen fallen kann, vielleicht auch muß. Aber der Eifer, mit dem Ebermann und Trampert die prinzipielle Unbeherrschbarkeit der industriellen Großproduktion behaupten, ist nicht nur nicht gerechtfertigt, er steht auch unter dem dringenden Verdacht des kalkulierten Opportunismus: Die sozialistischen Positionen werden dem machtpolitischen Bündnis mit den Fundamentalisten um Bahro geopfert. Dafür werden unüberbrückbare Gräben zur Arbeiterbewegung und zur sozialistischen Linken aufgetan.

Mit den unmittelbaren Schlußfolgerungen des Buches der Grünen wollen wir uns nicht weiter auseinandersetzen. Nach den Wahlen im Saarland und in Hessen scheint es möglich, daß die reale politische Entwicklung den Nachweis dafür erbringt, daß die Position von Trampert und Ebermann eben nicht realistisch ist. Bei aller notwendigen Kritik an den in diesem Buch präsentierten antimarxisitischen Positionen der Ökosozialisten: Wir wollen nicht hoffen, daß es so kommt.

Andere Lösung

Betr.: Landtagswahlen in Westberlin, Saarland und NRW; Roter Morgen Nr. 8 vom 22.2.85, Seite 2 und 3

Der Rote Morgen gibt einerseits die Losung aus „Keine Stimme für CDU und FDP". Andererseits sagt er, daß Apel in Westberlin mit der Möglichkeit einer großen Koalition spekuliert und daß auch in NRW trotz aller gegenteiligen Beteuerungen der SPD diese Möglichkeit nicht unwahrscheinlich ist angesichts der Politik von Rau in den letzten fünf Jahren.

Ich meine, daß unter diesen Umständen die Losung „Keine Stimme den Wendeparteien" falsch ist. Vielmehr scheint mir die Pflicht der Kommunisten zu sein, darüber aufzuklären, daß die SPD und in welchen Punkten die SPD auf dem gleichen Dampfer wie die CDU sitzt. Das wird sehr deutlich im Beitrag über das CDU-Wahlprogramm in NRW auf Seite 3. Die Technologieparks der SPD und die Landesstrukturbank der CDU betreiben dieselbe Politik: Management der Krise durch Förderung der privatkapitalistischen Initiative und auf der anderen Seite durch Sozialabbau.

Zweifellos gäb's nur diese beiden Parteien, müßten die Kommunisten die Sozialdemokratie unterstützen. Aber nun sind seit einigen Jahren die Listen der kleinbürgerlichen Demokratie — ALs und Grüne — zu einer gesellschaftlichen Kraft geworden, zu einer Kraft, die die Sozialdemokratie in die Bredouille gebracht hat. Erst ihr Wirken hat einen Skandal wie bei der Firma Sonnenschein in Westberlin ans Licht gezerrt. Sie sind tausendmal konsequenter mit demokratischen Forderungen etwa in der Ausländerpolitik. Sie machen viel mehr Front gegen die NATO als die SPD. Sie kämpfen konsequent gegen den § 218, wie die SPD nur vor 50 Jahren. Mit ihnen sind zum ersten Mal seit 1956 internationalistische Positionen in den Parlamenten vertreten. In allen Fragen der Gestaltung der modernen Gesellschaft, der Anwendung neuer Technologien fordern sie das Kapitalinteresse heraus — obwohl sie ideologisch dem Klassenkampf abhold sind. Während die SPD — die Partei des Ausgleichs zwischen Kapital und Arbeit — beständig die Existenzangst des Arbeiters und damit das Kapitalinteresse gegen den gesellschaftlichen Fortschritt ausspielt.

„Natürlich" — müssen wir den Arbeitern sagen — „ist eure Existenzangst berechtigt, aber das ist kein Grund, daß wir uns einschüchtern ließen, der Katalysator würde die Automobilindustrie ruinieren, das Verbot des Rüstungsexports die Kriegsfabriken. Wir wollen nicht nur leben. Wir wollen menschenwürdig leben. Und deshalb muß Schluß sein mit dem beständigen sozialdemokratischen Kniefall vor dem großen Kapital. Und wenn die Herren Kapitalisten in den Investitionsstreik treten und uns verhungern lassen wollen, dann müssen wir die Sache selbst in die Hand nehmen.

Die Grün-Alternativen mögen etwas kaltschnäuzig mit unseren täglichen Sorgen ums Überleben umgehen, aber sie haben recht. Und tatsächlich entsprechen ihre Umweltprogramme vielmehr den Forderungen der gewerkschaftlichen Arbeitsbeschaffungsprogamme als die Technologieparks der SPD und Strukturbanken der CDU."

„Die Auseinandersetzung spitzt sich darauf zu, den Kurs von CDU und FDP nicht durch Stimmengewinne noch zu stärken." So steht's im RM 8. O nein, sie spitzt sich darauf zu, daß keine der beiden großen Parteien die absolute Mehrheit schafft und daß dafür die SPD die Frage steht: Quo vadis — zum Fortschritt hin oder zur Reaktion? Der Wähler kann dazu nur beitragen durch die Wahl der kleinbürgerlichen Demokratie, solange der revolutionäre Sozialismus noch nicht als gesellschaftliche Kraft bei den Wahlen antritt.

Seit dem traurigen Sonderparteitag unserer Partei 1982 mit seiner Wahlempfehlung für die SPD, die gleich wieder zurückgezogen wurde, flüchtet sich unsere Partei in die Wischi-waschi-Parole „Keine Stimme der Reaktion" oder in die eigene Kandidatur, selbst da, wo sie keine gesellschaftliche Kraft darstellt. Sie drückt sich um eine politische Haltung zur kleinbürgerlichen Demokratie, die zum ersten Mal seit 130 Jahren zu einer selbständigen fortschrittlichen politischen Kraft geworden ist. Vielleicht deshalb, weil es nicht in unser bisheriges Weltbild paßt, daß die kleinbürgerliche Demokratie noch einmal solch eine Kraft entwickelt und nicht wie 1918 und 1945 entweder Anhängsel der Arbeiterparteien oder Anhängsel der Reaktion ist?

Zahlreiche Kommunisten, Mitglieder der KPD und anderer Organisationen, wählen grün-alternativ, aber trauen sich nicht, sich zu dieser Stimmabgabe öffentlich zu bekennen und dazu aufzurufen. Man dürfe die Arbeiter nicht auf das Kleinbürgertum orientieren. Heißt das nicht, die Arbeiter für dumm zu verkaufen?

24.2.85 RS, Bochum

Arbeitstag und Partei

Liebe Freunde!

Ich habe mit Interesse die Artikel über die Entwicklung des Arbeitstages in Deutschland seit dem 1. Weltkrieg gelesen. Ich möchte dazu ergänzend anmerken, daß diese Entwicklung wohl in nahezu allen Ländern die gleiche war, mit einer Ausnahme, der Sowjetunion. Am 15. Oktober 1927 faßte die Regierung der Sowjetunion den Beschluß, schrittweise innerhalb von fünf Jahren allgemein den 7-Stunden-Tag einzuführen. Diese Maßnahme wurde vorbereitet und begleitet von einer Propagandakampagne, deren Ziel es war, die Werktätigen zu überzeugen, daß eine Verkürzung des Arbeitstages für sie wichtiger ist als eine Lohnerhöhung (Verkürzung selbstverständlich bei vollem Lohnerhalt). Ein anderes Problem bestand darin, rechtzeitig genügend zusätzliche Arbeitskräfte zu finden und auszubilden, um die Produktion nicht zu verringern. Darüber hinaus gab es noch verschiedene technische und organisatorische Probleme, die zu erörtern hier zu weit führen würde.

Die Einführung des 7-Stunden-Tages vor fast 60 Jahren in der Sowjetunion ist auch als logische Folge der NEP zu sehen, deren wichtigtes Ergebnis der Wiederaufbau und die Stärkung der industriellen Basis des Sozialismus war. Bereits während der NEP, und hier bedürfen die Ausführungen H.D. Kochs der Korrektur, wurde der private Sektor in der Industrie von 19 Prozent (1924) der Industrieproduktion auf 14 Prozent (1928) reduziert. Er schmolz im Laufe des 1. Fünfjahrplanes auf 0,07 Prozent zusammen, privater Warenaustausch wurde 1933 ganz verboten. Diese Entwicklung ist auch logisch, da sozialistische Planwirtschaft und kapitalistische Anarchie der Warenproduktion sich gegenseitig ausschließen. Ohne die Beseitigung des privaten Sektors wären sämtliche 5-Jahres-Pläne unmöglich gewesen, und ohne die dadurch erreichte Industrialisierung wäre die Kollektivierung der Landwirtschaft ein frommer Wunsch geblieben. Letztere ist aber unbestreitbar.

Noch ein Wort zu Albanien. Mich wundert es, wenn sich der „Rote Morgen" auf Albanien beruft, während gleichzeitig die Auffassungen, die im RM (offensichtlich im Namen des ZK) vertreten werden, im krassesten Widerspruch zu denen der Albaner stehen. Nur ein Beispiel: die Rolle der Partei im Sozialismus. H.D. Koch tritt für eine begrenzte Rolle der Partei und die Existenz anderer Parteien ein, während die albanischen Genossen nach mehr als 35 Jahren sozialistischen Aufbaus mehr denn je die führende Rolle der kommunistischen Partei als fortgeschrittenstem Teil der Arbeiterklasse unterstreichen. Damit will ich's erst mal gut sein lassen.

Schöne Grüße

Konstruktionen

Wer Widersprüche konstruiert, um zu spalten, kommt nicht weit!

Obwohl der Gen. Norbert B. in seinem Leserbrief mir schon aus der Seele sprach, schicke ich meinen schon fertigen Leserbrief doch noch los. Hier ist er:

Es wird mal Zeit, daß sich die „schweigende" Mehrheit unserer Partei, die hinter ihrem ZK steht, auch auf der Leserbriefseite mehr zu Wort meldet. Bisher wird hier nur wenig Stellung genommen, weil innerhalb der Partei genug Möglichkeiten bestehen, seine Meinung frei zu äußern. — Jeder Genosse kann bezeugen, daß auf den MVs alle Standpunkte offen vertreten werden können oder daß ZK-Vertreter oder auch der Vorsitzende Genosse Horst-Dieter Koch in jede Zelle kommen, wenn es gefordert wird.

Das interne Organ „Kommunist" wie auch die Leserbriefseite selbst sind für jeden Leser ein weiterer Beweis der Diskussionsbereitschaft der Partei und ihrer Leitung.

Trotzdem wird immer wieder anscheinend von der selben Genossengruppe versucht, eine „Meinungsunterdrückung" durch die Roter-Morgen-Redaktion zu konstruieren, weil vielleicht einzelne Briefe — wegen der Länge oder auch ehrabschneidender Behauptungen gegen einzelne Freunde - so nicht abgedruckt wurden. Trotzdem sind ja alle längeren Papiere (z.B. von Pauli oder D.M.) bei der Zentrale erhältlich.

Auf der MV in Hamburg erschien mir die breite Mehrheit angewidert von dem Stil der Leserbriefe, die das ZK und Horst-Dieter Koch angreifen. Teilweise wurde gefordert, Leserbriefe, die nur „herummotzen" (Zitat) nicht abzudrucken, besonders weil sie den Diskussionsstand in der Partei nicht wiedergeben.

Für mich ist dieser „Anpinkel"-Stil mancher Leserbriefe wie der ständige Schlagwortgebrauch wie titoistisch, revisionistisch, trotzkistisch nur ein Armutszeugnis. Ich dachte, wir hätten diese Schubladencharakterisierung schon vor Jahren überwunden. — Aber einige Genossen scheinen sich ja wohl nach der „guten alten Zeit" zurückzusehnen, als man nicht zuzuhören brauchte, was diese oder jene Organisation, oder Genosse oder Kollege meinte — Hauptsache, man hatte schnell das Fach zum Abheften parat. Jetzt aber soll man denken und mitdenken mit unserem ZK. Wie unbequem.

Genossen, ihr habt doch das Vorwort von Hotschi im TO 10 schon intensivst durchgekämmt, um einen Nebensatz von Trotzki oder Tito zu finden. Vielleicht solltet ihr jetzt noch mal versuchen, den Inhalt zu erfassen, der übrigens von unserem gewählten ZK so verabschiedet ist: z.B. (in diesem Leserbrief nur zwei Sätze der dritten Schlußfolgerung herausgegriffen:) „Die führende Rolle der Partei bezieht sich nicht auf die Führung des Staatsapparates, sie bezieht sich stets auf die Masse der Arbeiter, auf die Klasse. Die politische, theoretische und organisatorische Kraft der Kommunisten muß auf die Entfaltung und Förderung der kämpferischen Aktivität der Arbeiterklasse gerichtet sein, darauf, daß die Arbeiterklase in der Lage ist, sich als herrschende Klasse zu organisieren."

Dieser klare Gedanke unseres ZKs — im neuen Programm weiter ausgeführt - macht jedem Arbeiter klar, daß wir einen Sozialismus anstreben, in dem nicht die Partei stellvertretend für die Arbeiterklasse handelt - wie in den Ländern des Ostblocks — wo sich die Staatspartei von einer Partei der Arbeiter zu einer gegen die Arbeiter entwickelt hat. Diese Schlußfolgerung erleichtert übrigens auch das Selbstverständnis der Arbeit unserer Betriebsgenossen, wie ein Werftbetriebsrat auf der MV darlegte: „Früher war immer ein gewisser Bruch in unserer Arbeit — hier im Betrieb - und irgendwie später Sozialismus. Jetzt läßt sich die Arbeit unter den Kollegen klarer einordnen: Da soll es hingehen, dafür entwickeln wir die Eigeninitiative, das Selbstbewußtsein der Kollegen. Und das schafft uns mehr Vertrauen bei den Kollegen als z.B. die Jagd nach Posten in der Gewerkschaft durch DKP und SPD." (Das Zitat war sinngemäß).

Dieses aber wird wohl gerade von dem Genossen D.M. aus Furtwangen schwerer nachvollzogen, weil er wohl weniger mit den Kollegen im Betrieb zu tun hat als unsere Betriebsräte und Vertrauensleute. Daraus ist D.M. kein Vorwurf zu machen — nur wäre es besser, vorher mal die Genossen in den Betrieben zu hören, bevor man sich in seinem Stübchen ein 18-Seiten-Papier aus dem Finger saugt. Der Genosse D.M. samt Freundeskreis kann sich leider auch noch nicht aus seinem dogmatischen Ruhekissen lösen, um zu überlegen, ob nicht der Kernpunkt **Führung der revolutionären Arbeiterklasse durch die Partei** der „einzige Garant dafür ist, daß es keine revisionistische Entartung von Partei und Staat gibt und geben wird. Zentralismus alleine — bzw. alle Macht bei der Partei — verhütet nicht, daß nicht schon ein Chruschtschow, ein Ulbricht, ein Teng wartend in der Leitung sitzt.

Wenn man das Papier von D.M. noch mal neben dem Vorwort im TO 10 liest, verkümmert es zu einer billigen Polemik. Es werden Widersprüche konstruiert, wo keine sind — und Parallelen gezogen, wo vielleicht zwei Worte übereinstimmen. Oder einfach offene Lügen verbraten: z.B. D.M. S. 13: „Doch Genosse H.D.K. scheut die offene Auseinandersetzung."

Statt inhaltlicher Auseinandersetzung wird Zitatenklauberei betrieben. Toll, wenn mal wieder ein Satz entdeckt wird, der ähnlich wie einer bei Trotzki klingt. Ich komme mir vor wie in den 70er Jahren - So wurden damals unsere Abgrenzungen zum KB, GRF etc. geschrieben. Der Genosse D.M. scheint auf diesem Stand stehengeblieben zu sein. Schade!

Und wenn man dann noch so ein Papier unter der Hand herumschickt, wild herumtelefoniert und Fraktionstreffs organisiert und abhält — wie Ewald und seine selbsternannten Kieler „Bolschewiki" — handelt man äußerst unverantwortlich, fraktionistisch und spalterisch.

Unbegründete Spaltungen der Partei zu provozieren, hat ja wohl mehr mit karrieristischen Einzelinteresen zu tun als mit Bolschewismus. Da nützt es auch nichts, das Stalin-Lied zu singen und Revolutionsgedichte zu verfassen.

Das Furtwangen-Papier läßt sich Punkt für Punkt widerlegen. Falls das andere fähigere Genossen als ich nicht längst getan haben, werde ich das für den „Kommunist" mal aufschreiben.

Mit revolutionärem Gruß!

WW aus HH

Praxisbezogen

Ich lese jetzt, seit Dezember 1984, wieder nach über vierjähriger Pause regelmäßig den RM und ich möchte, obwohl ich kein KPD-Mitglied bin, in die Diskussion auf der Leserbriefseite eingreifen. Meiner Meinung flacht die Diskussion um das neue Programm der KPD seit den Februarausgaben des RM ab. Wenn Marxisten-Leninisten eine Debatte führen unter dem Gesichtspunkt, wie eine zum Beispiel „Sozialistische Republik Deutschland" aussehen soll und wie wir das erreichen, um den Nazinachfolge- und Polizeistaat BRD zu zertrümmern, darf das keine Diskussion zum Selbstzweck sein.

Da muß ich konkreter werden: Die Debatte, die Leserbriefseite sollte **praxisbezogener** sein! Mehr unter dem Motto stehen: Wie packen die Genossen in Betrieb und Gewerkschaft den „Stier bei den Hörnern", wie wird um die Durchsetzung der 35-Stunden-Woche bei vollem Lohnausgleich gekämpft, wie arbeiten die Genossen in anderen Bereichen politisch. Welche Erfahrungen werden im Bekanntenkreis mit der KPD, mit dem RM und mit der Programmdiskussion gemacht. Das kommt in der Leserbriefseite noch zu kurz.

Daß wir eine KP brauchen, wird mir durch die enttäuschenden Erfahrungen bei den GRÜNEN in Hessen (und nicht nur in Hessen) deutlich: In Babenhausen (Landkreis Darmstadt-Dieburg) gehen Linke schon daran, links von den GRÜNEN alternative Listen zu gründen. Ein richtiger Schritt! Auch in Frankfurt-Bockenheim-Kuhwald-Westend wird zu den Kommunalwahlen am 10.3. eine Liste „Alternative Liste für Arbeit und Frieden" zur Wahl stehen, allerdings ist das im Gegensatz zu Babenhausen mehr oder minder eine DKP-Liste. Daß aber nicht nur in Darmstadt-Dieburg und in Frankfurt-West so gedacht wird und antikapitalistische Menschen die langsame Etablierung der GRÜNEN mit Abscheu sehen, zeigt sich fast überall. Bei der Kommunalpolitik in Hessen überwiegt entweder der utopische „grün-grüne" Flügel oder die reformistische Karl-Kerschgens-Clique (bessere Sozialdemokraten). Zurück zu den „Grün-Grünen": Sie sind oft nichts anderes als ausgezeichnete Heimatkundler. Ob in Frankfurt, ob im Hochtaunuskreis (Bad Homburg, Oberursel, Kronberg, Usingen), ob woanders; bei Themen auf Veranstaltungen wie Bundesgartenschau, Zustand des Urselbachtales, Saurer Regen im Taunus etc. wird der Bezug von Ökonolgie und Ökonomie selten oder gar nicht erwähnt. Von den Schicki-Micki-Grünen „Aktionskreis l(i)ebenswertes Königstein, die die örtliche CDU in Königstein/Taunus fast an Stimmen einholen, will ich gar nicht erst hier reden. Zurück zum Ausgangspunkt: Also es tut sich etwas im Lande, wie verhält sich die KPD dazu, wie sieht die sozialistische Alternative aus, wo sind die Grenzen der KPD? Das alles sollte wesentlich mehr auf der Leserbriefseite von den organisierten Genossen behandelt werden. Mehr über die BuG-Arbeit, mehr über den Friedenskampf und mehr über Kommunales! Der Kleinarbeit muß man heute die wichtigste Rolle beimessen. Die KPD ist der richtige Gegenpol zu gewissen Maoisten, oft Pechvögel, Wunschdenker und Besserwisser in einer Person, die da (polemisch gesagt) meinen, der westdeutsche Imperialismus pfeife schon auf seinem letzten Loch, und wenn da noch mehr gewirbelt wird, dann klappt der Weg zum Sozialismus schon irgendwie.

Dann fehlt auf der Leserbriefseite auch die Auseinandersetzung mit den Revisionisten DKP/SEW.

Konsequenz: Kein Hickhack untereinander, anstelle diesem mehr praxisorientierte Diskussion um das neue Programm!

Übrigens hat Genosse Horst-Dieter Koch vollkommen recht, wenn er sagt, daß überlange Leserbriefe keine Platz im RM haben, der entsprechende Genosse sollte doch eher eine Broschüre veröffentlichen.

Nun zum Schluß einige Sätze zu Genossen, die wohl wahre „ML-Fossilien" der siebziger Jahre sind, die zwar immer Marx, Engels, Lenin und Stalin im Munde führen, aber neue Situationen nicht begriffen haben, zum Beispiel fordert Stalin in seinen Thesen zur Bolschewisierung, daß die Kommunisten sich bis zu einem gewissen Grade sich mit den Massen verschmelzen sollen. Ich meine nicht, im Gegensatz zu einem Genossen P. aus Mainz (siehe RM Nr. 8/1985), daß der RM 1972 „knackiger" oder „interessanter" war! Ganz im Gegenteil: Artikel wie die „Haupttendenz ist auch im Fichtelgebirge Revolution" (1972) gehören erfreulicherweise für immer der Vergangenheit an. Stattdessen gute informative Artikel zu Btx oder zur KBW-Auflösung. Im weiteren meine ich, daß die alternative Presse auch keine Betriebs- und Gewerkschaftsartikel abdruckt, das kommt in den RM.

Ich hoffe, daß der Leserbriefschreiber M.T. aus Westberlin (Artikel „Ohne uns", RM Nr. 8/1985) auch seine sektiererischen und kindischen Konsequenzen auf organisatorische Art inzwischen vollzogen hat.

Bis bald, Tschüß
G. aus Frankfurt

Luther bahnte ihm den Weg ...

DDR entdeckt Karl May fürs „kulturelle Erbe"

Es begann vor Jahren mit Martin Luther. Die DDR-Oberen vereinnahmten ihn für das kulturelle Erbe der DDR. Der Reformator wurde von seinen „Sünden", die er als aktiver Kämpfer gegen die rebellierenden Bauern beging, freigesprochen und wurde in die Ahnenreihe der „Großen Deutschen" aufgenommen. Der nächste war dann Friedrich der Große, dessen Politik der totalen Militarisierung der Gesellschaft einfach für zweitrangig erklärt wurde. Der nächste wird Bismarck sein. Der Sozialistenhasser und Reichskanzler des Kaisers wird gerade in einem mehrbändigen Geschichtswerk aus der DDR in „neuem Licht" gezeigt — der „Reichsgründer" und „Revolutionär" am Hof. All das reiht sich ein „*in die Maßnahmen unseres sozialistischen Staates zur kontinuierlichen Erforschung, Erschließung und Darstellung des kulturellen Erbes in seiner Vielfalt an geistigen und materiellen Werten.*" So der stellvertretende Kultusminister der DDR Friedhelm Grabe kürzlich in Radebeul.

Radebeul, das sagt jedem Bücherfreund etwas. Richtig — Radebeul, da lebte Karl May, hier gibt des die „*Villa Shatterhand*" und die *Villa Bärenfett*" dort liegen noch heute die drei legendären Gewehre, der „*Bärentöter*", die „*Silberbüchse*" und der „*Henry-Stutzen*". Der Auftritt des stellvertretenden DDR-Kultusministers in Radebeul hatte seinen Grund. Mit der Eröffnung der alten May-Wohnstätten als Museum wurde der Schriftsteller offiziell mit höchsten Weihen ins nationale Kulturerbe der DDR übernommen. Er wurde ein „*Streiter für Völkerverständigung und Frieden, gegen Ausbeutung und Unterdrückung, ein Vermittler humanistischer Wertvorstellungen*" genannt.

Noch vor Jahren galt Karl May allerdings wenig in der DDR. Im **„Lexikon deutschsprachiger Schriftsteller" vom „VEB-Bibliografisches Institut Leipzig"** herausgegeben 1968 heißt es noch in der 1974 überarbeiteten Auflage zu Karl May und seinen Romanen sie seien „*mit Ausnahme einiger Spätwerke jedoch literarisch anspruchslos*", sie wären „*im Grunde unrealistisch, von einfachen, sich widerholenden Spannungseffekten profitierenden und mit sentimentalen christlich-moralisierenden Reflexionen versehenen, romanartig geweitete Erzählungen.*" Daß Karl May in seinen Büchern auch vor allem die Jugend ansprechende Ideale wie persönliche Tapferkeit, Freundestreue, Nächstenliebe und Mitgefühl für unterdrückte und zum Aussterben verurteilte Völkerschaften vermittelte, wurde, nach dem erwähnten DDR-Lexikon „*durch Faktoren wie den beginnenden Kolonialismus, den kulturellen Niedergang und die Herrschaft des literarischen Kitsches in der Wilhelminischen Ära begünstigt*". Weiter heißt es in der Bewertung Karl Mays: „*In der Nazizeit waren Mays Werke —da sie der Phrase vom dt.* (deutschen, RM) *Übermenschen entgegenkamen (Old Shatterhand, Kara Ben Nemsi und andere Supterhelden dt. Herkunft) — als die eines ‚bedeutenden Jugend- und Volksschriftstellers' verbreitet.*"

Dann wird noch berichtet, daß Mays Werke in der BRD in Massenauflage herausgebracht würden (deutsche Gesamtauflage 40 Millionen Exemplare) und daß in Bad Segeberg in Holstein jährlich die Karl-May-Festspiele „*in primitiver Western-Machart*" stattfänden.

Das alles scheint nicht mehr zu gelten. Unübersehbar setzte die „Karl-May-Renaissance" in der DDR 1982/83 ein. Damals zeigte das DDR-Fernsehen die eigene Dokumentation „*Ich habe Winnetou begraben*", die „*Winnetou*"-Filme und den „*Schatz am Silbersee*" aus bundesdeutscher Produktion. In die Kinos kamen ebenfalls Filme. Und die drei „*Winnetou*"-Bände und der „*Schatz im Silbersee*" sind im Verlag Neues Leben erschienen. Heute wird man sich bestimmt darüber ärgern, daß man nach Kriegsende das literatische Erbe Karl Mays nach Bamberg hat abwandern lassen. Der Karl May Verlag hatte nämlich nach 1945 in der DDR nichts mehr publizieren dürfen, und die ganze Bibliothek und alle Rechte des Werkes waren nach Westdeutschland gegangen.

Mit großem Aufwand versucht man das allerdings jetzt wettzumachen. Die Mittel dazu brachte die „Karl-May-Stiftung" in Dresden auf, die das Vermögen des Schriftstellers, soweit es nicht im Westen ist, verwaltet. Karl May war nämlich ein reicher Mann geworden, nachdem er aus ärmlichen Verhältnissen kommend, lange brauchte, um mit seinen Büchern erfolgreich zu sein. Seine Gefängnisaufenthalte, die er wegen Eigentumsdelikten verbüßte, machen ihn in der DDR heute schon zu einem „*Opfer der Klassenjustiz*". Die Betrügereien, so hieß es noch 1974 im Lexikon aus der DDR, habe er „*aus finanzieller Notlage und wohl auch in Neurosen begangen.*"

Nun muß man Karl May, bei allen Bedenken gegen seine Romane, ja nicht absolut in Grund und Boden verdammen, aber ein völlig kritikloses Bejubeln seines Lebens und seines Werkes ist mindestens eine solche Geschichtsklitterung wie sie bei eben diesem Schriftsteller öfters vorgekommen ist.

Die KPD Wahlplakate für NRW

... sind jetzt gedruckt. Fünf Motive werben für die Politik unserer Parei bei den kommenden Landtagswahlen in Nordrhein-Westfalen. Die Plakate im großen Format DIN A 1 können auch außerhalb des Landes NRW verwendet werden, für einen Stückpreis von 0,30 DM sind sie im Dortmunder Büro der KPD zu bestellen. Bei genügend großer Nachfrage können die Plakate auch im üblichen Format DIN A 2 gedruckt werden.

Ebenfalls in diesen Tagen erscheint eine mehrteilige Flugblattserie zu den wichtigsten Wahlkampfthemen in Nordrhein-Westfalen, die zusammengenommen das Wahlprogramm der KPD in NRW bildet.











Parteibüros der KPD

und Kontaktmöglichkeiten zur Partei

Die Parteibüros sind Kontaktstellen der KPD, der Kommunistischen Jugend Deutschlands, Jugendorganisation der KPD, und der Kommunistischen Studenten. Hier sind sämtliche Veröffentlichungen der Partei zu bekommen.

Zentralkomitee der KPD, Redaktion Roter Morgen, 4600 Dortmund 30, Wellinghofer Str. 103, Tel.: (0231) 433691 und 433692.

4800 **Bielefeld** 1, Parteibüro der KPD, Schildescher Str. 53, geöffnet: Mi 17 - 18 Uhr.

4630 **Bochum**, Kontaktadresse: Jochen Beyer, Josefinenstraß 110.

2800 **Bremen** (Walle), Buchladen Roter Morgen, Waller Heerstra. 70, Tel.: (0421) 393888, geöffnet: Fr 18 -

4600 **Dortmund** (Brackel), Kontaktadresse: Helmut Weiss, Am Westheck 109 a, Tel.: (0231) 20931.

4100 **Duisburg** 12, Kontaktadresse: D. Feldmann, Metzer Str. 24, Tel: (0203) 443014.

4000 **Düsseldorf** (Eller), Kontaktmöglichkeit zur KPD: Antifaz, Antifaschistisches Zentrum, Alt-Eller 7, geöffnet: Sa 10 - 12 Uhr.

2000 **Hamburg** 6, Thälmann-Buchhandlung, Margarethenstr. 58, Tel.: (040) 4300709, geöffnet: Mo - Fr 10 - 18 Uhr, Sa 10 - 12 Uhr.

3000 **Hannover** 91, Kontaktadresse südliches Niedersachsen: Wolf-Jürgen Herzog, Ossietzky-Ring 29, Tel.: (0511) 466529.

7100 **Heilbronn**, Kontaktadresse: F.-H. Stockmar, Eisenbahnstr. 3/1.

2300 **Kiel** 1, Kontaktadresse: Karola Firzlaff, Jungmannstr. 68 a.

5090 **Leverkusen** 3, Kontaktadresse: A. Brand, Kantstr. 20, Tel.: (02171) 41318.

6700 **Ludwigshafen**, Kontaktmöglichkeit zur KPD Rheinland-Pfalz: W. Rohr, Sedanstr. 21, Tel.: (0621) 699382.

7000 **Stuttgard** 1, Parteibüro der KPD, Haußmannstr. 107, Tel.: (0711) 432388, geöffnet: Mo = Fr 16.30 - 18.30 Uhr, Mi 17.30 - 18.30 Uhr.

KPD Saar: 6685 Schiffweiler, Kontaktadresse: E. Bittner, Hauptstraße 43.

Sektion Westberlin: 1000 Berlin 44 (Neukölln), Parteibüro der KPD, Mainzer Str. 18, Tel.: (030) 6228474.